SÜDDEUTSCHE

SCHUL-ZEITUNG

Zeitschrift des Württ. Lehrer- und Lehrerinnen-Vereins E. V. und des Verbandes Badischer Lehrer und Lehrerinnen

HERAUSGEBER: MARTIN WIDMANN UND FRANZ MILLER

1. Jahrgang | 1. November 1947 | Heft 1

Zum Geleit

Über Sorgen, Mühen und Hoffen hinweg ist es nun möglich geworden, die erste Nummer der

Süddeutschen Schulzeitung

in die Hände der Lehrerschaft zu legen. Damit wird wieder ein festes Band geknüpft um die Lehrerschaft der Volks-, Sonder- und Mittelschulen. Es ist eine Hilfe gegeben für den Wiederaufbau von Schule und Lehrerstand, die von Zeit und Schicksal so schwer getroffen sind. Zwischen Vereinsleitung und Mitgliedern wird wieder eine regelmäßige Verbindung hergestellt, die dem Ganzen wie dem Einzelnen dienen soll. Die Süddeutsche Schulzeitung wendet sich an die Lehrer und Lehrerinnen in Baden und Württemberg. Lehrerschaft und Schule ringen in diesen Tagen um die einfachsten Dinge des schulischen Daseins, kämpfen um Schulehaltenkönnen und Schulehaltendürfen. Jedes hat dazu im privaten Leben sein Sorgenbündel täglich zu tragen und zu schleppen. In all diesem Mühen, Sorgen und Ringen will die Süddeutsche Schulzeitung eine Hilfe sein, will Rat geben und zur Tat gegenseitiger Hilfe aufmuntern und aufrufen. Sie will mithelfen, einen Wall zu bilden gegen die Nöte des Lebens, die auf uns allen liegen und heute den, morgen jenen besonders hart treffen können.

Allen denen, die mitgeholfen haben, das Erscheinen der Süddeutschen Schulzeitung zu fördern, sei herzlicher Dank gesagt. Insbesondere gilt dies auch dem Verlag des „Neuen Schulmanns" und den zuständigen Stellen der Besatzungsmacht. Die Süddeutsche Schulzeitung hat sich die Aufgabe gesetzt, der Schule und den schulischen Berufsverbänden zweier deutscher Länder zu dienen. Durch das politische Schicksal sind Nordbaden und Nordwürttemberg in staatliche Zusammenarbeit hineingeführt worden und müssen und wollen nun miteinander und füreinander den Weg in die Zukunft suchen und schaffen. Die beiden Berufsorganisationen, der „Verband badischer Lehrer und Lehrerinnen" und der „Württembergische Lehrer- und Lehrerinnenverein e. V." wollen Seite an Seite miteinander die Aufgaben lösen, die uns Beruf und Schicksal stellen.

Die Süddeutsche Schulzeitung ist das gemeinsame Organ für die württembergische und badische Lehrerschaft. Sie wird die Auffassungen, Sorgen, Wünsche, Forderungen, Einwände und Beschwerden der Lehrerschaft in Freimütigkeit zu vertreten haben mit dem Blick auf die gemeinsamen sachlichen Aufgaben wie auf die allgemeinen Nöte unserer Zeit. So düster auch zuweilen der Horizont bewölkt ist, wir müssen und wollen an die Arbeit gehen in Schule und Volk. Hierzu brauchen wir in jedem Fall eine Erneuerung des Zusammenlebens aus dem Geiste aufrichtiger Zusammenarbeit der Menschen, der Gemeinschaften, der Gruppen, der Länder, der Völker, verbunden durch echte soziale Brüderlichkeit. Wir müssen es wagen, das Gemeinsame, das brüderlich Verbindende auch dann festzuhalten, wenn dies völlig verschüttet erscheint. Auch hierbei will die Süddeutsche Schulzeitung mitwirken.

Eine Fülle von Aufgaben wartet unser: Gestaltung der Schulreform eines demokratischen und sozialen Staates, Durchführung der christlichen Gemeinschaftsschule, Zusammenarbeit zwischen Eltern- und Lehrerschaft, Aus- und Fortbildung der Lehrerschaft, Festigung der rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen sowie Sicherung der Selbsthilfe- und Wohlfahrtseinrichtungen des Lehrerstandes, Zusammenarbeit mit anderen Berufsorganisationen, Klärung und Vertretung der Schulfragen überhaupt gegenüber Öffentlichkeit, Parteien, Verwaltung und Regierung.

Als ein nach jeder Seite unabhängiges Organ der Lehrerschaft Badens und Württembergs wird die Süddeutsche Schulzeitung der Verbandsarbeit sowohl in den Haupt- wie in den Kreis- und Bezirksvereinen dienen und das kollegiale Verbundensein zu fördern suchen.

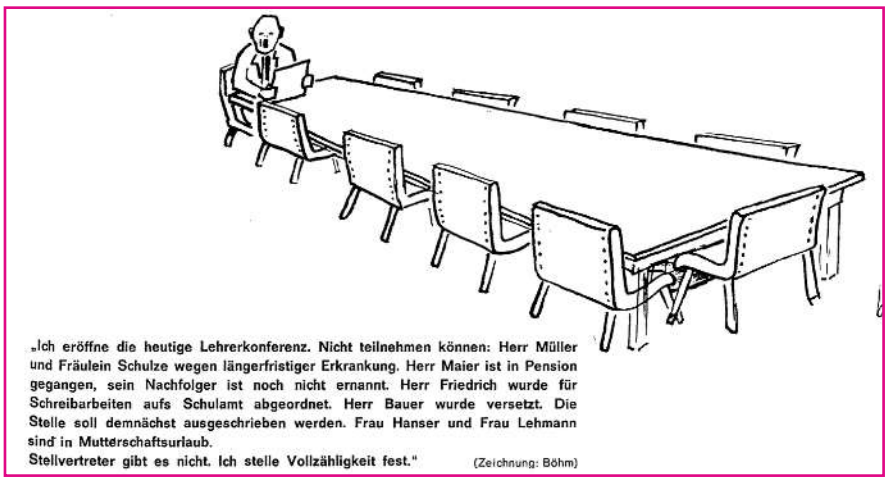
Der einstige Schriftleiter der Württ. Lehrerzeitung wird im Zusammenwirken mit alten und neuen Mitarbeitern die Süddeutsche Schulzeitung verantwortlich leiten. Die Lehrerschaft beider Länder, Lehrer und Lehrerinnen, Junge und Alte, alle der Schule Verbundenen, sind aufgerufen, mitzuhelfen und mitzuarbeiten an diesem neuen Gemeinschaftswerk der Lehrerschaft. Ernst und nüchtern angesichts der drängenden Aufgaben der Gegenwart, erschüttert und ergriffen durch die bitteren und herben Erlebnisse der Vergangenheit, bewußt der Schwere der Zukunft, gehen wir an das Werk. Wir gedenken dankbar der Väter, die sich für Schule und Stand einsetzten. Aus ihrer Hand haben wir letztlich unseren Auftrag empfangen. In die Hand der Enkel wollen wir ihn weitergeben in dem Bewußtsein, die Pflicht des Tages und der Zeit erfüllt zu haben. Damit dies geschehen kann, bedarf es der Mithilfe aller Kollegen und Kolleginnen in Stadt und Land.

Hiezu rufen wir auf in dieser ernsten Stunde, die wie kaum eine uns mahnt, die Kräfte des Standes zu sammeln für die Aufgaben, die unser warten in Schule und Stand, in Volk und Staat.

Der Vorstand des „Verbandes badischer Lehrer und Lehrerinnen"

Der Vorstand des „Württembergischen Lehrer- u. Lehrerinnenvereins e. V."

GEW



Cartoon aus der LZ vom Mai 1970

Hochschulen bersten

*Die Studierenden sind **1967** in der BRD auf 263.000 angewachsen. 1950 waren es noch 108.000 Studierende. Das wurde als „Ansturm" bewertet. Prof. Erbe meinte: „Wir sind an einer Zunahme von Pseudoakademikern, die an leichten Stoffen gebildet sind, ebensowenig interessiert wie an einer Senkung des Niveaus..." (SSZ, 09/1967)*
Vergleich: 2016 gab es in Baden-Württemberg 362.000 und deutschlandweit 1,8 Millionen Studierende.

GEW-Forderung aus dem Jahr 1977

Radioflut überlastet die Kinder

„Die Aufnahmefähigkeit der Schüler hat nachgelassen. Vielleicht war die Hauptsünde der vergangenen Schülergeneration einmal die „Faulheit" gewesen; heute ist das Kernübel die Zerstreutheit, der Mangel an Konzentrationsvermögen. (...) Pädagogen und Ärzte nehmen an, daß es sich bei diesem Mangel um einen geistigen und physischen Erschöpfungszustands handelt, der auf der Überlastung des jugendlichen Gehirns durch die Vielfalt der Sinnesreize beruhe. Je mehr Radio, Filme, Verkehr, Geräusch- und Gesichtseindrücke auf die Jugendlichen einstürmen, desto mehr wehrt sich der überlastete Geist und schaltet ab.
Schon das Elternhaus versagt in vielen Fällen; man denke nur an die nervenzerrüttende, stundenlange Radioflut zu Hause. Die Entwicklung der Technik hat wohl den wichtigsten Anstoß zu dieser seelischen Abwehrhaltung gegeben... „
*Auszug aus der Süddeutschen Schulzeitung (SSZ) vom **26. Juli 1952***

Herzlichen Glückwunsch zur Jubiläumsausgabe

Die b&w lese ich seit über 10 Jahren, meist vorwärts oder auch mal rückwärts durchblätternd, und es ist immer Interessantes & Wissenswertes drin! Einige Artikel lese ich immer, etwa über didaktische und pädagogische Erfahrungsberichte, und natürlich die witzigen und treffenden Glossen von Jens Buchholz. Besonders beeinflusst haben mich die Texte, welche die Aufgaben der Inklusion thematisieren – dieses Thema ist durch b&w erst so richtig in meinen Fokus gerückt.
Wichtig finde ich, neben regionalen Themen, auch den gelegentlichen Blick über den Tellerrand, hin zu Unterrichts- und Bildungssituationen in anderen Ländern, in einer immer enger zusammenrückenden Welt.

Rebecca Netzel
E-Mail vom Juli 2017

Cartoon aus der LZ vom 24. Oktober 1970 .

E 6557 DX

GEW

Lehrerzeitung Baden-Württemberg

Süddeutsche Schulzeitung

Für Menschlichkeit – gegen Gewalt	554
Landesvorstand beschließt Aktionen zur Lehrereinstellung	555
Arbeitsverträge der 16- bzw. 17-Stunden-Lehrer	556
Lehrereinstellung und Prüfungsnoten	557
„Pädagogisierung" ganz konkret	558
Meine Meinung	559
Zur Situation der Entlaßschüler	560
Auf ein Wort	561
Hauptschule: Inhaltliche Reform plus 10. Schuljahr	564
Allgemeinbildendes 10. Schuljahr an Hauptschulen	566
Kultusministerium zum 100-Punkte-Schlüssel	570
100-Punkte-Schlüssel – das KM bläst zum Rückzug	571
Petition zum Anpassungsgesetz	572
CDU: „Erhöhte Bedeutung der Realschule"	574
LZ-info	576–579
Briefe	580
Termine	581–583

Zeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg

21

5. (12.) November 1977
31. Jg. Nr. 21/1977

Einzelpreis 1,00 DM

Mord und Terror

Der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg, Siegfried Vergin, hat am 22. Oktober 1977 vor dem Landesvorstand in Karlsruhe folgende Erklärung abgegeben, die vom Landesvorstand einmütig mit Zustimmung zur Kenntnis genommen wurde:

„Angesichts des Todes unschuldiger Menschen, der Geiselnahme von Kindern, Frauen und Männern, wachsen Furcht und Hysterie.

Wir setzen uns für die Sicherung und den Ausbau des sozialen Rechtsstaates und die weitere Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft ein. Darum verteidigen alle in den Gewerkschaften des DGB organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten die Grundordnung unseres Staates und die einzelnen Grundrechte.

Wir verurteilen deshalb Gewalt, Terrorismus und politischen Mord als Todfeinde der Demokratie. Sie sind kriminelle Delikte und keine Mittel zur positiven Änderung unserer demokratischen Gesellschaftsordnung. Sie zerstören letztlich die gerade von der Arbeitnehmerschaft mühsam mit aufgebaute fortschrittliche Grundordnung der Bundesrepublik, und sie sind Wasser auf die Mühlen der restaurativen Kräfte.

Terrorismus und politischer Mord müssen mit allen verfassungsmäßigen und rechtsstaatlichen Mitteln kompromißlos bekämpft werden. Dabei gilt der Kampf auch allen Helfershelfern. Wer Mörder unterstützt oder mit ihnen sympathisiert, ist Feind des demokratischen Rechtsstaates und damit der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften.

Wir sind mit dem Bundespräsidenten der Auffassung, daß die Frage nach den Ursachen des Terrorismus sehr komplex ist und gründlich untersucht werden muß. Bundespräsident Walter Scheel hat erklärt:

„Namen von Politikern und Schriftstellern werden genannt. Ich glaube, nichts könnte unsere politische Atmosphäre so vergiften wie eine Diskussion, in der die Namen geachteter Männer und Frauen mit Mordtaten in Beziehung gesetzt werden; unversöhnliche Feindschaft wäre die Folge."

Die Ereignisse in Stammheim müssen alle Verantwortlichen belehren, daß Selbstgerechtigkeit fehl am Platze ist, daß Versäumnisse und Unterlassungen aber politische Konsequenzen haben müssen.

Ich appelliere an alle Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer: Nehmen Sie Ihre Verantwortung voll wahr und erziehen Sie unsere Jugend zur Fähigkeit einer rationalen und differenzierenden Betrachtungsweise! Lassen Sie die Werte unseres Grundgesetzes, der europäischen Sozialcharta und der Menschenrechtskonvention für die Heranwachsenden lebendig werden!"

GEW

Aus der Süddeutschen Schulzeitung vom 11. September 1971

24. November 2017 | 71. Jahrgang | 4 Euro

Ausgabe 11 / 2017

b&w

bildung und wissenschaft –
Zeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg

Jubiläum
70 Jahre b&w

Teilzeitreferendariat
Erfolg der GEW

Besoldungsanpassung
Nachschlag oder Fehlbetrag

Grundschrift
Guter Weg zu einer persönlichen Handschrift

GEW

Dem Leben auf der Spur

BZgA
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

Das Medienpaket zur Sexualaufklärung

Für Mädchen und Jungen
Für das selbstständige Lesen
Für das gemeinsame Lesen mit den Eltern
Für den Einsatz im Unterricht

+

Das Medienpaket enthält

- die Geschichte **»Dem Leben auf der Spur«**
- das Lexikon **»Das kleine Körper ABC«**
- das Faltblatt **»Das Baby im Bauch der Mutter«**
- das doppelseitige Plakat **»Wenn Eizelle und Samenzelle sich treffen«**
- die Anschreiben für Lehr- und Fachkräfte sowie für Eltern und Erziehungsberechtigte.

Bestellen Sie das Medienpaket **kostenlos** unter **order@bzga.de** oder per Post bei der BZgA, 50819 Köln mit dieser **Bestellnummer 13160000.** Das ergänzende Unterrichtsmaterial **»gesund und munter«** können Sie als Einzelexemplar unter der **Bestellnummer 20412900 kostenlos bestellen.**

Foto: Michael Bolay

Doro Moritz,
Landesvorsitzende GEW
Baden-Württemberg

Aktionismus und Orientierungslosigkeit

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Leserin, lieber Leser,

ich zweifle daran, dass Kultusministerin Susanne Eisenmann und die Landesregierung die Qualität im Bildungsbereich ernsthaft steigern und die Beschäftigten dabei unterstützen können. Es fehlt an stimmigen Konzepten und zunehmend an Transparenz. Das gilt für die frühkindliche Bildung und die Schulen.

Seit elf Jahren schafft es die Landesregierung nicht, den guten Orientierungsplan für Kitas verbindlich zu machen. Dafür fehlen die Ressourcen. Stattdessen wollte Grün-Schwarz jährlich 84 Millionen Euro zur Senkung der Gebühren im letzten Kita-Jahr und zum Zertifizieren von Kitas aufwenden. Erst auf Initiative von FDP und SPD soll das Geld in qualitative Verbesserungen wie Leitungszeit und Ausbau der Sprachbildung investiert werden. Ob es die 84 Millionen Euro in den Haushalt schaffen, steht auf einem anderen Blatt. Finanzministerin Edith Sitzmann hat im Haushalt auch keine Mittel eingestellt, um die Kindergartenförderung an die Träger zu erhöhen. Sie sind seit 2013 eingefroren, weil angeblich die Kinderzahlen sinken, sie steigen aber.

Und die Schulen? Dem zusätzlichen Bedarf von 1.350 Stellen stehen im Haushalt 2018/2019 nur 100 neue Stellen gegenüber. Die Fehlenden sollen durch weniger Abordnungen in die Schul- und Kultusverwaltung, durch die Kürzung von Anrechnungsstunden und vor allem durch die Nichtstreichung von Lehrerstellen „gewonnen" werden – also wird sich die Unterrichtsversorgung weiter verschlechtern. Die Fremdsprache in den Klassen 1 und 2 wird gestrichen, weil die Deputate an anderer Stelle gebraucht werden. Damit fällt die Kontingentstundentafel der Grundschule auf 98 Stunden zurück und entfernt sich wieder meilenweit von erfolgreichen Bundesländern wie Bayern und Sachsen.

Den Schulversuch „Grundschule ohne Noten" kassiert die Kultusministerin. Dabei haben zehn Modellschulen die Leistungen der Schüler/innen durch differenzierte Rückmeldungen gesteigert. Mit der sehr erfolgreichen Arbeit hat sich Eisenmann nicht befasst. Wichtige pädagogische Impulse werden ignoriert, obwohl es in der Schulpolitik angeblich explizit um die Qualität der Grundschule geht.

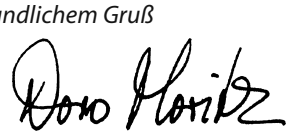
Eine kurz aufgeflackerte Initiative der grünen Regierungsfraktion, das Primarstufenlehramt auf zehn Semester auszubauen, ist sang- und klanglos erloschen. Damit fehlt eine konstruktive Idee zur Senkung des fachfremden Unterrichts.

In der Sekundarstufe 1 herrscht Orientierungslosigkeit. Vielen Eltern ist das Konzept der Gemeinschaftsschulen und der neuen Realschule unklar. Das kann den Trend zu den Gymnasien verstärken.

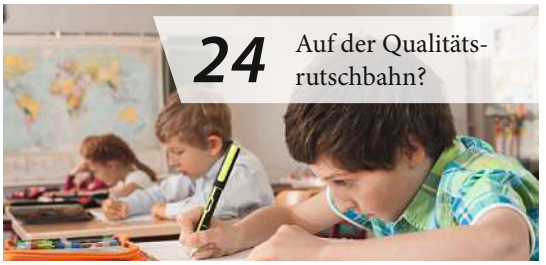
Bei der Digitalisierung lebt die Landesregierung von der Hoffnung, dass der Bund in die Finanzierung einsteigt. Kein Mensch weiß, ob das Geld tatsächlich kommt und was die Kommunen im vergleichsweise wohlhabenden Südwesten davon abbekommen. Gleichzeitig sperrt sich Eisenmann gegen die Aufhebung des Kooperationsverbots, das eine finanzielle Unterstützung der Länder für Schulen ermöglichen würde. Der Umbau der Institutionen zur Qualitätsentwicklung findet hinter verschlossenen Türen statt – auch ohne die schulischen Hauptpersonalräte. Die Reihe der Beispiele für konzeptionsloses Regierungshandeln ließe sich fortsetzen.

Die Beschäftigten baden die Konsequenzen der politischen Fehler aus. Sie sollten sich jeden Tag bewusst machen, dass sie nicht für das fehlende Konzept und die unzureichenden Ressourcen verantwortlich sind. Sie sollten auch die Eltern darüber informieren.

Mit freundlichem Gruß
Ihre



32 Landesregierung zieht Zwischenbilanz zu Inklusion



24 Auf der Qualitäts-rutschbahn?

28 Die steckengebliebene Reform

S. 14 Titelthema
Jubiläum
70 Jahre b&w

Foto: Ulrike Bär

In dieser Ausgabe

Titelthema

14 b&w-Jubiläum: Wichtig für alle Mitglieder
16 Ein politisches Kampfblatt ist die b&w nicht mehr
21 Von der Hauptsache zur Restschule: Ein persönlicher Abgesang

Arbeitsplatz Schule / Kindertageseinrichtung

10 Schulleitung: Belastung steigt, Unterstützung fehlt
10 Land kürzt Mittel für Begegnung mit Autor/innen
11 Beförderungen für Gymnasiallehrer/-innen möglich
24 IQB-Bildungstrend 2016 Primarstufe: Auf der Qualitätsrutschbahn?
28 Neue Oberstufe am Gymnasium: Die steckengebliebene Reform
32 Inklusion: Landesregierung zieht Zwischenbilanz
36 Grundschrift: Guter Weg zu einer persönlichen Handschrift

Aus-, Fort- und Weiterbildung Hochschule

13 Hochschulrechtweiterentwicklungsgesetz: Mehr Demokratie an Hochschulen?
34 Teilzeitreferendariat kommt: Stress lass nach

Recht/Geld

12 Änderung des Privatschulgesetzes verabschiedet
30 Besoldungsanpassung 2017/18: Nachschlag oder Fehlbetrag?

Aus der Arbeit der GEW

13 GEW-Tagung für Beauftragte für Chancengleichheit
38 GEW Südwürttemberg: Uta Adam verabschiedet sich als Bezirksvorsitzende
39 Klausurtagung des Arbeitskreises Tarif der GEW Nordbaden
39 Spendenaufruf der GEW Nord- und Südbaden

Rubriken

3 Editorial
10 Aktuell
38 Kurz berichtet
40 Vor Ort
41 Vor Ort/Jubilare/Impressum
42 Vor Ort/Totentafel
44 Leserbriefe
45 Termine

Heftmitte UP

Titelbild: *GEW-BW*
Redaktionsschluss für jede b&w Ausgabe:
jeweils der 15. des Vormonats

SCHULLEITUNG

Belastung steigt, Unterstützung fehlt

Es vergeht keine Woche, in der auf dem Schreibtisch einer Schulleiterin oder eines Schulleiters nicht neue komplexe Anforderungen auftauchen. Das Kultusministerium und die Schulverwaltung erwarten, dass sie kompetent bearbeitet werden. Wenn Fehler passieren, sind die Schulleiter/innen und die Schulen verantwortlich.

Die Schulverwaltung spart dabei nicht an Papier. Schreiben z.B. zum „Umgang mit Freiplätzen bei außerunterrichtlichen Veranstaltungen" oder die „Handreichung zum Arbeitsschutz" sind als Hilfestellung gedacht. Die Schulleiter/innen sind aber mit der Organisation des Unterrichts und vielen anderen Arbeiten mehr als ausgelastet. Viele haben nicht die Zeit, die Handreichungen und Hinweise vollständig zu lesen. Sie können auch die erwarteten Maßnahmen nicht in ihrem Zeitbudget unterbringen.

Das Kultusministerium und die Schulverwaltung delegieren durch derartige Hinweise nach dem Motto „Wir haben ja darauf hingewiesen" die Verantwortung auf die Schulleiter/innen, wohl wissend, dass diese Aufgaben an den Schulen nicht bearbeitet werden können.

Für den Hauptpersonalrats GHWRGS ist das nicht tragbar. Es ist höchste Zeit, dass derartige Aufgaben von fachkundigen Personen als Dienstleistung für die Schulen erledigt werden. Aus der Sicht des Hauptpersonalrats GHWRGS muss bei allen Aufgaben für Schulleiter/innen darauf geachtet werden, ob sie diese Aufgaben auch tatsächlich verantwortlich erfüllen können. Auch die Verlagerung der Bereiche „Genehmigung von Nebentätigkeiten" und „Annahme von Belohnungen und Geschenken" auf die Schulleitung setzen Fachkenntnisse und Zeit voraus, die Schulleiter/innen nicht haben. Der Hauptpersonalrat GHWRGS wird dieses Grundproblem verstärkt gegenüber dem Ministerium thematisieren.

Michael Hirn
HPR GHWRGS

LESEFÖRDERUNG

Land kürzt Mittel für Begegnung mit Autor/innen

Die Landesregierung hat ihren Zuschuss für den Friedrich-Bödecker-Kreis (FBK) gekürzt, der Begegnungen von Schüler/innen mit Schriftsteller/innen organisiert und sich so für die Leseförderung einsetzt.

Seit fast vier Jahrzehnten vermittelt der Friedrich-Bödecker-Kreis Lesungen von Autor/innen und Schreibwerkstätten an Schulen, dies unter anderem im Rahmen des Frederick-Tages. Jährlich finden zwischen 500 und 600 Veranstaltungen statt, an denen beispielsweise 2016 über 26.000 Kinder und Jugendliche teilnahmen. Für seine Arbeit erhielt der FBK seit seiner Gründung 1979 Mittel des Kultusministeriums.

Seit Beginn dieses Jahres wurden die Mittel für den Frederick-Tag gestrichen. Zusätzlich wurde der Gesamtzuschuss von 115.000 auf 113.000 Euro gekürzt. Diese rückwirkend ab 01.01.2017 gültigen Kürzungen um rund 30 Prozent wirken sich massiv auf die Zahl der Lesungen an den Schulen aus: ca. 9.000 Kinder konnten im Vergleich zu den Vorjahren nicht mehr erreicht werden, über 100 geplante Lesungen mussten abgelehnt werden, was zu großer Unzufriedenheit an den Schulen führte.

Im Sinne einer erfolgreichen Leseförderung ist die persönliche Begegnung der Schüler/innen mit den Schriftsteller/innen und das unmittelbare Erleben von Literatur unverzichtbar. Die positiven Wirkungen dieser Begegnungen für die Leseförderung wurden in Untersuchungen überprüft und nachgewiesen.

Die GEW kann nicht verstehen, dass die Landesregierung die Lesekompetenz der Grundschüler/innen in Folge von schlechten Ergebnissen bei Leistungstests beklagt und zeitgleich Mittel für die Leseförderung kürzt. Die GEW unterstützt den FBK in seiner Kritik und fordert, die finanzielle Unterstützung wieder aufzunehmen.

b&w

GEW lädt ein

Hauptschultag

***01.12.2017**, 14.30-16.30 Uhr, Stuttgart, CVJM-Haus*

Wie soll es mit den Lehrkräften der Hauptschule weitergehen? Wer wird in das Fortbildungsprogramm des KM für einen Laufbahnwechsel aufgenommen, wer nicht? Wie werden die Fortbildungen gestaltet? Und wie geht es danach weiter?

Programm

- ***Horizontaler Laufbahnwechsel für HS-Lehrkräfte, JA13***
  Stefan Bauer, Mitglied des Hauptpersonalrats GHWRGS
  Diskussion und Aussprache
- ***Wie weiter mit Hauptschulen und Hauptschullehrkräften?***
  Thomas Hartmann, Leiter des Referats Haupt-/Werkrealschulen im KM, im Gespräch mit Doro Moritz, GEW-Landesvorsitzende

- ***ab 16.30** Fachgruppenversammlung der Haupt- und Werkrealschulen*

www.

Anmeldung und weitere Informationen
www.gew-bw.de/Hauptschultag

Sonderausschreibung für Lehrerstellen

*Das KM schaltet zur frühzeitigen Gewinnung von Lehrkräften für Grundschulen, Sonderpädagogik und berufliche Schulen eine Sonderausschreibung vom 04. bis 08. Dezember 2017. Unter **www.gew-bw.de/referendariat** steht der aktuelle GEW-Terminplan zur Lehrereinstellung. Dort finden sich weitere Ausschreibungszeiträume und die Termine zur Listeneinstellung.*
Mitglieder können sich über die Geschäftsstellen der Bezirke beraten lassen.
www.gew-bw.de/beratung/

GEMEINSCHAFTSSCHULEN

Beförderungen für Gymnasiallehrer/innen möglich

Die Gemeinschaftsschulen können für das Schuljahr 2018/19 mindestens eine oder mehrere Stellen für Oberstudienrät/innen ausschreiben. Die Schule erstellt dafür bis Anfang Dezember einen Ausschreibungstext. Die Angebote werden Anfang Januar auf www.lobw.de veröffentlicht. Auf diese Stellen können sich bis Anfang Februar Studienrät/innen bewerben, die an einer Gemeinschaftsschule oder an einem Gymnasium arbeiten. Falls nicht alle für die Gemeinschaftsschulen vorgesehen Beförderungsstellen ausgeschöpft werden, wandern diese Stellen an die Gymnasien.

Die GEW befürwortet das Beförderungsprogramm für gymnasiale Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen nach A14. Die Gemeinschaftsschulen brauchen die Erfahrungen und Kenntnisse von Kolleg/innen mit allen Lehrbefähigungen. Nur so können die Gemeinschaftsschulen auch nach außen darstellen, dass alle Kompetenzniveaus abgedeckt werden. Lehrkräfte mit gymnasialer Lehrbefähigung, die an der Gemeinschaftsschule ein höheres Deputat als an einem Gymnasium haben, sollen mindestens die gleichen Beförderungschancen haben wie ihre Kolleg/innen am Gymnasium.

Das Ausschreibungsverfahren der Oberstudienratsstellen bietet den Gemeinschaftsschulen, den Schulleitungen und den Kollegien die Möglichkeit, qualifizierte Gymnasiallehrkräfte zu finden, die zur Schule und ihren Aufgabenschwerpunkten passen. Die GEW und der Hauptpersonalrat GHWRGS werben deshalb für eine Stellenausschreibung.

An den Gymnasien und beruflichen Schulen werden die wissenschaftlichen Lehrkräfte im höheren Dienst als Studienrät/innen (A13 mit Strukturzulage) eingestellt. Diese Stellen für Oberstudienrät/innen werden zur Hälfte mit einem Aufgabenschwerpunkt ausgeschrieben. Auf die andere Hälfte werden Kolleg/innen nach Erfahrung und Eignung befördert. So können alle Lehrkräfte im höheren Dienst nach A14 befördert werden.

Die GEW akzeptiert nicht, dass es an Grund-, Haupt-/Werkreal-, Realschulen, Gemeinschaftsschulen und an Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) kaum Beförderungsmöglichkeiten für die Kolleg/innen gibt. Außerdem sind die Bezahlung und das Deputat an diesen Schulen sehr unterschiedlich. Vor allem die Fach- und technischen Lehrkräfte sowie die Grundschullehrkräfte haben nach Auffassung der GEW ein zu hohes Deputat und verdienen zu wenig.

Unabhängig von der bestehenden Situation setzen sich die GEW und der Hauptpersonalrat GHWRGS weiter für ein gerechteres Ausbildungs- und Laufbahnrecht ein.

Michael Hirn
HPR GHWRGS

70 Jahre b&w: Reminiszenzen eines ähnlich alten Lesers

Als im November 1947 das älteste Geschwister der heutigen b&w geboren wurde, die „Süddeutsche Schulzeitung", war ich drei Jahre alt, weit weg von Baden-Württemberg, das es damals noch gar nicht gab. Insofern ging dieser historische Moment völlig an mir vorbei. Ohnehin interessierten mich in dieser Nachkriegszeit Zeitungen vor allem als Fleißaufgabe: Mein Vater lehrte mich, Zeitungspapier in postkartengroße Blätter zu teilen, in eine Ecke ein Loch zu stanzen und das Bündel damit aufhängbar zu machen. Das Bündel hing dann in einem kalten Raum, in dem es nur eine Sitzgelegenheit gab.

Einige Jahre später hätten mich etliche Schul-Themen der Nachkriegslehrer-Generation – darunter etliche Alt-Gediente oder Spätheimkehrer – durchaus interessieren können, denn auch die GEW diskutierte kontrovers über ein Verbot der Züchtigung in der Schule. Wir Wirtschaftswunderkinder mussten solche pädagogischen Verzweiflungstaten durchaus erleben, wenn auch selten.

Nach ähnlichen Irrungen und Wirrungen wurde ich dann selber Lehrer, und das zweite Geschwisterkind der b&w schrieb sich nun modern in kleinen Buchstaben „süddeutsche lehrerzeitung". Auch wir Alt-68er wurden modern und boten den Schülern das „Du" an. Ich trat in die GEW ein und entnahm dem 3. Geschwisterkind „Lehrerzeitung Baden-Württemberg", dass mein oberster Dienstherr wohl Michael Rux hieße und viel Ärger mit einem störrischen „MV" hatte. Verwirrend war, dass ich „MV" für den Vornamen des Stuttgarter Fußballvereins hielt, bis sich dann alles irgendwann klärte.

Das vorletzte Geschwister der heutigen b&w hieß lange Zeit „Lehrer-Zeitung" und war eine unerschöpfliche Quelle für Selbstbewusstsein und stärkende Auseinandersetzungen mit diversen Schulleitern. Da es das „Jahrbuch" noch nicht gab und andere Informationsquellen nur gezielt befragt werden konnten, prägte ich mir in einem Artikel von Hans Clauser den elementaren § 41 (1) des Schulgesetzes ein, dass „der Schulleiter" (sic!) zwar „die Schule leitet und verwaltet", dabei aber von der Gesamtlehrerkonferenz „unterstützt" werden müsse.

Dann kam die längst fällige programmatische Umbenennung von der Lehrer- zur Bildungsgewerkschaft, die sich – von Layout-Wechseln abgesehen – bis heute im pfiffigen Kürzel „b&w" der baden-württembergischen GEW-Zeitung erhalten hat.

„Bildung und Wissenschaft" wird 70, ich selber 73. Gut die Hälfte meiner Lebensjahre hat mich die GEW-Landeszeitung begleitet, angeregt, erfreut, geärgert, gelangweilt, aber ob ihrer Vielfalt (fast) immer interessiert. Inzwischen ist sie bunt, und das Papier wäre für die anfangs beschriebenen Zwecke aus meiner Kindheit völlig ungeeignet. Aber – ich gebe es zu – ein sehr altes Exemplar lag mal unter dem Bein eines sonst kippelnden Schrankes. Und – kaum einer liest b&w so kritisch wie ich. Als Schlusskorrektor kurz vor der Druckabgabe. Da entdeckt man z.B., dass ein Staatliches Schulamt zu einem „Stattlichen" mutiert ist.

Frank Osterlow

GEW IM GESPRÄCH

Sprachunterricht für Migrantenkinder

Foto: Susanne Reinig

Von links: Monika Gessat, Sandra Boser, Doro Moritz und Prof. Havva Engin

Mit der bildungspolitischen Sprecherin der Grünen, Sandra Boser, diskutierten Doro Moritz und Monika Gessat von der GEW sowie Prof. Havva Engin von der PH Heidelberg über muttersprachlichen Unterricht und die Stellensituation für Flüchtlinge. Prof. Havva Engin berichtete aus Sicht der Wissenschaft, welche Möglichkeiten sie für die Weiterentwicklung von Migrations- bzw. Herkunftssprachen im deutschen Bildungssystem sieht. Doro Moritz verdeutlichte die unzureichende Stellenausstattung in den Schulen für geflüchtete Kinder und Jugendliche. Damit die Integration gelingen könne, sei es wichtig, den geflüchteten Schüler/innen jetzt ausreichend Unterstützung zu geben.

b&w

GEW lädt ein

Vertrauensleute- und Personalrätekonferenz

11.12.2017, *10:15 - 15:30 Uhr*
DGB Haus Karlsruhe

Themen sind: Arbeitsbelastung, Stellensituation und die fehlende Unterstützung bei alltäglichen und neuen Herausforderungen in Schulen. Noch bevor der Doppelhaushalt Ende des Jahres verabschiedet wird, schickt die GEW mit diesen Konferenzen ihre Forderungen an die Politik. Die Vertreter/innen der Regierungsfraktionen haben ihre Teilnahme zugesagt.

www.

Anmeldung unter:
www.gew-bw.de/veranstaltungen
bis 30.11.2017

ÄNDERUNG DES PRIVATSCHULGESETZES VERABSCHIEDET

GEW: Auch Beschäftigte sollen profitieren

Ende September hat der Landtag die Novellierung des Privatschulgesetzes verabschiedet. Die staatliche Grundförderung wird von 78,1 auf 80 Prozent der Bruttokosten einer Schülerin bzw. eines Schülers an einer staatlichen Schule angehoben. Für Schulen, die auf ein Schulgeld verzichten, wird ein Ausgleich in entsprechender Höhe eingeführt. Grundförderung und Ausgleichsanspruch sind insgesamt auf 90 Prozent der Bruttokosten begrenzt. Vom Ausgleichsmechanismus profitieren allerdings nicht alle Schulen, da Grundschulen und berufliche Schulen (auch berufliche Gymnasien) keinen Anspruch haben. Für die Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ), deren Personalkosten zu 100 Prozent refinanziert werden, hat die Änderung keine Auswirkung.

Geändert wurde auch die Vollzugsverordnung zum Privatschulgesetz. Hier wurde klargestellt, dass ein monatliches Schulgeld über 160 Euro gegen das Sonderungsverbot des Grundgesetzes verstößt, wonach Privatschulen grundsätzlich allen Bürger/innen ohne Rücksicht auf ihr Einkommen und Vermögen offenstehen müssen. Ein höheres Schulgeld kann nur im Einzelfall erhoben werden und nur dann, wenn nachgewiesen wird, dass finanzschwache Schüler/innen eine wirksame Unterstützung beim Schulgeld und bei den sonstigen Kosten erfahren. Grundsätzlich darf das Schulgeld nicht höher als 5 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens der Eltern liegen. Die Schulen sollen die Eltern überdies in einem Beratungsgespräch auf ihre Angebote zur finanziellen Entlastung hinweisen.

Die GEW begrüßt die bessere finanzielle Unterstützung der Privatschulen und verbindet damit die Erwartung, dass auch die Beschäftigten davon profitieren. Die Privatschulen sollten nun ausnahmslos dazu in der Lage sein, auf dem Niveau des öffentlichen Dienstes Gehälter zu zahlen. Gut ist auch die Stärkung des Sonderungsverbots. Zu kritisieren ist allerdings, dass der Ausgleichsmechanismus nicht für die Grundschulen und beruflichen Schulen gilt. Verbessert werden muss zudem die Kontrolle der Kosten jenseits des Schulgelds, die mit dem Besuch einer Privatschule entstehen, und ihn häufig so verteuern, dass er für arme Familien nicht zu finanzieren ist.

Inge Goerlich

HOCHSCHULRECHTWEITERENTWICKLUNGSGESETZ

Mehr Demokratie an Hochschulen?

Erst 2014 wurde das Landeshochschulgesetz in Baden-Württemberg novelliert. Prompt folgte eine Verfassungsbeschwerde. Geklagt hatte ein Professor der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Karlsruhe. Er sah sich in seiner Wissenschaftsfreiheit verletzt und kritisierte ein zu großes Gewicht von Rektorat, Hochschulrat und Dekanen und eine zu geringe Bedeutung von Senat und Fakultätsrat. Bis März 2018 hat das Wissenschaftsministerium Zeit, das Landeshochschulgesetz anzupassen.

Mit dem Urteil ging der Verfassungsgerichtshof über die Argumentation des Klägers und die bisherige Haltung des Bundesverfassungsgerichts noch hinaus. Das Gericht trug dem Wissenschaftsministerium auf, dem Gebot der Wissenschaftsfreiheit stärker zu entsprechen. Vor allem das individuelle Freiheitsrecht der Professor/innen sowie ihrer gewählten Vertretung im Senat müssten gestärkt werden. Bei allen wesentlichen wissenschaftsrelevanten Entscheidungen von Forschung und Lehre müssten sie die Mehrheit haben. Träger/innen der Wissenschaftsfreiheit seien die Professor/innen. Sie müssten in der Lage sein, einen Rektor, oder ein Rektoratsmitglied, das nicht ihr Vertrauen genieße, abzuwählen, ohne auf Stimmen aus anderen Gruppen oder Gremien angewiesen zu sein. So müssten die von den Professor/innen gewählten Mitglieder im Senat alleine mehrheitlich über die Abwahl eines Rektoratsmitgliedes entscheiden können. Gewählt werden könne ein Rektoratsmitglied nicht gegen die Stimmen der Vertreter/innen der Professor/innen. Statt einem bloßen Ausnahmerecht dieser Gruppe, das Management zu entlassen, wird dieser eng definierten Gruppe der Träger/innen der Wissenschaftsfreiheit die Mehrheit in allen Gremien eingeräumt.

Für die GEW ist das Urteil des Verfassungsgerichtshofs eine Schwächung der Senate, aber auch der Hochschulräte und der Rektorate. Im Senat werden demnach künftig die gewählten Vertreter/innen der Professor/innen dominieren. Die Vertreter/innen der Studierenden, Doktorand/innen und der wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter/innen haben dadurch deutlich weniger Einfluss. Die Hochschulräte können nicht mehr auf Augenhöhe mit den Senaten agieren und die Rektorate sind künftig vom Wohlwollen der gewählten Vertreter/innen der Professor/innen abhängig. Die Bildungsgewerkschaft kritisiert die dem Verfassungsurteil zugrundeliegende Annahme, dass nur Professor/innen Grundrechtsträger/innen der Wissenschaftsfreiheit seien. Nur 7.358 der Wissenschaftler/innen an Baden-Württembergs Hochschulen sind Professor/innen. Forschung betreibt aber auch der „akademische Mittelbau". Sie ist die größte Gruppe der wissenschaftlich und künstlerisch Beschäftigten (36.642). Dazu gehören auch 30.000 Promovierende und einige Studierende. In einer demokratischen Hochschule sollten alle Statusgruppen mitbestimmen. Deshalb sollte der Senat durch Professor/innen, akademische Mitarbeiter/innen, Doktorand/innen, Studierende und nichtakademische Mitarbeiter/innen paritätisch besetzt sein.

Cendrese Sadiku
GEW-Referentin für Hochschule und Forschung

GEW-TAGUNG FÜR BEAUFTRAGTE FÜR CHANCENGLEICHHEIT

Teilzeitarbeit im Fokus

Foto: Ulrike Bär

Doro Moritz (am Rednerpult) begrüßte unter anderen die Beauftragte für Chancengleichheit am KM, Birgit Stimpfig (sitzend dritte von links), und hofft auf eine gute Zusammenarbeit.

Über 100 Beauftragte für Chancengleichheit aus dem ganzen Land, davon etwa die Hälfte aus Gymnasien, kamen Ende Oktober zur GEW-Fachtagung nach Stuttgart. Aktuell arbeitet die GEW politisch darauf hin, dass Frauen im nächsten Jahr mit dem 100. Geburtstag des Frauenwahlrechts in Baden-Württemberg eine Änderung des Landtagswahlrechts feiern können. Ein Zwei-Stimmen-Wahlrecht mit Landeslisten soll den Frauenanteil im Landtag deutlich erhöhen.

Auf der Tagung lag der Fokus auf Fragen rund um Teilzeit „Die GEW-Landesvorsitzende Doro Moritz sagte: „Dass derzeit zwei Frauen an der Spitze des Kultusministeriums stehen und die Amtschefin Gerda Windey das KM früher auf unserer BfC-Tagung vertreten hat, lässt uns hoffen, dass für die Gleichstellungsarbeit an Schulen und im KM bessere Zeiten anbrechen."

b&w

Karl Vogelmann und Michael Rux 1968

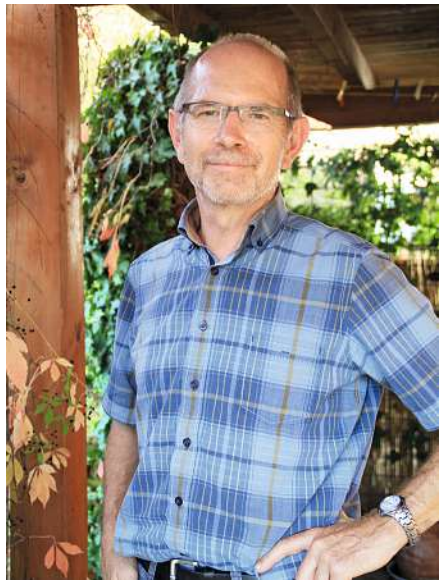
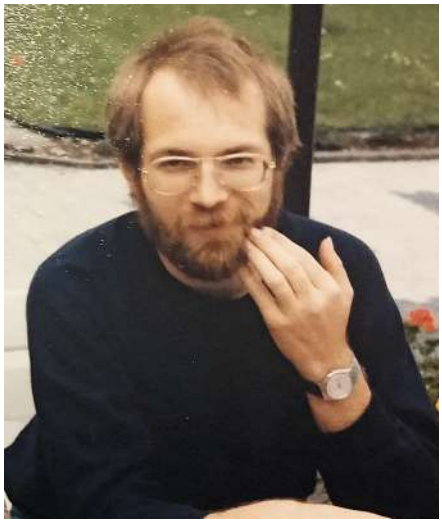


Foto: Ulrike Bär

Hans Dörr Oktober 2017

Foto: Susanne Reinig

Michael Rux und Michael Hirn Oktober 2017



Hans Dörr 1984

Fotos: GEW-BW

b&w-Redaktion besucht GO Druckerei im September 2008 (von links): Frank Osterlow, Michael Hirn, Mitarbeiter der Druckerei und Sigi Frech

Ehemalige b&w-Redaktionsmitglieder Peter Schild, Walter Appel und Christa Böger (von links) vor einem Stapel b&w-Druckbögen im September 2008

b&w-Redaktion im Dezember 2015: Doro Moritz, Julia Stoye, Michael Hirn, Maria Jeggle und Ulrike Bär (von links)

B&W-JUBILÄUM

Wichtig für alle Mitglieder

Unsere Mitgliederzeitung ist siebzig Jahre alt. Sie ist damit älter als der Landesverband der GEW Baden-Württemberg, zu dem sich 1956 die GEW-Bezirke zusammengeschlossen haben. Die Zeitung war von Anfang an das zentrale Informations- und Kommunikationsmedium für die Mitglieder.

Ich habe unsere Zeitung bei meinem Eintritt in den Schuldienst und in die GEW vor knapp vierzig Jahren als Lehrerzeitung (LZ) kennen- und schätzengelernt. Damals war die GEW noch eine reine Interessensvertretung der Lehrkräfte. Heute ist sie Bildungsgewerkschaft – der aktuelle Name „bildung und wissenschaft" passt dazu.

Die Bedeutung der Zeitschrift für die Mitglieder war und ist hoch. Sie ist trotz Internet und sozialer Medien immer noch die wesentliche Informationsquelle für viele Mitglieder. Das zeigen auch zahlreiche Reaktionen bei strittigen Themen und Beiträgen.

Die GEW dokumentiert in der Zeitung, was die GEW will, was sie tut und was sie erreicht. In der b&w bilden sich auch die Entwicklungen der GEW ab. Ein Kampfblatt ist sie nicht mehr (siehe auch Interview auf den folgenden Seiten). Die großen Auseinandersetzungen, ich denke an die Zeit der Berufsverbote, an große Demonstrationen, an die Auseinandersetzungen um Meinungsfreiheit mit dem damaligen Kultusminister Mayer-Vorfelder, sind vorbei. Dass die GEW einen langen Atem hat und braucht, zeigt ein Blick in die Ausgaben vergangener Jahrzehnte. Manche Themen ziehen sich wie ein roter Faden durch die Jahre: Zum Beispiel die Hauptschule mit ihren sinkenden Übergangsquoten, die zunehmende Vernachlässigung der Grundschulen, die fehlende – auch materielle – Wertschätzung der Grund- und Hauptschullehrkräfte (siehe auch Beitrag zur Hauptschule Seite 14).

Ohne die Leistungen der ihm nachfolgenden verantwortlichen Redakteure Hans Dörr und Michael Hirn zu schmälern, zolle ich dem Ehrenmitglied der GEW, Michael Rux, hohe Anerkennung. Er hat mit seinen scharfzüngigen und pointierten Texten die Mitgliederzeitung der GEW jahrzehntelang geprägt.

Ich erinnere mich noch daran, wie ich als junge Kollegin ermuntert wurde, ebenfalls für unsere Mitgliederzeitung zu schreiben. Eine große Aufgabe! Gab es doch Michael Rux, der gestochen scharf redete und der seine Gedanken und Positionen sofort druckreif niederschreiben oder diktieren konnte. Vielfach hatte ich versucht, Themen für die LZ vorzuschlagen. Wir saßen in den 90er-Jahren nebeneinander in den Sitzungen des Hauptpersonalrats für Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen. Ich denke an viele Sitzungen, in denen ich Themen aus Tagesordnungspunkten aufgegriffen und Michael Rux zugeflüstert habe, ob das nicht ein Thema für die GEW-Zeitung wäre. Selten konnte ich den Artikel schreiben. Denn Michael Rux hatte ihn am Ende der HPR-Sitzung schon druckfertig erstellt.

Die b&w steht heute für klare bildungs- und gewerkschaftspolitische Positionen und Orientierung zu aktuellen Themen, für gesicherte Fakten und eine wissenschaftliche Fundierung. Sie bildet die Vielfalt der Bildungsbereiche mit ihren Positionen und Aktivitäten ab. Durch eine stärkere Beteiligung der Gremien und Mitglieder bei den Beiträgen der b&w könnte das noch erhöht werden.

Die GEW-Mitgliederzeitung ist mehr als ein Blatt für die Mitglieder. Am intensivsten wird sie im Kultusministerium gelesen und löst dort immer wieder mehr oder weniger heftige Reaktionen aus. Es gab in der Vergangenheit auch Versuche, Autor/innen für einen kritischen Artikel zu disziplinieren. Mir als Hauptpersonalrätin wurden in einer Sitzung des Kultusministeriums die Unterlagen entzogen. Grund war ein kritischer Artikel über die damalige Kultusministerin. Erst nach zwei Wochen konnte der Hauptpersonalrat diese Auseinandersetzung positiv abschließen und verhindern, dass auf unsere Gewerkschaftsarbeit Einfluss genommen wird. Diese Empfindlichkeit zeigt die Bedeutung unserer Mitgliederzeitung. Leider erlebe ich auch jetzt wieder Versuche des Kultusministeriums, den Informationsfluss zu steuern.

Die GEW ist mit ihrer b&w gut aufgestellt. Die verantwortlichen Redakteure waren und sind Spitzenleute der GEW. Wir haben eine kompetent besetzte hauptamtliche Redaktion. Ich sage gerne: Danke und weiter so!

Doro Moritz
GEW-Landesvorsitzende

MITGLIEDERZEITUNG DER GEW WIRD 70 JAHRE ALT

Ein politisches Kampfblatt ist die b&w nicht mehr

Im November 1947 erschien die erste Ausgabe der Süddeutschen Schulzeitung. Die Redakteure, die die Gewerkschaftszeitung jeweils verantworteten, blieben ihrer Arbeit erstaunlich lange treu: Michael Rux von 1968 bis 1998, Hans Dörr arbeitete ab 1983 mit und übernahm die Leitung 2000. Seit 2006 ist Michael Hirn am Ruder. Die geschäftsführende Redakteurin Maria Jeggle sprach mit ihnen.

Michael Rux, du kennst von uns allen die GEW-Mitgliederzeitung am längsten. Du hast sie selbst 30 Jahre lang gemacht und nun guckst du schon 20 Jahre zu, wie andere sie mit Inhalt füllen. Liest du sie noch?
Michael Rux: Ja – und ich sehe mit Vergnügen, was ihr macht.

Was ist heute anders als vor 50 Jahren, als du als 27-jähriger Redakteur die Verantwortung übernommen hast?
Rux: Es war damals eine andere Welt. Die Süddeutsche Schulzeitung erschien alle 14 Tage mit 16 Seiten. Ich war Alleinredakteur. Das bedeutete für mich als jungen Lehrer, der die Zeitung neben dem Beruf mit 30 Wochenstunden à 50 Minuten verantwortete, dass ich nur in den Sommerferien drei Wochen frei hatte, sonst waren die Ferien immer mit der Blattvorbereitung belegt. Ich habe mich als politischen Redakteur verstanden und das so ausgeübt. Heute ist die Zeitung ganz anders.

Wie kamst du zu dieser Arbeit?
Rux: Ich habe mich bei der GEW um die frei werdende, aber nirgendwo ausgeschriebene Stelle als Nachfolger von Karl Vogelmann beworben, der die Zeitung 20 Jahre lang von 1948 bis 1968 gemacht hatte. Ich bin genommen worden und wechselte mit vollem Risiko von Freiburg nach Stuttgart. Das war für meine Frau und meine zwei kleinen Kinder eine harte Entscheidung. In die laute und schmutzige Stadt Stuttgart zu ziehen, war für uns Freiburger damals so ziemlich das Schrecklichste, das man sich vorstellen konnte. Nach vier Wochen hätte mich die GEW auch wieder nach Hause schicken können. Denn sie hatte allen Grund dazu.

„Wir dokumentieren in der Zeitung, was die GEW will, was sie tut und was sie erreicht."

Michael Rux, *Foto von 1974*

Inwiefern?
Rux: Als wilder Junglehrer, der die Welt und die GEW verändern wollte, schrieb ich einmal, dass Schulräte nicht mehr einzeln, sondern als „Doppelstreife" ausrücken sollten, um aufzuschreiben, was eine Lehrkraft in Unterricht so tut. Daraufhin sind viele GEW-Schulräte auf einmal ausgetreten. Es wäre normal gewesen, wenn die GEW gesagt hätte, der macht uns den Laden kaputt, den schicken wir wieder heim.

Wie warst du in die Gremien der GEW eingebunden?
Rux: Als Schriftleiter war ich zwar ohne Stimmrecht, hatte aber einen Sitz im Geschäftsführenden Ausschuss, im obersten Lenkungsgremium der GEW. Ich war das jüngste Mitglied unter lauter Rektoren und Schulräten und habe versucht, Politik zu machen. Eine meiner ersten Handlungen war, dass ich darum

bat, dass der „Schriftleiter“ in der GEW-Satzung zum „verantwortlichen Redakteur“ umgetauft wird. Schriftleiter war nämlich ein Naziausdruck.

Warst du ehrenamtlich oder hauptamtlich tätig?
Rux: Von 1968 bis 1975 war ich rein ehrenamtlich tätig, ab 1975 hat mich die GEW zur Hälfte vom Kultusministerium freigekauft. Zur anderen Hälfte war ich ab 1970 Rektor im Schuldienst.
Auf Dauer ließen sich die Ämter nicht vereinbaren. Ich war ja nicht nur Redakteur, sondern viele Jahre auch stellvertretender Landesvorsitzender und ich vertrat als Pressesprecher die gesamte Kommunikation der GEW nach außen. Viele Leute waren der Meinung, dass ich damit zu viel Einfluss und Macht in der GEW hatte. Rückblickend muss ich meinen Kritikern Recht geben. Ich hatte unglaublich viele Möglichkeiten, ganz handfeste Politik für die GEW zu machen. Auch mit Erfolg! Mir hat die Arbeit großen Spaß gemacht und die Lehrerschaft hat das honoriert. Es kam ja nicht von ungefähr, dass ich sechsmal hintereinander Stimmenkönig bei den Personalratswahlen war.

Welchen Stellenwert innerhalb der GEW hatte die Zeitung?
Rux: Einen anderen und höheren, als man es sich heute vorstellen kann. Das Fernsehen hatte nur geringe Bedeutung und die Berichterstattung in den Tageszeitungen war kümmerlich. Wenn du dich als Lehrkraft informieren wolltest, musstest du auf das nächste Amtsblatt des Kultusministeriums warten. Unsere Zeitung hatte einen außerordentlichen Kommunikationswert und wir wurden intensiv gelesen.

Die Lehrkräfte hatten wenig Auswahl …
Rux: … und das habe ich weidlich ausgenützt. Bei meiner Einsetzung als Schulleiter sagte der Schulrat, ich hätte aus der Süddeutschen Schulzeitung ein Kampfblatt gemacht. Das hat mich gefreut. Ich habe es genossen, Redakteur eines Kampfblattes zu sein.

In den alten Ausgaben kamen auch regelmäßig Politiker (Politikerinnen gab es kaum) zu Wort. Die Fraktionssprecher, die Kultusminister und auch die Ministerpräsidenten schrieben für die GEW-Zeitung. War es schwierig, sie zu gewinnen?
Rux: Überhaupt nicht. Sie waren ganz scharf darauf. Kultusminister Mayer-Vorfelder hat sich einmal beschwert, weil wir es wagten, seinen Aufsatz zu kommentieren. Er musste es aber hinnehmen, dass wir seiner Meinung widersprachen.

„Die Textlängen von früher wären heute unvorstellbar.“
Hans Dörr, Foto von 2002

Wir gehen viele Jahre weiter. Hans, du hast 2000 die Redaktionsleitung übernommen. Davor hast du schon lange als stellvertretender Redakteur mitgearbeitet. Was war dir wichtig?

Hans Dörr: Für mich war klar, dass ich die Aufgabe nicht so lange machen werde. Wichtig war mir, dass ich das Niveau aufrechterhalte. Politisch war ich niemals so prägend wie Michael. Ich habe mich eher in einem Bereich bewegt, den der Geschäftsführende Vorstand vorgegeben hat.
Die Strukturen der GEW hatten sich verändert. Im Lauf der Jahre hat sich der hauptamtliche Stamm der Mitarbeiter ausgeweitet. Was Michael noch alleine machte, erledigten dann mehrere Menschen. Ab dem Einstieg von Ulf Rödde 1998 übernahmen ausgebildete Redakteure und Redakteurinnen die Geschäftsführung. Ich sah mich eher als Dienstleister und wollte die Zeitung mit sinnvollen und wichtigen Informationen füllen. Ich habe gute Autor/innen motiviert, für uns tätig zu werden, und viel weniger selbst geschrieben als Michael. Vor allem für das neue Titelthema-Konzept war es wichtig, kompetente Autorinnen und Autoren zu gewinnen.

Wurde die b&w in dieser Zeit weniger gelesen?
Dörr: Ich glaube nicht, dass die b&w weniger beachtet wurde. Natürlich hat sich die Rezeption verändert. Das sieht man schon an der Zahl der Ausgaben und der Aufmachungen. Die Textlängen von früher wären heute unvorstellbar. Michael Rux, du hast mir immer gesagt: „Keine Besinnungsaufsätze“. Du selber hast aber sehr lange Text geschrieben, die zweifellos ihre Qualitäten hatten.

Michael Hirn: Das ist nicht nur eine andere Rezeptionsgewohnheit. Ich beobachte auch, dass immer mehr Kolleg/innen weniger an formalem Wissen interessiert sind. Viele sind im Alltag ausgelastet und interessieren sich bei-

Fotos: GEW-BW

Druckbögen der b&w bei der Druckerei GO in Kirchheim/Teck 2008. Bei einer Auflage von rund 50.000 Stück entsteht palettenweise Papier.

spielsweise für rechtliche Grundlagen viel weniger als früher.

Mittlerweile werden wir von den Medienangeboten regelrecht überschüttet. Könnte man nicht so langsam sagen, die b&w brauchen wir nicht mehr.
Hirn: Es ist wichtig, dass die Mitglieder einmal im Monat eine Art Inhaltsverzeichnis der GEW-Arbeit bekommen. Sie können sich in der b&w einerseits die Informationen aussuchen, die sie für wichtig erachten. Auf der anderen Seite sehen sie in der Zeitung, wie intensiv die GEW arbeitet. Bei weniger strukturierten Informationsquellen wie dem Internet oder auf Flugblättern geht etwas verloren.
In der letzten Leserbefragung haben viele Mitglieder angegeben, dass die b&w ihr zentrales Medium der GEW ist. Ich glaube, dass die b&w immer noch eine große Bedeutung für die GEW hat.

Aber ein Kampfblatt ist die b&w nicht mehr?
Hirn: Die GEW hat sich verändert. Viele Diskussionen werden eher moderiert als dass Themen einseitig gesetzt werden. Heute passt die b&w, so wie sie aussieht und mit dem, was drin steht, gut zur GEW. Sie ist natürlich völlig anders als vor 30 Jahren.

Rux: Zu meiner Zeit hat die GEW wirklich heftige Kämpfe ausfechten müssen. Es gab unter Gerhard Mayer-Vorfelder geradezu einen Vernichtungsfeldzug. Damals sollten GEW-Mitglieder auf Anweisung des Kultusministeriums keine leitenden Funktionen im Bildungswesen mehr übernehmen. Als Ministerpräsident Filbinger und Helmut Kohl die geistig moralische Wende ausriefen, musste die linke Gewerkschaft die freiheitliche, demokratische Bildungspolitik verteidigen. Mit der Kultusministerin Marianne Schultz-Hector änderte sich das 1991 schlagartig. Man konnte wieder miteinander reden.

Hirn: In den siebziger- und achtziger-Jahren wurde auch außerhalb der GEW intensiver um Grundpositionen gestritten. Viele der damaligen Themen sind geklärt und wir streiten uns in Baden-Württemberg immer noch um wichtige, aber weniger grundsätzliche Fragen. Schwarz-Weiß-Diskussionen gibt es nicht mehr. Ein Kampfblatt ist die b&w deshalb auch nicht mehr.

Aber viele Themen sind doch 70 Jahre lang erstaunlich gleich geblieben. Müsste man nicht als Gewerkschafter und Gewerkschafterin frustriert sein, wenn man über so viele Jahre immer wieder die gleichen Themen beackern muss? Die Hauptschule ist schon in den sechziger Jahren abgeschrieben worden, Lehrerbildung ist ein Dauerthema, das Auf und Ab von Lehrermangel und Lehrerüberschuss bewegt die GEW seit Jahrzehnten.
Rux: Wie soll es auch anders sein? Die Schule ist der Arbeitsplatz vieler Kolleg/innen, und die GEW hat immer ausgezeichnet, dass es ihr nicht nur um Arbeitsbedingungen geht. Uns geht es auch um das Bildungswesen, die Inhalte des Betriebes, in dem wir arbeiten. Deswegen beschäftigen wir uns mit diesen

GEW-Vorsitzende seit Gründung der GEW

Politisch verantwortliche Redakteur/innen

Layout-Änderungen

Themen. Wir dokumentieren in der Zeitung, was die GEW will, was sie tut und was sie erreicht.

Hirn: Die Dauerthemen zeigen auch, dass es dort immer noch Handlungsbedarf gibt. Für die Grundschulen müssen wir noch viel tun. Im Vergleich zu den Fünfzigerjahren haben wir schon viel geschafft. Im Verhältnis zu den anderen Schularten können wir aber mit der gesellschaftlichen Wertschätzung der Arbeit in den Grundschulen noch nicht zufrieden sein. Manchmal brauchen wir eine fünfzig Jahre lange Auseinandersetzung.

Dörr: Es gab sogar Rückschritte. Als ich 1978 als Lehrer angefangen habe, hatte die Grundschule noch zwei Förderstunden. Heute gibt es kaum mehr einen Ergänzungsbereich. Wir sind nicht weitergekommen.

Rux: Trotzdem hatten wir Erfolge. Ich habe als Lehrer noch mit über 40 Schüler/innen pro Klasse angefangen. Wir haben viele Jahre lang um einen Klassenteiler von 39 gekämpft. Das ist heute eine unvorstellbare Größenordnung. Hier war die GEW außerordentlich erfolgreich. Man kann sich die Zustände im Schuldienst zu meiner Generation heute gar nicht vorstellen.

Hirn: Der Kampf um die Arbeitsbedingungen, um die Bezahlung und das Ziel, die Bildung besser zu machen, wird uns noch lange beschäftigen. Auch in der frühen Bildung oder der Weiterbildung gibt es auch noch viele Ziele, die die GEW erreichen will.

Hans, als du Schulleiter der Werkrealschule in Plochingen wurdest, hast du dein Ehrenamt in der Redaktion niedergelegt. Danach war es schwierig, einen Nachfolger zu finden. Wie kam es, dass du, Michael Hirn, das Amt übernommen hast?

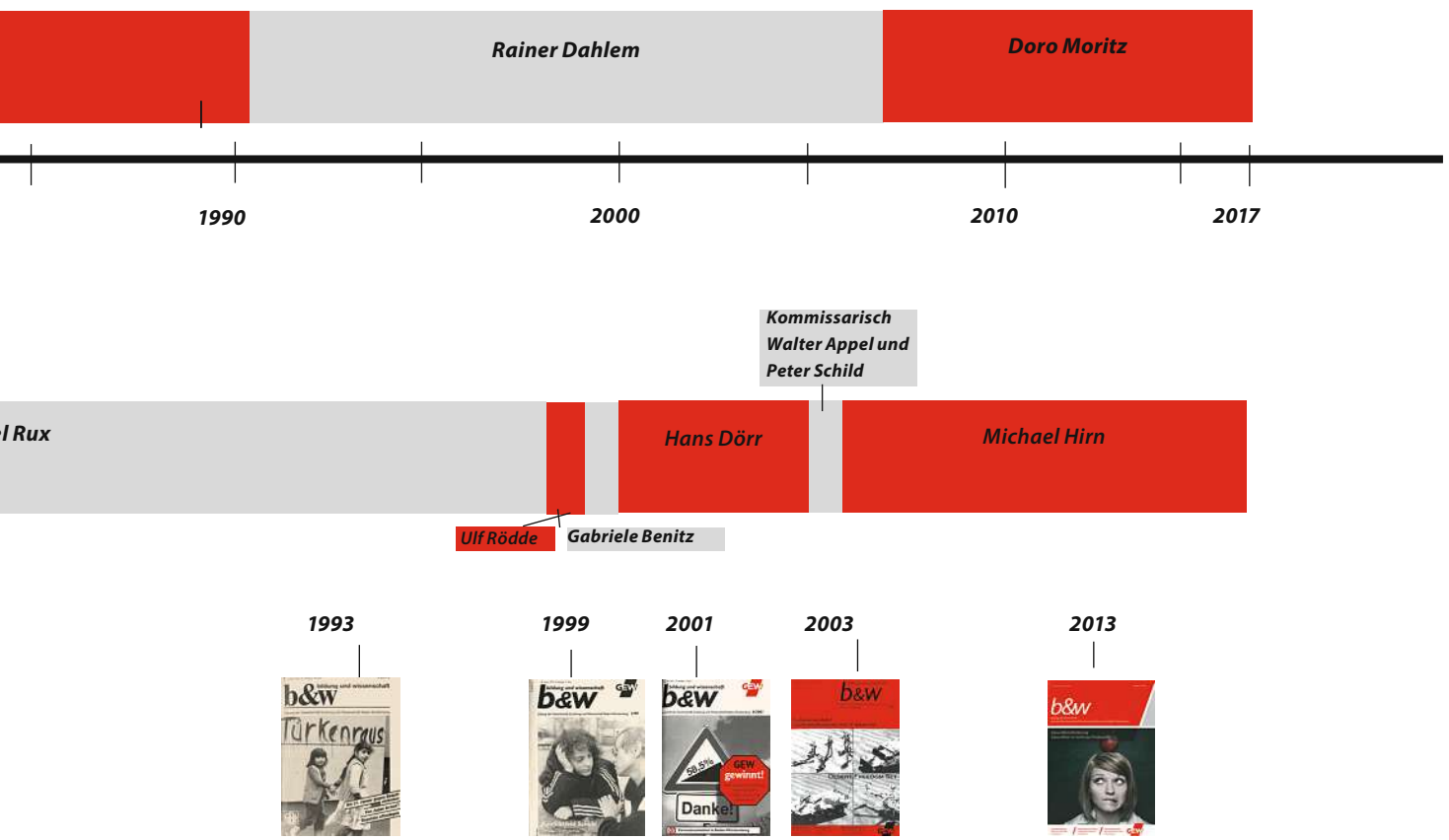
Hirn: Ich wurde direkt angesprochen. Auch Rainer Dahlem hat mich gefragt. Ich habe mich vorher lange schwer getan, in zeitaufwändige GEW-Ämter zu gehen, weil ich zuerst als Lehrer beruflich gut Fuß fassen wollte. 2006 hatte ich das Gefühl, jetzt bin als Lehrer so weit gefestigt, dass ich die ehrenamtliche Arbeit als Redakteur gut schultern kann.

Rux: Du warst für mich schon lange vorher die erste Wahl für dieses Amt. Das kannst du gerne als Kompliment hinnehmen.

Hirn: Für mich war immer wichtig, dass es in der GEW Leute gibt, die mir etwas zugetraut haben.

Du machst das jetzt schon über zehn Jahre lang. Was hält dich bei der Stange neben deiner Schulleiterstelle und deiner Arbeit im Hauptpersonalrat?

Hirn: Die b&w soll ein wichtiges Organ der GEW bleiben. Ich bin lange genug dabei, dass ich weiß, ohne eine gute b&w gibt es keine gute GEW. Die Unterstützung der hauptamtlichen Redaktion macht es mir leicht, der politisch verantwortliche Redakteur zu sein. Ich bin nicht verpflichtet, das Heft alleine zu fül-



„Ohne eine gute b&w gibt es keine gute GEW."

Michael Hirn, *Foto von 2006*

len und ich muss mich nicht um technische und organisatorische Details kümmern. Mit der Arbeit für die b&w bin ich Teil einer wirkungsmächtigen Organisation und trage meinen Anteil bei. Das gefällt mir gut.

Michael Rux, in deiner Zeit gab es zwei Namensänderungen. Bis 1972 hieß die GEW-Mitgliederzeitung Süddeutsche Schulzeitung (SSZ), dann Lehrerzeitung (LZ), 1993 wurde die b&w daraus.
Rux: Die Süddeutsche Schulzeitung hat so heißen müssen, weil die amerikanische Besatzungsmacht in ihren Landesteilen keinen anderen Titel zugelassen hat. Als sich die GEW 1972 mit dem südwürttembergischen Lehrerverein zusammenschloss, habe ich eine Namensänderung durchgesetzt. Der Name „Lehrerzeitung" war in gewisser Weise ein Rückschritt. Die GEW war damals schon auf dem Weg zur Bildungsgewerkschaft und hat sich nicht nur als Gewerkschaft der Lehrkräfte verstanden. Das ist auch der Grund, warum die Zeitung später zu b&w umbenannt wurde. Anfang der 70er haben wir das Blatt trotzdem bewusst „Lehrerzeitung" genannt. Fast alle Mitglieder waren damals Lehrkräfte und haben sich in dem Titel wiedergefunden.

Die Umbenennung von „Lehrerzeitung" zur „b&w" war auch nötig, weil mit der alten Bezeichnung Frauen ausgeschlossen waren. Wie wichtig war euch das?
Rux: Das müssen andere beurteilen. Ich war an der Namensgebung nicht mehr richtig beteiligt. Das habe ich über mich ergehen lassen.

1993 war das, da warst du aber noch eine Weile Redakteur.
Rux: Da war ich aber schon ein gesetzter Redakteur und musste mich nicht mehr für alles verkämpfen. Ich habe die Namensgebung zu b&w für einen Fehler gehalten.

Wie habt ihr das Blatt früher mit vierzehntägigen Ausgaben, weniger Autor/innen und weniger Technik zustande gebracht?
Dörr: Wir hatten früher nicht weniger Autor/innen. Und Michael Rux war ein ungeheuer schneller Schreiber. Er hat das meiste diktiert und ließ es abtippen. Die Redaktionskonferenzen waren früher keine Planungskonferenzen, sondern Textkonferenzen. Wir haben uns mit Manuskripten beschäftigt, bei denen manche viel zu lang waren. Die Ablehnung eingereichter Manuskripte hat die Beliebtheit von Michael Rux nicht gesteigert.
Rux: Das ist das ganz normale Geschäft eines Redakteurs.

Wir beschäftigen uns heutzutage auch viel mit dem Layout der Zeitung, welche Bilder und Cartoons nehmen wir, was können wir tun, dass die Zeitung lesefreundlich aussieht? Habt ihr damals auch auf das Layout Rücksicht genommen oder einfach drauflos geschrieben?
Rux: Ich habe anfangs meine Texte an die Druckerei geschickt. Ein Setzer hat dort an einer Linotype-Setzmaschine die Zeilen eingetippt und mir den Fahnenabzug vom Bleisatz zukommen lassen. Wenn ich ein Bild in der Zeitung haben wollte, musste ich das Foto oder die Karikatur in eine Klischieranstalt geben und bekam zwei Tage später eine Bleiplatte geliefert, die ich dann an die Druckerei schicken konnte. Wir haben daher fast bilderfrei publiziert.

Dörr: Bei uns war das schon ein bisschen anders. Ich bin 1983 eingestiegen und wir haben neben der Maschinenhalle den Klebeumbruch bei der Druckerei Weinmann gemacht. Es war heiß, es war laut und es stank. Später sind wir bei der Druckerei Weinmann einen Stock höher gezogen. Dort hatten wir weitab von der Maschinenhalle ein deutlich größeres Büro - mit Fotoarchiv. Auf dem Weg von der Lehrerzeitung zur b&w und vom Klebeumbruch zur Gestaltung der Zeitung am Bildschirm gab es mehrere Layout-Veränderungen. Wir haben uns den Rezeptions-Gewohnheiten der Leserinnen und Leser angepasst: mehr Illustrationen, größere Fotos, kürzere Texte, größerer Schriftgrad usw. Das gesamte Herstellungsverfahren war sicherlich aufwändiger als heute.

Die b&w lesefreundlich zu gestalten, bleibt eine Herausforderung bis heute. Michael Hirn, was wünscht du dir für die nächsten Jahre
Hirn: Ich finde es schade, dass die Diskussionen meist so ruhig geworden sind. Ich wünsche mir, dass aus Gremien der GEW mehr Impulse kommen. Das würde uns gut tun. Wir könnten inhaltlich noch klarer sein.

Maria Jeggle
b&w-Redakteurin

VON DER HAUPTSACHE ZUR RESTSCHULE

Ein persönlicher Abgesang

Dies ist ein sehr persönlicher Text, kein GEW-Statement. Es ist ein individueller Rückblick von Michael Rux, dem Redakteur, der 30 Jahre lang mit dem Kürzel rx. die GEW-Mitgliederzeitung prägte. Zum Jubiläum der b&w lässt er die über fünfzigjährige Geschichte der Hauptschule aufleben.

Von Anfang an war ich dabei – bis heute. Ich war Lehrer und Schulleiter an Hauptschulen und ich habe die Lehrkräfte „meiner" Schulart jahrzehntelang als Personalrat und Gewerkschafter vertreten. Die Entwicklung der Hauptschule ist für mich eine fünfzigjährige Mit-Leidenszeit an und in dieser Schulart.

Als ich im April 1964 als frisch ausgebildeter Lehrer den Schuldienst antrat (so nannte man das damals), gelangte ich noch in die alte Welt: Man übertrug mir die Leitung einer kombinierten 7. und 8. Klasse der Volksschule. Eine 9. Klasse gab es noch nicht, meine Schülerinnen und Schüler sollten mit 14 Jahren ins Leben treten. Auf dem Dorf herrschte noch die Zwergschule vor: Oft waren das zweiklassige Schulen mit einer Unterstufe, in der die Sechs- bis Zehnjährigen gemeinsam im Schulzimmer saßen, und einer Oberstufe mit den Klassen 5 bis 8; nicht selten gab es auch einklassige Schulen mit den Jahrgängen 1 bis 8 in einem Raum.

In der Bildungspolitik unterschied man damals zwischen drei Begabungstypen, den „praktisch Veranlagten" (das war die große Mehrheit), die nach der Volksschulzeit einen Beruf im Handel, Handwerk oder der Industrie lernten – oder auch nicht. Mädchen hatten oft nur die Perspektive, sich in der Frauenfachschule auf das Dasein als Hausfrau und Mutter vorzubereiten. Dann gab es die sehr viel kleinere Gruppe der Mittelschüler, die sich auf eine Tätigkeit in der Verwaltung oder in „gehobenen" Berufen vorbereiteten. Die später in Realschule umbenannte Mittelschule gab es ebenso wie das für die „theoretisch Begabten" bestimmte Gymnasium allerdings nur in den Städten. Und da der öffentliche Personennahverkehr kaum ausgebaut war, blieb für die Kinder auf dem Land nur die Volksschule übrig. Im Jahre 1960 erreichten in Baden-Württemberg nur 10,4 Prozent der Sechzehnjährigen einen mittleren Abschluss und nur 5,5 Prozent der Neunzehnjährigen machten das Abitur (Edding: Auf dem Wege zur Bildungsplanung, Westermann 1970).

Auf dem Land, auch in meiner Schule, wechselten allenfalls fünf Prozent der Schülerschaft auf eine höhere Schulart. Das hieß zugleich: Bei mir saßen mehr als 90 Prozent der 13- und 14-jährigen Kinder des Ortes im Schulzimmer: Ich hatte die ganze Bandbreite der Begabungen vor mir – vom lernbehinderten Peter, dem ein Berufsweg als ungelernter Hilfsarbeiter vorgezeichnet war, über die tüchtige Erika, die sich zehn Jahre später als Optikermeisterin selbstständig machte, bis zum hochbegabten Jürgen, der nach der Lehre als Buchbinder über das Abendabitur an die Uni gelangte und sein Studium mit dem Doktorgrad abschloss.

Auch „Hilfsschulen" gab es nur an wenigen zentralen Standorten. Geistigbehinderte galten damals als „nicht bildungsfähig" – sie waren von der allgemeinen Schulpflicht ausgenommen und bekamen, wenn sie Glück hatten, von der privat organisierten „Lebenshilfe" ein bisschen Lesen und Schreiben beigebracht.

Am ärmsten war damals das katholische Landarbeitermädchen dran, wie Karl Erlinghagen, Jesuitenpater und Rektor der Pädagogischen Hochschule Freiburg, 1965 diagnostizierte. Denn es vereinigte in einer Person alle vier Bildungsdefizite in Deutschland: die Benachteiligung der Mädchen, der Kinder vom Land, der Arbeiterkinder und schließlich den Bildungs-Rückstand der katholischen Bevölkerung (Erlinghagen: Katholisches Bildungsdefizit, Herder 1965). Heute würde er wohl den muslimischen Flüchtlingsjungen aus der Sammelunterkunft im Industriegebiet als Angehörigen der bildungsfernsten Gruppe benennen.

Aber bereits wenige Wochen nach meinem Dienstantritt wurden die Weichen anders gestellt: Am 21. April 1964 beschloss der Landtag das „Gesetz zur Vereinheitlichung und Ordnung des Schulwesens". Dieses „Schulverwaltungsgesetz", der Vorgänger des heutigen Schulgesetzes, fasste erstmals die schulrechtlichen Bestimmungen zusammen, die in den Vorgängerstaaten des 1952 gegründeten Südweststaates, den Bundesländern Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern

Titelbilder zur Hauptschule vom November und Juni 2007 und März 2015 (von links)

und (Süd-)Baden gegolten hatten. Zugleich leitete es eine geradezu revolutionäre Wende ein: Die Volksschule behielt diese Bezeichnung nur noch als Oberbegriff, denn sie bestand jetzt aus einer Grundschule und einer Hauptschule. Die Schulzeit in der Hauptschule wurde um ein Jahr auf ein 9. Schuljahr verlängert, eine Fremdsprache kam hinzu, das bisherige System des „Gesamtunterrichts" wurde aufgefächert. Der Kern- und Knackpunkt aber war die Abkehr von der Zwergschule: Die ländlichen Schulen sollten zu „Nachbarschaftsschulen" mit Jahrgangsklassen zusammengeführt und damit leistungsfähiger und moderner werden. Die Hauptschule sollte zur Hauptsache werden.

Was heute noch modern klingt

Motor dieser Schulreform war ein neuer Kultusminister, der CDU-Politiker und Theologieprofessor Wilhelm Hahn. Er hatte zuvor im „Deutschen Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen" am Rahmenplan zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemeinen öffentlichen Schulwesens mitgearbeitet. Hahn berief zur Umsetzung seines Vorhabens den damaligen Landesvorsitzenden der GEW, Kurt Pöndl, ins Ministerium. Pöndl brachte als gestandener Schulmann nicht nur persönlich die besten Voraussetzungen mit, sondern er konnte sich auch auf die umfangreichen Vorarbeiten stützen, welche die GEW in den fünfziger Jahren und Anfang der sechziger Jahre eingeleitet hatte: Das auf dem Kongress der Lehrer und Erzieher 1958 in München verkündete Manifest „Erziehung entscheidet unser Schicksal" führte zur Gründung der alle Gruppen der Gesellschaft – vom Bauernverband bis zu GEW – umfassenden „September-Gesellschaft", deren Ziel es sein sollte, Gelder des Bundes für Bildungs- und Erziehungsfragen bereitzustellen und eine weitreichende Bildungsplanung zu ermöglichen. Die GEW legte 1960 den „Bremer Plan" vor. Sie forderte darin die gemeinsame Unterrichtung aller Kinder in einer Schule, die Verlängerung der Grundschule um eine zweijährige Förderstufe auf sechs Jahre, eine zehnjährige Volksschulpflicht mitsamt einer darauf aufbauenden Studienstufe vom 11. bis 13. Schuljahr, eine Höchstfrequenz von 25 Schüler/innen pro Klasse sowie den Ausbau der Kindergärten und der Sozialarbeit. Wie modern das heute klingt, fast 60 Jahre danach!

Aber erst Georg Picht brachte 1964 mit seinem Buch von der deutschen „Bildungskatastrophe" eine Bewegung für bessere Bildung wirklich ins Rollen. Seine Forderungen wurden von der deutschen Studentenschaft aufgegriffen, die sich 1965 in großen Demonstrationen („Aktion 1. Juli") für eine Bildungsreform einsetzte und nicht zuletzt von der Freiburger Universität aus die Aktion „Student aufs Land" initiierte. Studentische Aktivisten reisten auf die Dörfer und versuchten, die ländliche Bevölkerung von der Notwendigkeit zu überzeugen, ihren Kindern eine bessere Bildung zukommen zu lassen. Ich habe 1965 auf Bitte der Studentenschaft als gewerkschaftlich engagierter Junglehrer am Vorabend dieser Aktion in der Freiburger Universität den einleitenden Vortrag zu diesem Thema gehalten. Für mich war wichtig und bezeichnend, dass die Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses der GEW Südbaden in der ersten Reihe des überfüllten Hörsaals saßen, samt und sonders gestandene Rektoren und Schulräte: Denn das durfte nicht nur eine Aktion der politisch aktiven Studentenschaft sein, sondern das musste in die Lehrerschaft hineinwirken, die damals noch stark vom Lehrervereinsdenken geprägt war und in weiten Teilen durchaus konservativ dachte und handelte.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand schon damals die bis heute strittige Frage, ob die Entfaltung der aufgrund der Zersplitterung der Schullandschaft und der Rückständigkeit des Schulwesens ungenutzt gebliebenen „Begabungsreserven" im Vordergrund stehen sollte oder ob das Haupt-Augenmerk auf den gleichen Zugang zur Bildung gelegt werden sollte, also auf die Abschaffung der herkunfts- und geschlechtsspezifischen Diskriminierungen und die Verwirklichung der Chancengleichheit.

Wir von der Studentenschaft und vom Junglehrerausschuss der GEW setzten auf eine Schulreform mit dem Ziel der Chancengleichheit. Wir wollten eine Schule für alle und eine Beseitigung der Drei- bzw. Viergliedrigkeit des Schulwesens. Es war nicht von ungefähr, dass die Gründung der Freiburger Gesamtschule von den Initiatoren der studentischen Aktion „Student aufs Land" sowie von gewerkschaftlich organisierten Lehrkräften ausging. Ignaz Bender, ein junger Jurist und früherer AStA-Vorsitzender, war der Motor dieser Entwicklung.

Weil er selber politisch bei der CDU angesiedelt war, gelang es ihm, die örtlichen Christdemokraten ins Boot zu holen und gegen den Widerstand der Landes-CDU die Gründung der Staudinger-Gesamtschule durchzusetzen. Die Gesamtschule fristet heute als eine der drei noch existierenden „Schulen der besonderen Art“ ein Nischendasein – in Freiburg und darüber hinaus hoch angesehen, aber eben nur ein Solitär.

SÜDDEUTSCHE SCHULZEITUNG 2

Zeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg und des Lehrer-Vereins Württemberg-Hohenzollern e.V.

19. Jahrgang
Ludwigsburg, 30. Januar 1965

Der 1. Vorsitzende, K. Pöndl, verabschiedet sich

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit diesen Zeilen möchte ich mich von Ihnen als Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und der Arbeitsgemeinschaft der Lehrerverbände Baden-Württemberg verabschieden. Ich habe am 19. Januar d. J. ein neues Aufgabengebiet im Kultusministerium übernommen und kann deshalb nach ungeschriebenem Gesetz nicht weiter Vorsitzender einer Spitzenorganisation der Lehrerschaft sein. Als Hauptaufgabe sind mir die Neuordnung der Lehrerausbildung zwischen der ersten und zweiten Dienstprüfung, die Lehrerweiterbildung und die Verselbständigung und Neuordnung der zweiten Dienstprüfung übertragen worden.

Meine Nachfolge als Vorsitzender der GEW Baden-Württemberg hat satzungsgemäß der 2. Vorsitzende, Kollege Helmut Schärff, Schulrat in Bruchsal, übernommen. Der Vorsitz im Landesbezirk Württemberg der GEW ist satzungsgemäß auf Kollegen Hans Ziegler, Rektor in Stuttgart, übergegangen.

Die Entscheidung ist mir nicht leichtgefallen. Nun habe ich sie getroffen und lege das Amt in Ihre Hände zurück, den Sie mir vor elf Jahren in Tübingen für Württemberg und vor neun Jahren in Stuttgart für Baden-Württemberg erteilt haben. Ich tue dies in einem Augenblick, in dem Bildungs- und Kulturpolitik zum Schwerpunkt der Staatspolitik geworden sind. Ich tue dies im Bewußtsein, zur Herbeiführung dieses Augenblicks nach besten Kräften beigetragen zu haben. Unsere gemeinsame Arbeit eines Jahrzehnts begann reiche Frucht zu tragen.

Ich danke Gott, daß er mir Kraft und Gesundheit gegeben hat, das Übermaß an Arbeit und Verantwortung zu tragen. Ich danke Ihnen, meine Kolleginnen und Kollegen, für Ihr Vertrauen und Ihre Treue zu unserer Standesorganisation, die Sie bei den letzten Personalratswahlen wieder so überwältigend dokumentiert haben. Ich danke zutiefst unermüdlichen Mitarbeitern, deren Einsatz- und Opferbereitschaft mir immer wieder Auftrieb und Zuversicht gegeben haben. Ich danke auch meinen schulpolitischen Gegnern. Ich habe sie nie als Feinde angesehen. Ihre Angriffe haben mich gezwungen, meine eigenen Argumente ständig zu prüfen und unwiderlegbar zu machen.

Ich wollte als getreuer Verwalter unserer Schule und ihrer Lehrerschaft dienen. Es konnte nur in dem Geist geschehen, in dem ein Gesamtverband von Lehrerinnen und Lehrern aller Schularten, aller politischen Richtungen und aller religiösen Bekenntnisse bestehen kann, im Geist der Duldsamkeit und der Achtung vor der Überzeugung des Anderen. Es konnte nur auf dem Wege geschehen, daß wir das Mehr an Gemeinsamkeiten dem Weniger an Trennendem voranstellten. Möge das Werk in diesem Geist auf diesem Weg fortgeführt werden!

Immer die treffendste Entscheidung, den besten Weg oder das passendste Wort gefunden zu haben, wer wollte das schon von sich behaupten? Immer das Gute gewollt und das Rechte erstrebt zu haben, glaube ich aber für mich in Anspruch nehmen zu dürfen.

In kollegialer Verbundenheit bleibe ich Ihr
Kurt Pöndl

Neue Schulhäuser (XVI)
Volksschule Setzingen, Kreis Ulm

Süddeutsche Schulzeitung vom 30.01.1965 mit Bild der Volksschule Setzingen, Kreis Ulm

Schick dein Kind länger auf bessere Schulen

In der politischen Realität setzten sich jene durch, die unter dem Stichwort der Effizienz am klassischen Säulenmodell festhielten. Unter dem Motto „Schick dein Kind länger auf bessere Schulen“, einer Plakat- und Anzeigenaktion konservativer Kreise, setzten sie auf den getrennten Ausbau der Hauptschule, der Realschule und des Gymnasiums. Und sie gewannen.

Unser Gewerkschaftsblatt, das damals noch „Süddeutsche Schulzeitung“ hieß (und dessen verantwortlicher Redakteur ich 1968 wurde), veröffentlichte in jenen Jahren in vielen Ausgaben auf der Titelseite ein Foto eines neu gebauten Schulgebäudes irgendwo im Lande. Fast immer waren das ein- oder zweizügige Schulen. Ich nannte sie „Panzersperren der Schulreform“: Jede dieser neuen Kleinschulen bedeutete eine Zementierung der gegliederten Schullandschaft. Denn so erfreulich einerseits die Gründung vieler neuer Realschulen und Gymnasien im Lande war, so bedeutete diese Aufsplitterung doch für den ländlichen Raum: Statt dass alle Kinder der Gemeinde vor Ort in eine für alle gemeinsame Schule gingen, die sie fußläufig oder mit dem Fahrrad erreichen konnten, blieb vielfach nur die Grundschule stabil am Ort und zu den Nachbarschafts-Hauptschulen, den Realschulen und den Gymnasien wurde ein immenser Schulbusverkehr eingerichtet.

Es war schon damals absehbar, was dies in letzter Konsequenz bedeuten würde: Die Eltern würden dem Aufruf folgen, ihre Kinder auf „bessere“ Schulen zu schicken: Die Übergangsquoten auf die Realschulen und die Gymnasien stiegen seitdem unaufhaltsam an und die Hauptschule wurde zur „Restschule“: In ihr versammelten sich jene Schülerinnen und Schüler, die es nicht auf eine höhere Schule geschafft hatten oder die von dort erfolglos (und enttäuscht, entmutigt, frustriert) zurückkehrten. Dieser Begriff „Restschule“ will nicht die Hauptschule, ihre Schülerinnen und Schüler oder ihre Lehrkräfte verunglimpfen, sondern er beschreibt den erbärmlichen Zustand, in den die Bildungspolitik „meine“ Schule versetzt hat.

Nichts hat den Niedergang dieser Schulart aufhalten können, weder die Einführung von Abschlussprüfungen noch die Umbenennung in Werkrealschule noch die vielen Lippenbekenntnisse der konservativen Bildungspolitik. Mir blutet das Herz, denn ich weiß, mit welchem Engagement viele Kolleginnen und Kollegen dort arbeiten, wie sie um und für ihre Schülerinnen und Schüler kämpfen und wie sie immer wieder neu im Stich gelassen wurden und werden.

Aber ich weiß auch, dass nichts diese Schulart retten kann, dass ihr Todesurteil schon bei ihrer Gründung gesprochen wurde: Wer der Bildungs-Selektion den Vorrang vor der Chancengleichheit gibt, darf sich nicht wundern, dass es zu einer Abstimmung mit den Füßen kommt. Selbstverständlich werden alle Eltern, die für ihre Kinder etwas erreichen wollen, die „bessere“ Schule wählen (und dann auch noch alles dafür tun, dass es diese Schule besser hat). Die Fragen, die ich mir seit den Sechzigerjahren stelle, bleiben unbeantwortet: Warum sortiert ihr die Kinder unseres Landes nach Begabungen und steckt sie in verschiedene Schularten? Wisst ihr nicht, dass ihr damit eine, die unterste, zur Restschule macht (und ihre Schülerinnen und Schüler sowie ihre Lehrkräfte ebenfalls zum „Rest“)? Wann endlich wird es eine Schule für alle geben, in der sich alle um alle kümmern und niemand zurückgelassen wird?

Michael Rux

IQB-BILDUNGSTREND 2016 PRIMARSTUFE

Auf der Qualitätsrutschbahn?

Mitte Oktober 2017 wurden die Ergebnisse des IQB-Bildungstrends 2016 in Berlin vorgestellt. Grundschüler/innen in Baden-Württemberg schnitten dabei durchschnittlich ab. Wie schon die IQB-Studie 2015 zum Stand der Neuntklässler sorgt die neue Studie für Aufregung und Schuldzuweisungen. Eine sachliche Auseinandersetzung tut not.

Der „Bildungstrend" ersetzte vor einigen Jahren die regionalen PISA-Erweiterungsstudien (PISA-E). Inzwischen liegen für den Primar- und den Sekundarbereich jeweils zwei Ergebnisse vor. Aus dem Vergleich der ersten zur zweiten Erhebung können Veränderungen in den Kompetenzstufenergebnissen, aber auch im sozioökonomischen Umfeld berechnet werden. (Tabelle 1)

1. Zyklus (Ländervergleich)		
2009	Sekundarstufe	Deutsch, Englisch, Französisch
2011	Primarstufe	Deutsch, Mathematik
2012	Sekundarstufe	Mathematik, Biologie, Chemie, Physik
2. Zyklus (Bildungstrend)		
2015	Sekundarstufe	Deutsch, Englisch, Französisch
2016	Primarstufe	Deutsch, Mathematik

Tabelle 1

In diesem Beitrag geht es um die 2. Erhebung in der Primarstufe in den Fächern Deutsch und Mathematik. Hierzu wurden 30.000 Schüler/innen der 4. Jahrgangsstufe in 1.500 Schulen getestet. Grundlage der IQB-Testungen sind die von der Kultusministerkonferenz (KMK) verabschiedeten und für alle Bundesländer gültigen Bildungsstandards der jeweiligen Fächer. Bildungsstandards beschreiben Lernergebnisse, die am Ende einer bestimmten Jahrgangsstufe erreicht werden sollten, sind also Ziel- oder Erwartungshorizonte. Wie gut oder wie schlecht die Schüler/innen diesen Erwartungen gerecht wurden, wird in Form von Kompetenzstufen ausgedrückt.

Für detailliertere Ergebnisse werden die getesteten Kompetenzen in Teilbereiche gegliedert. Dies sind für Deutsch (Primarstufe) die Bereiche Lesen, Zuhören und Orthografie und für Mathematik die Bereiche Zahlen + Operationen, Raum + Form, Muster + Strukturen, Größen + Messen sowie Daten + Häufigkeit+ Wahrscheinlichkeit.

In einem weiteren Schritt werden die Standards und die erreichten Kompetenzen danach eingeordnet und gruppiert, wie hoch der Anteil der Kinder ist, die den Lernerwartungen entsprechen (Regelstandard), nur über ein Minimum dieser Kompetenzen verfügen (Mindeststandard) oder diese übertreffen (Optimalstandard).

Wie bei den von der OECD verantworteten PISA-Tests werden auch in den IQB-Bildungstrends Hintergrundmerkmale der Schüler/innen erfasst, um Antworten auf die Frage nach den Bedingungen der Leistungsergebnisse zumindest teilweise beantworten zu können. Dahinter steht die These, dass das Erreichen einer bestimmten Kompetenz nicht allein in der kognitiven Fähigkeit eines Kindes oder eines Jugendlichen begründet ist, sondern dass soziale Bedingungen einen Einfluss ausüben. Diese These mag banal klingen, jedoch wurde diese bedeutende Annahme erst mit der ersten PISA-Studie 2001 systematisch in den Mittelpunkt gerückt.

In jedem Erhebungszyklus werden über die Fächererhebungen hinaus zusätzliche Schwerpunktthemen gesetzt. Dies sind 2016 die Bedingungen von Lehr-Lern-Prozessen, der Umgang mit Heterogenität mit Fokus auf Schüler/innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf und die besonders Leistungsstarken sowie als weiteres Thema die Qualifikation von Lehrkräften. Daten zu den Fragen über die Leistungstests hinaus werden durch die Befragung von Schüler/innen, Lehrkräften, Schulleitungen und Eltern gewonnen.

Leistungsergebnisse aus drei Perspektiven

Für die Darstellung der umfangreichen Ergebnisse wurden drei Vergleichsperspektiven gewählt: Die „kriteriale Perspektive" fragt danach, in welchen Anteilen die Mindest-, Regel- und Optimalstandards erreicht wurden. Daraus kann man zum Beispiel Erkenntnisse darüber gewinnen, ob ein Schulsystem eher die schwächeren oder die leistungsstarken Schüler/innen fördern muss. Zum zweiten wird der Blick auf die zeitliche Veränderungen der Leistungen gelenkt („Ipsative Perspektive"). Diese Perspektive braucht allerdings die Verknüpfung mit der kriterialen und der sozialen Perspektive, um Veränderungen inhaltlich bewerten und Maßnahmen daraus ableiten zu können. Die soziale Perspektive erlaubt Gruppenvergleiche zwischen Ländern, aber auch nach bestimmten Merkmalen wie Herkunft, Geschlecht und Umfeld.

Heft Nr. 8 | *24.11.2017* | *50. Jahrgang* | *ISSN 0178-0786*

unterrichtspraxis

Beilage zu „bildung und wissenschaft“
der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg

INTERKULTURELLES LERNEN

Beschäftigung mit Mehrsprachigkeit im Unterricht

Viele Schüler/innen leben mehrsprachig. Die Schulen greifen diese Tatsache nur zögerlich auf. Die entsprechenden Potenziale werden kaum genützt und zu wenig gefördert. Zudem fehlen entsprechende Konzepte. Der Autor des folgenden Artikels möchte einen Beitrag zur Weiterentwicklung und zur Nutzung dieser wertvollen Ressourcen leisten.

Quelle: imago

Schule ist mehrsprachig

Mehrsprachigkeit - ein Beitrag zur allgemeinen Bildung von Schüler/innen?

Zahlreiche Sprachen sind im Rahmen von Migration in den letzten Jahrzehnten nach Deutschland „eingewandert“. Der Sprachgebrauch des Landes ist zunehmend multilingual geworden, wohingegen der Habitus, also die Art und Weise, wie mit Blick auf Mehrsprachigkeit gedacht, diskutiert und in offiziellen Zusammenhängen gehandelt wird, nach wie vor monolingualen Charakter hat. Diese Konstellation spiegelt sich auch im Unterricht von Schulklassen wider. Neben der deutschen Sprache und den traditionell vermittelten Fremdsprachen (Englisch, Französisch, Latein etc.) fließen über die Schüler/innen zahlreiche andere Sprachen in die schulische Alltagskommunikation ein. Selten werden sie jedoch unterrichtlich aufgegriffen, wodurch viele Chancen für das Lernen aller Kinder und Jugendlichen vertan werden.

Im folgenden Artikel geht es zunächst um eine Beschreibung der gesellschaftlichen und schulischen Situation, bevor theoretisch und mit Bezug auf die Praxis aufgezeigt wird, wie die weitere Entwicklung im Umgang mit Mehrsprachigkeit an unseren Schulen aussehen könnte.

A Zur Situation

A1 Der Begriff Mehrsprachigkeit

Mit Mehrsprachigkeit wird eine Fülle von Phänomenen bezeichnet. Der Begriff ist unscharf und muss deshalb für den Zusammenhang des vorliegenden Textes erläutert bzw. eingegrenzt werden. Mario Wandruszka bezeichnet in einer Veröffentlichung von 1979 den Menschen als Wesen, das mehrere Sprachen lernt und anwendet. Er kommt zu diesem Schluss, da er die innere Mehrsprachigkeit – also die Verwendung verschiedener Varietäten einer Sprache wie Dialekte, Regiolekte, Soziolekte etc. – in sein Modell mit aufnimmt. So wichtig und gewinnbringend diese Sichtweise ist, so wird sie doch im vorliegenden Text mit Blick auf den zur Verfügung stehenden Umfang außer Acht gelassen. Hier soll es ausschließlich um die Menschen (Kinder, Jugendliche, Erwachsene) gehen, die im alltäglichen Leben aktiv oder passiv mit der Anwendung mehrerer Sprachen zu tun haben.

In erster Linie müssen in diesem Zusammenhang diejenigen genannt werden, die neben ihrer zuerst gelernten Sprache weitere Sprachen, die im privaten und gesellschaftlichen Alltag auch eine wichtige Rolle spielen, erworben haben. Zu dieser Gruppe gehört in Deutschland aktuell ein großer Teil der Menschen „mit Migrationshintergrund", die in aller Regel Deutsch als Zweitsprache (DaZ) gelernt haben bzw. lernen und die in der Familie oder im Freundes- und Bekanntenkreis noch andere Sprachen sprechen, wie etwa Griechisch, Türkisch oder Arabisch. Darüber hinaus geht es aber auch um all diejenigen, die außer Deutsch keine weitere in ihrer Umgebung angewendete Sprache beherrschen, die aber von Menschen, die andere Sprachen sprechen, umgeben sind, z.B. in öffentlichen Verkehrsmitteln, in Schulklassen etc. Mit diesen haben sie Kontakt und stimmen ihr eigenes Kommunikationsverhalten darauf ab.

Quelle: imago

Die Namen als Ausgangspunkt für Lernen

A2 Veränderungen im öffentlichen Raum in Deutschland seit den 1950igerJahren

Verschiedene Gründe haben in den letzten 60 Jahren dazu geführt, dass Menschen aus anderen Ländern nach Deutschland gekommen sind, zum Teil ihre Familien mitgebracht oder nachgeholt, sich niedergelassen, neue Familien gegründet und Kinder bekommen haben. Es ging u.a. um die Anwerbung von „Gastarbeitern" aus verschiedenen südeuropäischen Ländern ab 1955, um die Umsiedlung „deutschstämmiger" Menschen aus osteuropäischen Ländern, um Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien, um Arbeitsmigrant/innen aus den Ländern in und außerhalb der EU sowie – nicht zuletzt – um Geflüchtete, die in den letzten Jahren vor allem aus Krisengebieten im Nahen Osten oder in Afrika nach Deutschland gekommen sind. Die Angabe genauer Zahlen ist von der Definition des Begriffes Migrationshintergrund abhängig. Sie wird in wissenschaftlichen Zusammenhängen und in den Verwaltungen nicht einheitlich vorgenommen. Die Definitionen unterscheiden sich z.B. bei der Gewichtung der Frage, in welcher Generation (Großeltern oder Eltern) die Einwanderung nach Deutschland erfolgt ist. Ein weiterer wichtiger Unterschied ergibt sich durch die Staatsangehörigkeit der Eltern. Trotz solcher Unterschiede kann man - verallgemeinernd - einen Anteil von etwa 30% der Menschen in Deutschland benennen, denen aktuell ein „Migrationshintergrund" zugeschrieben wird. Die gesamte Ent-

wicklung führte zu einer erheblichen Steigerung der Zahl derjenigen, die mindestens zwei, wenn nicht gar mehr Sprachen im alltäglichen Leben einsetzen – obwohl nicht alle, die einen „Migrationshintergrund" haben, automatisch mehrsprachig sind. Sicht- und hörbar ist das v.a. im öffentlichen Raum, z.B. im Nahverkehr oder im Kulturbetrieb, in Kindertageseinrichtungen sowie in Schulen.

A3 Die Veränderungen spiegeln sich in der Zusammensetzung der Schulklassen

Wenn zu der Zeit, nämlich Ende der 1950iger Jahre, in der der Autor dieses Textes als Kind die Grundschule besuchte, auch in einer relativ großen Klasse von fast 40 ausschließlich männlichen Schülern alle Deutsch und keine andere Sprache beherrschten, so ist der Anteil an Kindern oder Jugendlichen, die mehrsprachig leben, bis heute stark angewachsen. Es gibt zwar keine verlässlichen Zahlen, da es in wissenschaftlicher Hinsicht sehr schwierig ist, die konkrete Sprachpraxis von Menschen (innerhalb der Familie und in der Freizeit) statistisch genau zu erfassen. Unstrittig ist aber, dass es in Deutschland derzeit kaum noch Schulen gibt, in die keine mehrsprachigen Kinder oder Jugendlichen gehen und dass die allermeisten Klassen einen beträchtlichen Anteil solcher Schüler/innen aufweisen, der je nach Schulart nicht selten sogar 50% deutlich übersteigt.

A 4 Wie verhält sich das Lernen des Deutschen als Zweitsprache zu den Fähigkeiten in anderen Sprachen?

Die bisher skizzierte Entwicklung führte zur Frage, inwieweit die Verwendung der „mitgebrachten" Sprachen den Erwerb der deutschen Sprache erschwert und verlangsamt. Eine Jahrzehnte andauernde Phase der großen Unsicherheit in Bezug auf diesen Zusammenhang führte immer wieder zu dem Rat von Erzieher/innen und Lehrkräften an Eltern „mit Migrationshintergrund", mit den Kindern zuhause in der Familie möglichst viel Deutsch zu sprechen und die Erstsprache evtl. sogar ganz aufzugeben. Außerdem wurden in den Schulen hinsichtlich der Nutzung von Herkunftssprachen zahlreiche Regeln und Verbote erlassen, die sicherstellen sollten, dass genügend Zeit für das Erlernen der deutschen Sprache zur Verfügung steht bzw. dass das angeblich nicht zielführende Mischen von Sprachen unterbunden wird (vgl. Jeuk & Schäfer 2011 sowie Dirim 2009). Diese Position scheint in der sachlich geführten Fachdebatte überwunden zu sein. Unabhängig von einzelnen Sichtweisen auf das Zusammenwirken verschiedener Sprachen beim Erwerb gibt es weitgehende Übereinstimmung: Die bisher erworbenen Sprachkenntnisse – egal in welchen Sprachen – können und sollen sowohl mit Blick auf die Persönlichkeitsentwicklung als auch auf das sprachliche Lernen der Kinder und Jugendlichen weiter gepflegt werden. Ob diese Haltung dann zu Schwierigkeiten oder Chancen beim Erwerb der deutschen Sprache führt, hängt eher von den konkreten Sprachlernbedingungen wie Fähigkeiten, Gelegenheiten und Motivation ab (vgl. Jeuk, 2015, S. 38ff).

A5 Der aktuelle Stand der fachdidaktischen und schulpädagogischen Diskussion um das Verhältnis der verschiedenen Sprachen beim Spracherwerb

Wirft man einen Blick in die Fachliteratur zum Thema Deutsch als Zweitsprache, so fällt auf, dass in vielen Fällen ein – wenn auch häufig oberflächlicher – Bezug zwischen dem Erlernen der deutschen Sprache (als Zweitsprache) und den bereits erlernten Fähigkeiten in einer Herkunftssprache hergestellt wird. Die wichtigsten Vorschläge und Forderungen dazu lauten: Die bereits vorhandene Sprachkompetenz akzeptieren, wertschätzen und unterrichtlich aufgreifen sowie für das weitere Lernen nützen. Einige darüber hinausführende Initiativen und Veröffentlichungen geben wichtige und wertvolle Hinweise dazu, wie die genannten Forderungen im konkreten Unterricht beachtet werden können. Ingelore Oomen-Welke nennt in einem Sensibilisierungsprogramm für Lehrkräfte zentrale Aspekte (vgl. 2017, S.623f):

- Andere Sprachen zulassen,
- Sprachaufmerksamkeiten der Kinder und Jugendlichen erkennen,
- ihre Vorschläge aufgreifen,
- andere Sprachen einbeziehen,
- Texte in verschiedenen Sprachen vergleichen,
- Alltagsroutinen – z.B. Begrüßungsformeln – vergleichen,
- Nonverbales thematisieren,
- Wissen erwerben
  - über Schriftsysteme,
  - über den Bau von Sprachen,
  - über Spracherwerbstypen und
  - über die Zahl von Sprachen und ihre Sprecher,
- das Verhältnis von Sprachen und Macht untersuchen,
- Philosophisches von und mit Kindern in den Unterricht integrieren.

Auch im Rahmen von Forschung und Lehrer/innenbildung wird der Umgang mit den Herkunftssprachen der Kinder und Jugendlichen „mit Migrationshintergrund" thematisiert. Dies ist u.a. İnci Dirim und ihren Arbeiten zu verdanken. Sie hat in zahlreichen Untersuchungen das Mehrsprachigkeitsphänomen in den Blick genommen. So zeigt sie etwa, welche positiven Auswirkungen es haben kann, wenn Kindern – hier eines 2. Schuljahres in Hamburg – ausdrücklich erlaubt wird, „während des gesamten Unterrichts auch das Türkische zu benützen" (1999, S. 43f). So sind etwa Sprachenmischungen laut der Erkenntnisse Dirims kein Zeichen für eine „lückenhafte Beherrschung der beiden Sprachen, sondern im Gegenteil": Beide Sprachen werden kompetent verknüpft.

Neben dem Hinweis auf Forschung, Lehrer/innenbildung bildung und Konzeptionsentwicklung soll schließlich positiv hervorgehoben werden, dass es in Deutschland einzelne Schulen gibt, die unter Einbeziehung derjenigen Sprachen arbeiten, die Kinder und Jugendliche „mit Migrationshintergrund" mitbringen. Besondere Bedeutung erlangten in diesem Zusammenhang die Staatlichen Europa-Schulen in Berlin (www.berlin.de/sen/bildung/schule/besondere-schulangebote/staatliche-europaschulen).

In den meisten Schulen bleibt es aber bei punktuellen, situativ durchgeführten Aktionen in mehreren Sprachen: etwa das Aushängen von Schildern in verschiedenen Sprachen, Einüben von Redewendungen, Singen von Liedern, Bereitstellen von zweisprachigen Wörterbüchern etc. Für sich genommen sind diese Aktionen wertvoll. Sie können jedoch in ihrer Gesamtheit das Anliegen, die im einzelnen Klassenzimmer präsente Mehrsprachigkeit für die allgemeine Bildung aller Kinder und Jugendlichen zu nützen, nur wenig voranbringen. Im Kontakt mit Lehrkräften aller Schularten – z.B. im Rahmen von Fortbildungsveranstaltungen – erfährt man viele mögliche Gründe für diesen nicht befriedigenden Zustand:

- In der Ausbildung der Lehrkräfte spielt dieses Thema eine marginale Rolle. Es gibt zwar entsprechende Literatur und Angebote im Internet, auf die im Anschluss an diesen Beitrag verwiesen wird, die den Mangel aber nicht ausgleichen können.
- Die traditionelle Fremdsprachendidaktik richtet ihren Blick auf Einzelsprachen und nicht auf deren Zusammenwirken.
- Lehrkräfte haben zu wenig Ideen für die Gestaltung des Unterrichts.
- Sie zweifeln an der Herkunftssprachenkompetenz der Kinder und Jugendlichen und befürchten fehlerhafte und für sie – mangels eigener Fähigkeiten – nicht kontrollierbare Ergebnisse.
- Beim Umgang mit mehreren Sprachen einschließlich des auftretenden Mischens wird befürchtet, dass es zu Mängeln hinsichtlich des Erwerbs der deutschen Sprache kommt.
- Das gesamte Unterrichtsgefüge einer Schulklasse sieht – genauso wenig wie die Bildungspläne – differenzierte Ziele und Zeit für die Anliegen einer Didaktik der Mehrsprachigkeit vor. Nicht zuletzt wird auf die besondere Rolle der „monolingual deutschsprachigen" Schüler/innen und auf die mögliche Benachteiligung dieser Gruppe verwiesen.

Wer die konzeptionelle Weiterentwicklung der Beschäftigung mit Mehrsprachigkeit im Unterricht voranbringen will, kommt nicht umhin, sich diesen Bedenken zu stellen. Dies kann aber die notwendige Beschäftigung mit übergreifenden Zielen nicht ersetzen.

A6 Plädoyer für die Weiterentwicklung

Es sind im Wesentlichen drei Aspekte, die hier in den Mittelpunkt des Plädoyers gestellt werden sollen:

- Zunächst sollte den gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung getragen werden. Wenn sich die Sprachpraxis im öffentlichen und im privaten Leben der Menschen in den letzten Jahrzehnten im Sinne einer Intensivierung der Mehrsprachigkeit entwickelt hat, so muss das auch in den allgemeinbildenden Schulen Niederschlag finden. Diese Schulen haben die Aufgabe, sich mit den Gegebenheiten des aktuellen Lebens zu beschäftigen und Wissensaneignung, Fähigkeiten und Fertigkeiten bei den Kindern und Jugendlichen mit Blick auf das zukünftige Leben zu fördern.
- Darüber hinaus geht es um die Wahrnehmung der in einer Lerngruppe und beim einzelnen Kind oder Jugendlichen vorhandenen (Sprach-) Kompetenzen und deren Nutzung für das individuelle Lernen, die Persönlichkeitsentwicklung und das soziale Zusammenleben.
- Schließlich sind die auch über Einzelsprachen hinausreichenden sprachlichen Fähigkeiten – z.B. im Bereich des „Sprachbewusstseins" und des Wissens über Sprachen – wesentlicher Bestandteil einer grundlegenden, nicht vordergründig an aktuellem gesellschaftlichem Bedarf orientierten Bildung, dem übergreifenden Ziel der „allgemeinbilden Schulen".

B Aspekte der Weiterentwicklung

Es geht zum einen darum, die eine intensive Beschäftigung mit Mehrsprachigkeit störenden Faktoren zurückzudrängen. Dazu gehört z.B. in Baden-Württemberg die kürzlich im Rahmen der Überarbeitung einer Verwaltungsvorschrift zur Sprachförderung vorgenommene Reduzierung der Möglichkeiten, Herkunftssprachenkenntnisse als Ersatz für eine Fremdsprache anerkennen zu lassen, was als klarer Rückschlag bezeichnet werden muss. Neben dem Abbau dieser Störfaktoren sollten aber deutliche schulpraktische und -organisatorische Schritte hin zu einem übergreifenden Sprachencurriculum in Angriff genommen werden. Es bietet sich an, ein „Teilcurriculum" zu entwickeln, das für die Arbeit zum Thema Mehrsprachigkeit einen Rahmen zur Verfügung stellt, der mit Blick auf die konkreten Bedingungen vor Ort konstruktiv weiter ausgefüllt werden kann. In ihm müssen Hinweise zu Zielen, Inhalten, Lernorten, Methoden und zeitlichen Abläufen enthalten sein und auch die Förderung der Sprachkompetenzen aller Schüler/innen in einzelnen Sprachen ins Auge gefasst werden.

Horst Bartnitzky hat 2003 unter dem Titel *Skizze für ein neu sortiertes Grundschul-Curriculum* Sprachen einen Beitrag vorgelegt, der den Ausgangspunkt für das genannte Vorhaben nicht nur in Bezug auf die Grundschule markieren könnte. Bartnitzky orientiert sich an dem „hochrangigen Bildungsziel Mehrsprachigkeit" (2003, S. 7) und richtet sich bei der Auswahl der zu bearbeitenden Sprachen nach den „natürlichen Ressourcen" der Schüler/innen: „Es sind die eigenen Sprachen, die Kinder aufgrund ihrer Herkunft mitbringen und es sind die Sprachen der Nachbarn, mit denen man in Kontakt treten kann" (ebd.). Zum Inhalt der Förderung der Mehrsprachigkeit gehören für Bartnitzky die deutsche Sprache, die Herkunftssprachen sowie eine erste Fremdsprache. Ergänzend kommt die „Begegnung mit Sprachen" dazu (ebd.). Fünf Prinzipien gelten für die Arbeit an den Gemeinsamkeiten der genannten Sprachen (vgl. Bartnitzky, 2003, S.8):

- Sprachentwicklung: „Die vorhandenen Kompetenzen müssen wahrgenommen und herausgefordert werden. Indem die Kinder auch in neuen Situationen sprachhandeln, entwickeln sie ihre bisherigen Fähigkeiten weiter und bauen sie aus“;
- Situationsbezug: „Sprachliches Handeln bedarf der herausfordernden Situationen. Sie müssen so gewählt sein, dass sie für die Kinder den Sinn stiften, authentisch zu handeln“;
- Sozialbezug;
- Bedeutsamkeit der Inhalte: „Alltags- (…) und Sacherfahrungen der Kinder, fantasievoller Umgang mit Sprache, kulturelle Traditionen und kulturelle Praxis“;
- Sprachbewusstheit: „Wer mehr als eine Sprache lernt, dem erschließt sich Sprachbewusstheit rascher: durch Betrachten der einen Sprache von der anderen her, durch Erkennen des Gemeinsamen und des Besonderen“.

Mit Blick auf diese Vorschläge sollen nun im abschließenden Kapitel konkrete Ideen vorgestellt werden, die es Schulen und Lehrkräften ermöglichen, ein „Teilcurriculum Mehrsprachigkeit“ zu erstellen.

C Mögliche Elemente der Weiterentwicklung einer Erziehung zur Mehrsprachigkeit

Die Auswahl der im Folgenden dargestellten Möglichkeiten erfolgt mit Blick auf die flexible Einsetzbarkeit in Gruppen mit unterschiedlichen Voraussetzungen (Alter, Sprachkompetenzen und Herkunftssprachen). Besonderer Wert wurde auf die Auswahl von Vorschlägen gelegt, die auch für monolingual deutschsprachige Kinder von Interesse sein können und ihnen Lernfortschritte ermöglichen.

C1 Die Bedeutung von Namen erforschen

Alle am Schulleben Beteiligten tragen einen Namen, der aus mehreren Teilen besteht. Die Namen stehen in der Regel im Zusammenhang mit einer Sprache. Die Namensträger dagegen nicht unbedingt. Ihre Herkunft und ihre Biographie müssen nicht mit einem Land bzw. einer Sprache im Einklang stehen.

Die Beschäftigung mit Namen birgt für alle Kinder und Jugendlichen eine Vielzahl interessanter linguistischer Aspekte. Es beginnt mit der korrekten Aussprache, die (nicht nur, aber gerade auch für die Lehrkräfte) eine große Herausforderung darstellen kann (siehe dazu Schader, 2000, S. 290ff).

Ein weites Feld stellen darüber hinaus die semantischen Zusammenhänge dar. Es kann gewinnbringend sein, sich mit der Bedeutung von Namen zu beschäftigen bzw. Namen in andere Sprachen zu übersetzen. An diesem Vorgang können sich alle Schüler/innen ohne Rücksicht auf die Breite ihrer sprachlichen Bildung beteiligen. Neben den präsenten Sprachen können auch solche in den Blick genommen werden, die in Deutschland wenig oder gar nicht gesprochen werden.

Die folgende Tabelle zeigt Beispiele:

Vornamen

SPRACHE	NAME	BEDEUTUNG
Deutsch	*Karl*	*der Freie*
Deutsch	*Berta*	*die Glänzende*
Italienisch	*Massimo*	*der Größte, das Höchste*
Italienisch	*Aurora*	*Morgenröte*
Türkisch	*Mesut*	*glücklich, beglückt*
Türkisch	*Gül*	*Sonne*
Englisch	*Mason*	*Maurer*
Englisch	*Grace*	*Anmut*
Finnisch	*Ukko*	*Greis*
Finnisch	*Sirkka*	*Heimchen oder Grille*

Nachnamen

SPRACHE	NAME	BEDEUTUNG
Deutsch	*Bauer*	*Landwirt*
Italienisch	*Tedesco*	*Deutscher*
Türkisch	*Güzel*	*schön nett, gut angenehm etc.*
Englisch	*Bean*	*Bohne*
Finnisch	*Koivuranta*	*Birkenstrand*

Neben der Bedeutung ist auch die Anwendung interessant:

- Welche Regeln und Traditionen gelten bei der Namensgebung?
- Wie häufig kommen einzelne Namen vor?
- Welche Namen sind untersagt?
- Wann und in welcher Reihenfolge werden die Namen verwendet bzw. mündlich oder schriftlich eingesetzt (Interpunktion, Vorname und/oder Nachname, Verbindung mit Titel oder Höflichkeitsbekundungen etc.)?
- Gibt es Kurz- oder Koseformen der einzelnen Namen?
- Gibt es „Spitznamen“?
- Gibt es ähnliche Namen in anderen Sprachen (Deutsch: Stefan; Italienisch: Stefano)?

Um all das herauszufinden, muss man nachschlagen, im Internet recherchieren, Personen befragen, Ergebnisse aufzeichnen und darstellen bzw. anderen zugänglich machen.

C2 Erkundungen zur „Migration“ von Wörtern

Ein auch für die Beschäftigung mit Mehrsprachigkeit besonders interessantes Phänomen ist der Transfer von Wörtern in den Wortschatz anderer Sprachen. Wörter wandern von einer Sprache in die deutsche ein, deutschsprachige Wörter tauchen in anderen Sprachen auf. Das kann verschiedene Gründe haben, zeugt aber auf jeden Fall von Kommunikation der Menschen über Sprachgrenzen hinweg.

Zwei von Jutta Limbach herausgegebene Bücher widmen sich diesem Phänomen: „Ausgewanderte Wörter“ (2007) und „Eingewanderte Wörter“ (2008). Sie bieten einen reichhaltigen Fundus für den Unterricht und provozieren weitere Ideen zur Fortsetzung der Arbeit über den Rahmen der beiden Bücher hinaus. Dabei muss beachtet werden, dass die einzelnen Beispiele nicht unbedingt etymologisch eingeordnet werden. Teilweise werden lediglich die „Fundorte“, die die Begriffe nutzenden Personen und die inhaltlichen Verwendungszusammenhänge genannt. Gleichwohl ermöglicht die Auseinandersetzung mit diesem Material reichhaltigen Erkenntnisgewinn. So erfährt man z.B., dass „Tollpatsch“ mit dem Ungarischen – talp = Sohle, Fuß; eine Bezeichnung für ungarische Fußsoldaten im 17. Jahrhundert (2008, S. 43) – und „Vielfraß“ mit dem Norwegischen – fjellfräs = Gebirgskatze (ebd., S. 70) – zu tun hat.

Quelle: imago

Scheinbar migrierte Wörter erweitern den Wortschatz

C3 “Worldsongbons“

Unter diesem Titel erschien 2012 an der Katharinenschule Esslingen eine CD für den internen Gebrauch. Schulklassen und muttersprachliche Lerngruppen hatten Lieder in verschiedenen Sprachen ausgewählt, eingeübt und zusammen mit Johannes Weigle (vgl. www.johannesweigle.de), einem freiberuflichen Mitarbeiter, aufgenommen. Bettina Aktemur, eine Lehrerin dieser Schule, erstellte zur CD ein Liederheft.

Alle Kinder bekamen eine Kopie der Aufnahmen für den häuslichen Gebrauch geschenkt und alle Klassenzimmer wurden mit dem Material ausgestattet, so dass die Lieder im Unterrichtsalltag gelernt und immer wieder gesungen werden können.

Vergleichbare Projekte lassen sich praktisch in jeder Schule durchführen und von Zeit zu Zeit wiederholen.

C4 Sprachvergleiche

Man braucht keine perfekten Kenntnisse über einzelne Sprachen und deren Grammatik, um Aussagen in zwei oder mehr Sprachen gewinnbringend vergleichen zu können. Schon Kinder in der ersten Klasse sind in der Lage Unterschiede zu erkennen. Das betrifft z.B. die Zahl der Wörter im Satz und die Stellung der Satzteile.

Petra spielt im Garten etwa heißt auf Englisch *Petra is playing in the garden* und auf Türkisch *Petra bahçede oynuyor*. Die türkische Sprache benötigt drei Wörter, die deutsche vier und die englische fünf. Warum ist das so? Die Kinder bilden vor dem Hintergrund ihres Sprachwissens Hypothesen – „Gibt es vielleicht im Türkischen keine Artikel?“ – und diskutieren sie. Oder sie erkennen, dass die Stellung der Teile im türkischen Satz der wörtlichen Übersetzung *Petra Garten im spielt* entspricht.

Ohne ein festgelegtes Ziel erreichen zu müssen, sammeln schon die jüngeren Kinder Erfahrungen im Vergleichen verschiedener Sprachen und erweitern so Sprachwissen und Sprachbewusstsein. Mit zunehmendem Alter kann das Spektrum der Analysekriterien erweitert werden: Konjugation, Deklination, Tempus, Kasus etc. (vgl. auch Schlatter u.a., 2016, S.177ff). Einen Einblick in verschiedene Sprachen geben z.B. die Sprachensteckbriefe auf der österreichischen Seite: www.schule-mehrsprachig.at

C5 Recherchen zur Rolle der Mehrsprachigkeit in anderen Ländern

Die Rolle der Mehrsprachigkeit im öffentlichen Leben bzw. in Schulen ist in einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. Diese Differenzen zu erkunden kann für mehrsprachige wie monolingual deutschsprachige Schüler/innen sehr fruchtbar sein:

- Es gibt Staaten wie Deutschland, in denen viele Sprachen im öffentlichen Leben eine Rolle spielen, ohne dass sich das in den Schulen, Verwaltungen und Medien deutlich zeigt (s. Kap. A). Es gibt nur wenige geschützte Minderheitssprachen wie z.B. Sorbisch, Dänisch u.a.

Quelle: imago

Dänischunterricht an einer Schule der dänischen Minderheit

- In anderen Staaten gibt es gesetzliche Vorgaben, die dafür sorgen, dass mehrere Sprachen, oft „Minderheitensprachen" genannt, landesweit auch im öffentlichen Leben (Straßenschilder, Informationsschriften etc.) und an den Bildungseinrichtungen offiziell präsent sind. Zu diesen Ländern gehört z. B. Rumänien.
- In der Schweiz gehören auch mehrere Sprachen zum offiziellen Spektrum, allerdings unterscheidet sich die genaue Praxis von Landesteil zu Landesteil (deutsch-, französisch-, italienischsprachig). Im Mittelpunkt steht jeweils eine Sprache, die Sprachpraxis der Menschen ist ähnlich wie in Deutschland eher monolingual.
- In vielen Ländern der Erde werden so viele Sprachen gesprochen, dass trotz der Existenz einer Amtssprache die Verständigung über die Sprachen hinweg sehr schwierig ist, da es einerseits Menschen gibt, die die eigene offizielle Landessprache nicht beherrschen und andererseits nicht immer Menschen zur Verfügung stehen, die über die verschiedenen Sprachen hinweg kommunizieren können. Als Beispiel hierfür kann Indien genannt werden.

Im Unterricht, der sich mit der Mehrsprachigkeit beschäftigt, können Erkundungen zur Frage vorgenommen werden, welche Rolle die Mehrsprachigkeit in den Ländern spielt, aus denen die Familien der Schüler/innen stammen, und welche Auswirkungen das auf die Erziehung in Familie und Schule hat.
Ausgehend von entsprechenden Erkenntnissen kann dann der Blick auf die Bedeutung der Mehrsprachigkeit im eigenen Umfeld in Deutschland (persönlich, privat, aber auch im öffentlichen Raum bzw. in der Schule) gerichtet werden. Was kann positiv beurteilt werden? Worauf kann man aufbauen? Welche Verbesserungen sind wünschenswert? Wie wird sich das in den nächsten Jahrzehnten entwickeln?

C6 Beschäftigung mit dem Phänomen des Übersetzens

Menschen, die in mehreren Sprachen im Alltag kommunizieren, wird vorschnell unterstellt, sie könnten übersetzen und dolmetschen. Dabei führt die Kenntnis der einzelnen Sprachen noch nicht automatisch zu den genannten Fähigkeiten. Vor allem auch bei Kindern und Jugendlichen sind oft die für eine Übertragung notwendigen sprachlichen Mittel in der einen oder in der anderen Sprache noch nicht hinreichend vorhanden.
Selbstverständlich ist es vielen Betroffenen möglich, Sinn von der einen in die andere Sprache zu übertragen. Für wörtliche Übersetzungen bedarf es dagegen weiterer Fähigkeiten. Im Rahmen eines Unterrichts, der sich der Mehrsprachigkeit widmet, kann dieser Aspekt in mehrfacher Hinsicht aufgegriffen werden: Man betrachtet kurze, schriftlich vorliegende Übersetzungen (z.B. in mehrsprachigen Kinderbüchern), fertigt selbst solche an, beschäftigt sich auf einer Metaebene mit dem Übersetzen und seinen Herausforderungen und nimmt Kontakt mit Menschen auf, die schriftlich und mündlich häufig diese Übertragungsarbeit leisten, um von deren Erfahrungen zu profitieren.

C7 Ein Schulprogramm

Basil Schader legt in seinem Buch „Sprachenvielfalt als Chance" (2000) nicht nur fundierte theoretische Überlegungen zum Umgang mit Mehrsprachigkeit im schulischen Unterricht, sondern auch viele Vorschläge für die konkrete Praxis vor:

- sprachliche Vielfalt bewusstmachen (Wo spricht man so?)
- Sprachen stellen sich vor
- Zungenbrecher
- polyglotte Schülerzeitung
- Gedichte in verschiedenen Sprachen
- multilinguale Homepage
- Comics in verschiedenen Sprachen
- Verwandtschaftsbezeichnungen in verschiedenen Sprachen
- Internationalismen usw.

Seine Ideen berücksichtigen das Alter der Lernenden. Es gibt Vorschläge für die Zeit vor dem Schulbeginn bis zum 10. Schuljahr. Jeder Vorschlag ist mit Blick auf die praktische Umsetzung (Ziele, Inhalte, Methoden, Material, Zeitaufwand, Querverbindungen zu anderen Vorschlägen) differenziert und praxisorientiert ausgearbeitet. Vorstellbar ist nun, dass sich die Mitglieder eines Kollegiums – bzw. einer damit beauftragten Arbeitsgruppe – diese große Zahl an Vorschlägen anschauen, diejenigen auswählen, die mit Blick auf die konkreten Bedingungen der eigenen Schule (Schulart, Altersstufen, Anzahl und Häufigkeit der vertretenen Erstsprachen, Schwerpunkte des Schulcurriculums, besondere Kompetenzen im Kollegium, Außenkontakte) für ein konkretes Programm geeignet sind. Die ausgewählten Vorhaben können dann in einem inhaltlich aufbauenden Ablaufplan auf die Schuljahre verteilt werden. Jede Klassenstufe könnte z.B. fünf der von Schader erstellten Vorschläge aufgreifen und durchführen. Dabei könnten auch Erfahrungen aus den zurückliegenden Schuljahren ausgetauscht und im Sinne der Wiederholung rekapituliert werden. Der nicht nur zeitliche Aufwand im einzelnen Schuljahr wäre verhältnismäßig klein, der Gesamtumfang bzw. -ertrag über die Schuljahre hinweg dagegen sehr beachtlich.

C8 Ein System von Kursen in verschiedenen Sprachen

An einer Schule kann zunächst in Zusammenarbeit aller am Schulleben Beteiligten ein Sprachlernprogramm in deutscher Sprache (Wortschatz für alltägliche Kommunikation, Redewendungen, Minimalgrammatik) entworfen werden. Anschließend wird erhoben, welche Sprachen in der Schülerschaft im praktischen, alltäglichen Gebrauch eine Rolle spielen. Das deutschsprachige Programm wird mit fachlich zuverlässigen Native-Speakern in die erhobenen Sprachen übersetzt. Schließlich werden Kinder oder Jugendliche mit guten Kenntnissen in der jeweiligen Sprache darauf vorbereitet, ihren Mitschüler/innen das entsprechende Sprachprogramm zu vermitteln.

Im Schulprogramm lassen sich dann solche kleinen Sprachkurse an geeigneten Stellen verankern. Denkbar ist auch die Verpflichtung zur Teilnahme an einem dieser Grundkurse (z.B. ein Schuljahr lang) in einer Sprache, die im offiziellen Regelunterricht nicht angeboten wird.

Abschluss

Die hier vorgestellten Möglichkeiten verdeutlichen die Richtung, in die die Weiterentwicklung curricularer Elemente einer Erziehung zur Mehrsprachigkeit in den Schulen gehen kann. Die Lehrkräfte sind aufgefordert, sich diesem Anliegen zu widmen, weitere Bauelemente zu konzipieren, auszuprobieren und mit Blick auf ein für ihre jeweilige Lerngruppe/Klasse/Schule stimmiges Gesamtkonzept zusammenzufügen.

Literatur und Links:

- ***Bartnitzky, Horst (2003):*** *Skizze für ein neu sortiertes Grundschul-Curriculum Sprachen. In: Fremdsprachen Frühbeginn 1/2003, S. 8-10.*
- ***Dirim, İnci (1999):*** *Lernen in zweisprachiger Interaktion. In: Grundschule 5/1999, S. 43f.*
- ***Dirim, İnci (2009):*** *„Zuhause sprechen wir deutsch und aramäisch". Befunde zu Migration und Sprache. In: SCHÜLER 2009, S. 58-59.*
- ***Europaschulen:*** *https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/besondere-schulangebote/staatliche-europaschulen/ - zuletzt geprüft am 9.10.2017.*
- ***Jeuk, Stefan (3. überarbeitete und erweiterte Auflage 2015):*** *Deutsch als Zweitsprache in der Schule. Grundlagen – Diagnose – Förderung. Stuttgart: Kohlhammer.*
- ***Jeuk, Stefan & Schäfer, Joachim (2011):*** *Sprachenmischungen – eine Herausforderung für Bildungseinrichtungen. In: bildung & wissenschaft. Januar/Februar 2011, S. 33ff.*
- ***Limbach, Jutta (Hrsg.) (2007):*** *„Ausgewanderte Wörter". Ismaning: Hueber.*
- ***Limbach, Jutta (Hrsg.) (2008):*** *„Eingewanderte Wörter". Ismaning: Hueber.*
- ***Oomen-Welke, Ingelore (2017):*** *Didaktik der Sprachenvielfalt. In: Ahrenholz, B. & Oomen-Welke, I. (Hrsg.) (4. vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage): Deutsch als Zweitsprache. Baltmannsweiler: Schneider Hohengehren, S. 617 – 632.*
- ***Schader, Basil (2000):*** *Sprachenvielfalt als Chance. 101 praktische Vorschläge. Troisdorf: Bildungsverlag EINS.*
- ***Schlatter, Katja, & Tucholski, Yvonne & Curschellas, Fabiola (2016):*** *DaZ unterrichten. Ein Handbuch zur Förderung von Deutsch als Zweitsprache in den Bereichen Hörverstehen und Sprechen. Bern: Schulverlag plus.*
- ***Wandruszka, Mario (1979):*** *Die Mehrsprachigkeit des Menschen. München, Zürich: Piper..*

Informationen über Sprachen:

- ***Colombo-Scheffold, Simona. u.a. (Hrsg.) (2., korrigierte und erweiterte Auflage 2010):*** *Ausländisch für Deutsche. Sprachen der Kinder – Sprachen im Klassenzimmer. Freiburg i.B.: Fillibach.*
- ***Krifka, Manfred u.a. (Hrsg.) (2014):*** *Das mehrsprachige Klassenzimmer. Über die Muttersprachen unserer Schüler. Berlin Heidelberg: Springer-Verlag.*
- ***Schader, Basil (2013):*** *Deine Sprache - meine Sprache. Handbuch zu 14 Migrationssprachen und Deutsch für Lehrpersonen an mehrsprachigen Klassen und für den DaZ-Unterricht. Zürich: Lehrmittelverlag des Kantons.*
- ***www.schule-mehrsprachig.at/index.php?id=3***

Karl-Heinz Aschenbrenner

ist Diplompädagoge und GHS-Lehrer im Ruhestand sowie Mitglied der UP-Redaktion. Er arbeitete bis zur Pensionierung als akademischer Mitarbeiter in der Abteilung Deutsch der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg.

Impressum

Die Unterrichtspraxis – Beilage zu „bildung und wissenschaft", Zeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg, erscheint unter eigener Redaktion achtmal jährlich.

Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlicher Redakteur), Karl-Heinz Aschenbrenner, Helmut Däuble und Nicole Neumeister Anschrift der Redaktion: Joachim Schäfer, Meisenweg 10, 71634 Ludwigsburg, E-Mail: unterrichtspraxis@gmx.de Dieses Heft kann auch online abgerufen werden: www.gew-bw.de/unterrichtspraxis

Gestaltung: Tomasz Mikusz, Süddeutscher Pädagogischer Verlag

Zur Mitarbeit sind alle Kolleginnen und Kollegen herzlich eingeladen. Manuskripte sollten direkt an die Redaktion der Unterrichtspraxis adressiert werden.

	Verfehlen des Mindest-standards	Erreichen des Regel-standards	Erreichen des Optimal-standards
Lesen*)	12,5 %	65,5 %	10,2 %
Spanne	7 – 26 %	48 – 74 %	5 -13 %
Zuhören*)	10,8 %	68,4 %	10,3 %
Spanne	7 – 21 %	54 – 77 %	5 - 14 %
Orthografie*)	22,1 %	53,9 %	8,6 %
Spanne	13 – 40 %	32 – 68 %	3 – 16 %
Mathematik*)	15,4 %	62,2 %	13,1 %
Spanne	8 – 35 %	41 – 73 %	6 – 19 %

Tabelle 2 *) Bundesdurchschnitt

Kompetenzen in Deutsch und Mathematik 2016 in der Primarstufe

In der Tabelle 2 sind die Ergebnisse für Deutschland in der Systematik der Mindest-, Regel- und Optimalstandards zusammengefasst. Für Mathematik sind dabei die 5 oben genannten Teilkompetenzen in einer Skala (Globalskala) dargestellt. In diese Tabelle sind des Weiteren die niedrigsten und die höchsten Werte, die in den jeweiligen Bundesländern erzielt werden, mit aufgenommen („Spanne").

Vergleicht man die Bundesländer mit dem gesamtdeutschen Durchschnitt, sind es Berlin und Bremen, die in allen Kompetenzbereichen signifikant unterdurchschnittliche Ergebnisse beim Erreichen der Regelstandards erzielen. In Teilbereichen kommen weitere Bundesländer hinzu, zum Beispiel Nordrhein-Westfalen im Bereich Lesen. Durchweg gute Werte erzielt Bayern.

Dieses Muster zeigt sich auch beim Blick auf das Verfehlen der Mindeststandards: Bei den Schüler/innen aus Bayern ist diese Gruppe am kleinsten. In Schleswig-Holstein und Sachsen werden im Bereich Lesen signifikant unterdurchschnittliche Werte beim Verfehlen der Mindeststandards erzielt. Mit anderen Worten, es gelingt in diesen Ländern, die seit PISA als „Risikogruppe" bezeichneten Schüler/innen, die nicht den Mindestanforderungen genügen, relativ klein zu halten.

Wie sieht es aus bei den leistungsstarken Schülerinnen und Schülern? Die Spannweite der Bundesländerergebnisse ist laut IQB nicht ganz so stark zu werten. Unterschiede fallen dennoch ins Auge. Einmal mehr verzeichnet Bayern überdurchschnittliche Ergebnisse im Vergleich mit den bundesdeutschen Leistungen (Lesen, Zuhören). Sachsen und Hamburg erreichen dies bei der Domäne „Zuhören". Und auch bei den Leistungsstarken erzielt Bremen eher dürftige Ergebnisse, aber auch Thüringen bei „Lesen" und Rheinland-Pfalz bei „Orthografie". Bremen und Bayern bilden auch in Mathematik die beiden Enden der Leistungsskala. Allerdings erreichen mehr Länder überdurchschnittliche Werte beim Erreichen der Regelstandards und günstigere Werte beim Verfehlen der Mindeststandards. Weitere Details zu den Ländervergleichen sind in der Kurz- und Langfassung der Studie aufgeführt.

Und Baden-Württemberg?

Baden-Württemberg wird weder in den Spitzengruppen noch bei den Risikogruppen genannt. Die Gesamtergebnisse 2016 bewegen sich für unser Bundesland durchweg im Mittelfeld (Tabelle 3)

Von „alarmierenden Ergebnissen" schreibt die Stuttgarter Zeitung, CDU-Landtagsfraktionschef Wolfgang Reinhardt hatte erklärt: „Das Ergebnis der Studie ist verheerend", der SWR schreibt: „dass Baden-Württemberg zusammen mit Bremen am stärksten abgerutscht ist." Der Abrutsch besteht aber nicht darin, dass Baden-Württemberg etwa dem Ergebnisprofil Bremens gleicht, sondern in der Verschlechterung der Ergebnisse 2016 im Vergleich zu 2011 (zeitliche Perspektive.)

Zunächst wird im Bericht 2016 für ganz Deutschland diagnostiziert, dass a) die Ergebnisse im Lesen 2011 zu 2016 relativ stabil blieben, b) dass sich der Anteil derjenigen, die im Lesen den Optimalstandard erreichen, um 2 Prozentpunkte reduziert hat, dass c) in den Bereichen Zuhören und Orthografie die Ergebnisse Verschlechterungen ergaben (Regelstandard Zuhören – 5 und Regelstandard Orthografie – 10 Prozentpunkte). Gleiches gilt für Mathematik (Regelstandard – 6 Prozentpunkte).

Baden-Württemberg gehört nun zu derjenigen Ländergruppe, in der die Verschlechterungen signifikant, das heißt „statistisch bedeutsam", ausfallen. In den Bereichen „Zuhören" und Mathematik wurden die Anteile derjenigen, die den Regelstandard erreichen, kleiner und die Anteile derer, die den Mindeststandard verfehlen, größer. Ein deutlicher Rückgang ist auch beim Anteil der Schüler/innen, die den Optimalstandard in Mathematik erreichen, zu verzeichnen.

	Verfehlen des Mindest-standards	Erreichen des Regel-standards	Erreichen des Optimal-standards
Lesen*)	12,5 %	65,5 %	10,2 %
BW	13,4 %	63,4 %	9,5 %
Zuhören*)	10,8%	68,4 %	10,3 %
BW	12 %	67,1 %	10,6 %
Orthografie*)	22,1 %	53,9 %	8,6 %
BW	22,2 %	55,7 %	9,3 %
Mathematik*)	15,4 %	62,2 %	13,1 %
BW	15,5 %	62,7 %	12,8 %

*) Bundesdurchschnitt)

Tabelle 3 (Quelle: IQB-Bildungstrend 2016, Zusammenfassung)

Insofern gilt: Die Leistungen der baden-württembergischen Schüler/innen weisen – im Rahmen des IQB-Bildungstrends – tatsächlich bedeutende Verschlechterungen auf.

Welche Rolle spielen soziale Merkmale?

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede in den Leistungen fallen laut IQB-Bildungsstudie „stereotyp" aus: Mädchen erreichen in Deutsch durchweg höhere Werte als Jungen. Vor allem im Bereich Orthografie fallen die Unterschiede ins Auge. Umgekehrt sieht es in Mathematik aus: Jungen erzielen durchweg bessere Leistungen als Mädchen und zwar in allen Kompetenzbereichen und Teildomänen. In der zeitlichen Perspektive haben sich bei diesem Merkmal kaum Unterschiede ergeben.

Der soziökonomische Hintergrund der Schüler/innen ist das zentrale Kriterium zur Beurteilung der Gerechtigkeit eines Bildungssystems. Über diesen Zusammenhang wurde in den letzten Jahren umfassend berichtet. Wenig überraschend wird auch in der aktuellen IQB-Studie ein deutlicher Zusammenhang von sozialer Herkunft und Leistungserfolg konstatiert: Diese Kopplung ist „substanziell". Die soziale Zusammensetzung der Schülerschaft hat sich im Durchschnitt nur wenig verändert, jedoch ist die Heterogenität in allen Ländern gestiegen. Dennoch, so die Studie, „ergeben sich im Vergleich der sozialen Gradienten, dem Maß der Kopplung, für die Jahre 2011 und 2016 kaum Unterschiede." Der Zusammenhang von Herkunft und Leistung hat sich demnach weder verbessert noch verschlechtert. Allerdings mit Ausnahmen: „Nur in zwei Ländern fällt in einem Bereich die Kopplung zwischen sozialer Herkunft und erreichtem Kompetenzniveau im Jahr 2016 signifikant höher aus als im Jahr 2011: in Baden-Württemberg im Bereich Lesen und in Sachsen im Bereich Zuhören." (S. 23 der Zusammenfassung)

2016 lag der Anteil der Kinder der 4. Klasse, die einen Zuwanderungshintergrund hatten, bei 35 Prozent und damit um 9 Prozentpunkte höher als noch 2011. Der Anstieg geht allerdings nur zu einem geringen Teil auf „echt Zugewanderte" zurück, das heißt auf Zugewanderte der 1. Generation (2 Prozentpunkte). Dies wird sich bei der dritten Erhebung sicher deutlich anders darstellen. Der Migrationsanteil ist in den Schulen des Landes extrem unterschiedlich und reicht von 13 Prozent der Schulen mit weniger als 5 Prozent Migrant/innen und rund 25 Prozent der Schulen mit einem Migrant/innenanteil von über 40 Prozent.

Alles in allem erzielen Kinder mit Migrationshintergrund in den Kompetenzbereichen des Fachs Deutsch und Mathematik schlechtere Leistungen als Kinder ohne Zuwanderungsgeschichte. Besonders schwer haben es Kinder, wenn sie der ersten Zuwanderungsgeneration angehören und beide Eltern aus dem Ausland stammen. Der Zusammenhang zwischen Migration und Leistung hat sich in der zeitlichen Perspektive ebenfalls kaum verändert.

Ein differenzierterer Blick ergibt sich, wenn man den Zuwanderungsstatus mit dem sozioökonomischen Status koppelt. Ein höherer Status der Zugewanderten führt zu vergleichsweise besseren Leistungen als ein niedriger Status. Außerdem zeigt sich, dass die zu Hause gesprochene Sprache ein Indikator für Leistungsergebnisse ist und unterstreicht die Bedeutung der schulischen Sprachförderung.

Foto: imago

Grundschüler/innen aus Baden-Württemberg haben in der neuen Studie durchschnittlich abgeschnitten

Fazit der Studie

Bei den meisten Bundesländern ist das Kompetenzniveau im Lesen stabil geblieben, was die Forscher angesichts der gestiegenen Heterogenität durchaus als Erfolg werten. Neben vielen Verschlechterungen in den Ergebnissen gibt es auch Verbesserungen. Hier sollte man genauer schauen, was diese Länder in den 5 Jahren zwischen beiden Erhebungen verändert haben – und daraus für die eigene Schul- und Unterrichtsentwicklung lernen. Dabei gilt es nach der Empfehlung der IQB-Autoren, dass die Ergebnisse immer in den Gesamtkontext des jeweiligen Bildungssystems eingeordnet werden müssen. Schnellschussanalysen werden weder der Komplexität der Definition und Bewertung der Bildungsqualität noch der Begrenztheit der Studie selbst gerecht.

Ute Kratzmeier
GEW-Referentin für allgemeine Bildung

www.

Alle Informationen sind abrufbar auf:
www.iqb.hu-berlin.de/bt/BT2016/Bericht

Studie wird instrumentalisiert

Was sich alljährlich nach der Veröffentlichung von Studien wie dem Bildungstrend oder PISA abspielt, ist peinlich. Verschiedene Akteure interpretieren die Ergebnisse unsauber und benützen sie, um alte Forderungen neu zu legitimieren.

Einige Beispiele: Die Ergebnisse des Bildungstrends 2016 wurden an einem Freitag veröffentlicht. Die ersten Vorab-Informationen wurden von interessierter Seite schon vorab an die Medien weitergegeben und ab Mittwoch erschienen landauf, landab Schlagzeilen wie „Baden-Württemberg auf dem vorletzten Platz vor Bremen". Das hat zwar mit den Ergebnissen der baden-württembergischen Schüler/innen nichts zu tun (sie liegen in allen Bereichen im bundesweiten Durchschnitt) – das wurde ab Freitag aber kaum noch öffentlich wahrgenommen.

Politische Akteure wie die Kultusministerin, die CDU und die Grünen benützen die skandalisierten Vorab-Infos, um sich als große Problemlöser zu inszenieren.

Auch Akteure, die mit der Arbeit in der Grundschule nichts zu tun haben, z. B. der Berufsschullehrerverband (BLV) und der Philologenverband (PhV), melden sich zu Wort. Der BLV fordert einfach mal mehr Unterstützung für die beruflichen Schulen. Der PhV entblödete sich nicht, zu schreiben: „Auch die Forderung nach einer Verlängerung des PH-Studiums auf 10 Semester bedient ja wohl eher klientelspezifische Interessen, denn als das Studium noch 6 Semester umfasste, belegten wir noch Spitzenplätze" – dabei haben erst in diesem Schuljahr die ersten Grundschullehrkräfte zu unterrichten begonnen, die 8 Semester studierten.

Und auch Kultusministerin Suanne Eisenmann ist sich nicht zu schade, ihren Ukas gegen das „Schreiben nach Gehör" (eine Rechtschreiblehrmethode, die an den Grundschulen fast niemand kennt und praktiziert) als Maßnahme darzustellen, die für die schlechten Ergebnisse beim Bildungstrend 2016 verantwortlich sein soll – dabei wurde der Teilbereich „Orthografie" aus methodischen Gründen im Bericht nicht länderspezifisch ausgewertet. Die sinnlosen Erlasse gegen angebliche Methoden machen die Arbeit der Grundschulen nur schwerer. In anderen Schularten wäre so pauschale Kritik undenkbar. Mehr Kontrolle und zentrale Klassenarbeiten helfen den Grundschulen nicht. All das lenkt vom eigentlichen Skandal ab: Seit Jahren wird in jeder Studie die skandalös hohe soziale Ungerechtigkeit des Bildungssystems bestätigt.

Die GEW muss nicht die Ergebnisse der Bildungsberichte bemühen, um – wie seit Jahren – auf strukturelle Probleme in der Grundschule hinzuweisen:

- *2011 wurde die Studienzeit der wissenschaftlichen Lehrkräfte GHWR auf 8 Semester erhöht. 2015 wurde die Regelstudienzeit für das neue Lehramt an Werkreal-/Real-/Hauptschulen auf 10 Semester erhöht – bei der Grundschule wusste man angeblich noch nicht, ob das nötig sei. Darauf beruft sich Wissenschaftsministerin Theresia Bauer bis heute. Inhaltliche Gründe für die geringere Qualifizierung der GS-Lehrer/innen gibt es keine. Auch das ist peinlich.*
- *In den letzten Jahren wurden die Differenzierungs- und Förderstunden an allen Schularten außer den Grundschulen und den SBBZ massiv erhöht.*
- *Baden-württembergische Schüler/innen bekommen in den vier Jahren an der Grundschule weniger Unterricht als die bayrischen.*
- *Beim Lehrer-Schüler-Verhältnis liegt Baden-Württemberg auf dem 16. Platz aller Bundesländer.*

Die Liste ließe sich fortsetzen…

Natürlich reicht es nicht, sich auf fehlende Ressourcen zu berufen. Aber eine Diskussion, die diese Strukturmerkmale außer Acht lässt, wirft Nebelkerzen. Sie lenkt vom eigenen Versagen ab und schiebt die Schuld an der Situation der Schulen den Lehrer/innen in die Schuhe.

Natürlich muss die Arbeit in den Grundschulen auf den Prüfstand. Lehrer/innen und Schulleitungen müssen sich kritisch fragen: Unterrichten wir die richtigen Inhalte mit den richtigen Methoden? Sie müssen bereit sein, neue Wege zu gehen und Vertrautes hinter sich lassen. Aber sie brauchen Unterstützung bei den Veränderungsprozessen: Fortbildungskonzepte, Begleitung, fundierte Analysen, Zeit und politische Unterstützung.

Eine empirisch gestützte Qualitätsdebatte kann aus Sicht der GEW hilfreich sein. Die reichlich oberflächliche Wertung der Ergebnisse des Bildungstrends nützen allerdings weder den Schulen noch den Lehrkräften und schon gar nicht den Schüler/innen. Es braucht endlich die Bereitschaft, fundiert zu analysieren und bei den Maßnahmen über die Legislaturperiode hinauszudenken. Mit Grundschul-Bashing gewinnt man vielleicht die Lufthoheit über den Stammtischen. Die Situation an den Grundschulen verbessert man so nicht.

Michael Hirn
Redakteur der b&w,
Mitglied im HPR GHWRGS

„Der jahrelange Einsatz der GEW für die Qualität der Kursstufe zahlt sich aus, doch in der „Reform der Reform der Reform“ ist noch deutlich Luft nach oben.“

NEUE OBERSTUFE AM GYMNASIUM

Die steckengebliebene Reform

Anfang Oktober hat die Landesregierung Eckpunkte für eine Reform der gymnasialen Oberstufe beschlossen, die ab dem Schuljahr 2019/20 gelten sollen. Dabei orientiert sich die Regierung in weiten Teilen an Vorstellungen, die die GEW auf Landes- und Bundesebene seit vielen Jahren entwickelt und in zahllosen Publikationen, Gesprächen mit Abgeordneten und Diskussionsrunden immer wieder eingefordert hat.

Das Kultusministerium war durch den Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK) vom Juli 2016 gezwungen, Änderungen an der Kursstufe vorzunehmen. Nur noch zwei bis vier Fächer dürfen auf erhöhtem Anforderungsniveau unterrichtet werden. In Baden-Württemberg sind dies derzeit noch fünf Fächer, die nur vierstündig unterrichtet werden. Die baden-württembergische Landesregierung hat diese notwendige Änderung nun dazu genutzt, die Kursstufe grundlegender zu verändern.

Es lohnt sich ein Blick zurück, um die derzeitige Situation in der Kursstufe besser zu verstehen. Die ehemalige Kultusministerin Annette Schavan (CDU) schaffte das System der Leistungs- und Grundkurse ab und machte fünf vierstündige Kurse auf vertieftem Niveau verpflichtend. Das hatte unmittelbar zur Folge, dass unsere Schüler/innen in vier Wochenstunden dieselben Leistungen erbringen mussten, für die in vielen anderen Bundesländern fünf Wochenstunden zur Verfügung standen. Alle Schüler/innen in Baden-Württemberg sollten in vielen Fächern in einem eng gesteckten Rahmen das Gleiche lernen.- Die CDU war überzeugt, die Allgemeinbildung auf diese Art stärken zu können. Um für den Landeshaushalt die gewünschten Einsparpotenziale zu realisieren, waren zudem die vorgesehenen Wochenstundenzahlen in der Kursstufe sehr eng. Zeitgleich wurde außerdem die Schulzeit innerhalb der Sekundarstufe I verkürzt: Das 8-jährige allgemeinbildende Gymnasium war erfunden.

Kritik der GEW: Sparpolitik versus Studierfähigkeit

Diese Reform hat die GEW immer wieder scharf kritisiert. Denn sie hatte weitreichende Folgen für das Lernen in der Kursstufe und letztlich auch für die Studierfähigkeit unserer Abiturient/innen: Die Wahlmöglichkeiten wurden drastisch beschränkt, für individuelle Schwerpunktsetzungen gab es kaum noch Spielräume. Vor allem aber sollten aus Einspargründen in drastisch verkürzten Lernzeiten gleiche Lernergebnisse erzielt werden. Es ist klar, dass das nicht funktionieren konnte! Außerdem änderte sich – im Vergleich zu den früheren Leistungskursen – die Zusammensetzung der Kurse grundlegend: So saßen in den verpflichtenden Kursen in Deutsch, Mathematik und der Fremdsprache nun Schüler/innen mit sehr unterschiedlicher Fachkenntnis und Motivation im selben Kurs. Die resultierenden großen Fallhöhen bei Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft waren vorprogrammiert und erschwerten die Arbeit für Lehrkräfte und Schüler/innen enorm.

Die GEW Landesfachgruppe Gymnasien führte unter anderem im März mit der Gymnasialabteilung im Kultusministerium intensive Gespräche (b&w berichtete) im Rahmen ihrer Klausurtagung. Offenbar wurden viele Anregungen aus der Praxis übernommen. Im Sommer präzisierte die GEW ihre Vorstellungen dann nochmals gegenüber der CDU. Doch insgesamt war der politische Prozess, der zum jetzt verabschiedeten Kabinettsentwurf führte, viel zu intransparent.

Die Eckpunkte des neuen Konzeptes sehen wie folgt aus:

- Auf erweitertem Niveau werden 3 fünfstündige Kurse unterrichtet.
- Zwei dieser drei verpflichtenden „Leistungsfächer“ müssen aus dem Fächerkanon Deutsch, Mathematik, Fremdsprachen und Naturwissenschaften stammen.
- Die Abiturprüfung umfasst drei schriftliche und zwei mündlichen Prüfungen. Die Präsentationsprüfung wird abgeschafft, man kehrt zum früheren Format der mündlichen Prüfungen zurück. Wird eine moderne Fremdsprache in der schriftlichen Prüfung gewählt, bleibt die Kommunikationsprüfung als Teil dieser schriftlichen Prüfung erhalten.
- In den Fächern Deutsch und Mathematik muss die Abiturprüfung abge-

Foto: Barbara Becker

Die GEW fordert realistische Korrekturzeiträume für die schriftlichen Abiturprüfungen.

legt werden – entweder schriftlich oder mündlich.

- In den Naturwissenschaften erhalten "Basiskurse" 3 Wochenstunden. Gleiches gilt für Deutsch, Mathematik und die Fremdsprachen auf grundlegendem Niveau.
- Nach dem „2+1-Prinzip" müssen Schüler/innen, die zwei Fremdsprachen belegen, nur noch eine Naturwissenschaft wählen. Ebenso können sie sich bei der Wahl von zwei Naturwissenschaften auf eine Fremdsprache beschränken.
- In den fünf Prüfungsfächern darf keine Prüfung insgesamt mit Null Punkten bewertet werden.

Aus Sicht der Landesfachgruppe Gymnasien bewegen sich die geplanten Änderungen durchaus in die richtige Richtung, doch die Reform bleibt auf halber Strecke stecken.

Verpasste Chancen für Gesellschaft und Kultur

Zunächst begrüßt die GEW die Erweiterung der Fächerauswahl im Sinne einer Spezialisierung und verbesserten Motivation der Schüler/innen, sowie die Stärkung der Naturwissenschaften. Aber die Reform bleibt deutlich hinter den Erwartungen zurück, weil eine Spezialisierung im gesellschaftswissenschaftlichen und im künstlerisch-musischen Aufgabenfeld nicht möglich ist. In schwierigen politischen Zeiten wäre vor allem die Stärkung der Gesellschaftswissenschaften ein wichtiges Signal. Dreistündige Basiskurse in den entsprechenden Feldern und die Möglichkeit, zwei dieser Fächer als Leistungsfächer zu wählen, wären problemlos realisierbar gewesen: Hier wurden große Chancen vertan.

„Jetzt", das Online-Magazin der Süddeutschen Zeitung, urteilt: „Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, welche Art von Bildung wichtiger sein könnte als die, die mir erklärt, wie wir hier eigentlich zusammenleben. Ein oder zwei Stunden, maximal drei Jahre lang – das ist lächerlich wenig, wenn man bedenkt, wie viel Mathe man im Laufe eines Schullebens hat. Und wie viel man davon nachher noch braucht. Manche werden Ingenieure oder Mathematiker, okay. Aber alle, wirklich alle werden Bürger".

Auswirkungen auf die Arbeitszeit

Die Lehrkräfte wollen ihre Aufgaben mit den Abiturprüfung in der nötigen und gewohnten Qualität erledigen. Dazu aber ist einfach mehr Zeit unerlässlich! Bereits jetzt sind durch das IQB-Abitur und die Übernahme der bundesweiten Termine die Korrekturzeiträume extrem eingeschränkt worden. Die GEW fordert realistische Korrekturzeiträume für die schriftlichen Abiturprüfungen und eine entsprechende Entlastung der Kolleg/innen bei diesen Arbeitsspitzen. Dies gilt besonders – aber nicht nur! – für Teilzeitkräfte, die in diesen Phasen weit über Gebühr beansprucht werden.

Bei den jetzt vorgesehenen zwei verbindlichen mündlichen Prüfungen wird gegenüber der heutigen Situation die Anzahl der mündlichen Prüfungen massiv steigen, selbst wenn eine Prüfung im Einzelfall durch den Seminarkurs ersetzt werden kann. Damit wird die Arbeitsbelastung der einzelnen Lehrkräfte ebenso deutlich zunehmen, zumal das „klassische" Prüfungsformat eine deutlich größere Vorbereitung als die Präsentationsprüfung verlangt.

Der zeitliche Aufwand für die Prüfungsvorbereitung aber muss in der Arbeitszeit vorgesehen sein. Die GEW tritt für den Erhalt der Präsentationsprüfung im fünften Prüfungsfach ein. Es scheint wesentlich schlüssiger, dass gerade diese Art der Prüfung durch den Seminarkurs ersetzt werden kann. Die Prüfung nach „klassischem Muster" im vierten Prüfungsfach steht dann am Ende des Abiturs und schließt die gesamte Prüfungsphase ab. Außerdem sollte die Anzahl der Klausuren pro Halbjahr insbesondere in den dreistündigen Kursen überdacht werden.

Viele Details, wie mögliche Auswirkungen auf die Sekundarstufe I und die Bildungspläne der Kursstufe, sind bislang nicht bekannt. Die GEW Landesfachgruppe Gymnasien wird sich weiter intensiv und konstruktiv am Diskussionsprozess zur Ausgestaltung der Reform beteiligen. Dabei sind Anregungen und Vorschläge sehr willkommen.

Für die Landesfachgruppe Gymnasien
Jürgen Stahl, Barbara Becker und Markus Riese

BESOLDUNGSANPASSUNG 2017/18

Nachschlag oder Fehlbetrag?

Im März hatte die Landesregierung beschlossen, die Ergebnisse der Tarifrunde auf die Beamt/innen je nach Besoldungsgruppe zeitlich verzögert zu übertragen. Diese zeitliche Staffelung hat das Bundesverfassungsgericht nun als grundgesetzwidrig eingestuft. Deshalb hat die Landesregierung im Oktober ein neues Gesetz beschlossen. Das führt zwar zu Nachzahlungen, zufrieden ist die GEW trotzdem nicht.

In kurzen, aber heftigen Streiks der Tarifbeschäftigten, tatkräftig unterstützt von Beamt/innen, vor allem den Pensionär/innen, war die GEW gemeinsam mit Verdi und den anderen DGB-Gewerkschaften erfolgreich: Zum 1. Januar 2017 gab es zwei Prozent mehr Gehalt und eine soziale Komponente von 75 Euro für die unteren Entgeltgruppen. Zum 1. Januar 2018 steigen die Gehälter nochmal um 2,35 Prozent. 2018 kommt die Stufe 6 in den Entgeltgruppen 9 bis 15. Die Einkommen der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) der Länder werden durch Zulagen an das Niveau bei den Kommunen herangeführt.

Während die Länder Bayern, Brandenburg, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein zum 1. Januar 2017 und 1. Januar 2018 das Tarifergebnis zeitgleich auf die Beamt/innen übertragen, verschieben die Länder Bremen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Thüringen und Hessen die Besoldungsanpassung um 3 bis 6 Monate. Baden-Württemberg wollte als einziges Bundesland eine nach Besoldungsgruppen unterschiedliche zeitliche Staffelung. Im Tarifpaket zwischen Landesregierung und Beamtenbund sollten Beamt/innen mit einer Besoldung unter 3.700 Euro monatlich eine Zulage von 75 Euro bekommen, in den Jahren 2017 und 2018 sollte bis Besoldungsgruppe A9 jeweils zum 1. März, in den Besoldungsgruppen A10 und A11 zum 1. Mai und ab Besoldungsgruppe A12 zum 1. Juni übertragen werden. Der Beamtenbund und mit ihm BLV, PhV und VBE schluckten diese Kröte und bezeichnete sie angesichts des Deals mit der Erhöhung des Tarifergebnisses um 0,325 Prozent als Kompensation für die Stufe 6, den sogenannten Baden-Württemberg-Bonus, für vertretbar.

GEW und alle Gewerkschaften des öffentlichen Diensts im DGB unterschrieben die Vereinbarung mit der Landesregierung nicht. Sie zweifelten die Verfassungsmäßigkeit an, betonten die gute Haushaltslage des Landes und forderten weiterhin die zeitgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamtinnen und Beamte.

Das Bundesverfassungsgericht hat nun dafür gesorgt, dass der Gesetzentwurf so nicht verabschiedet werden konnte. In seiner Entscheidung vom 23. Mai 2017 urteilte das Gericht, dass eine zeitlich unterschiedliche, nach Besoldungsgruppen gestaffelte Besoldungsanpassung verfassungswidrig sei. Kurz zusammen gefasst stellten die Richter fest:

- Eine zeitliche Verschiebung der Besoldungsanpassung unterschiedlich nach Besoldungsgruppen widerspricht dem Abstandsgebot der einzelnen Stufen/Laufbahnen und ist daher verfassungswidrig.
- Abweichungen sind sachlich im Gesetzentwurf zu begründen.
- Die wirtschaftlichen Möglichkeiten eines Landes dürfen nicht als Begründung herangezogen werden.
- Eine Verschiebung sei nur möglich, wenn ein Land eine neue Besoldungsstruktur einführt oder neue Ämter ausbringt.

DGB-Meldung:

Land spart weiterhin zu Lasten der Beamtenschaft

Mit der Ende Oktober im Landtag beschlossenen Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamtinnen und Beamten im Land und in den Kommunen wurde aus Sicht des DGB Baden-Württemberg eine weitere Chance verpasst. „Eine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamtinnen und Beamten wäre angebracht und auch finanzierbar gewesen", sagte Gabriele Frenzer-Wolf, die stellvertretende DGB-Landesvorsitzende. „Die nun auf Druck des Bundesverfassungsgerichts beschlossenen Änderungen bedeuten zwar ein leichtes Plus im Geldbeutel der Kolleginnen und Kollegen. Dennoch spart das Land immer noch mehr als 100 Millionen Euro auf dem Rücken der Beamtinnen und Beamten, weil die Übertragung des Tarifergebnisses zeitversetzt erfolgt. Wenn die Damen und Herren Abgeordneten sich eine pünktliche Erhöhung ihrer Diäten gönnen, müssten sie dies auch denjenigen zugestehen, die ihre Politik umsetzen – nämlich die Beamtinnen und Beamten im Land."

Foto: GEW-BW

Im selben Beschluss ist auch nachzulesen,
• dass die Übertragung sozialer Komponenten aus Tarifverträgen für Beamte nicht beamtenrechtskonform sei, da dies der amtsangemessenen Alimentation widerspreche und
• dass eine inhaltsgleiche Übertragung von Strukturelementen von Tarifergebnissen aufgrund der 17 unterschiedlichen Besoldungsgesetze sowie der völlig unterschiedlichen Strukturen de facto nicht (mehr) möglich sei.

Um einer Verfassungsklage aus dem Weg zu gehen, hat die Landesregierung eine Übertragung für alle Beamt/innen zum 1. März 2017 und zum 1. Juli 2018 auf den Weg gebracht. Dass nun die Übertragung des Tarifergebnisses für alle Besoldungsgruppen für 2017 zum 1. März 2017 erfolgt und somit die Besoldungsgruppen ab A10 Nachzahlungen erhalten, ist nur ein schwacher Trost. Das ist immer noch eine Verschiebung um zwei Monate gegenüber dem Tarifabschluss und damit eben keine zeitgleiche Übertragung, wie von der GEW und den anderen DGB-Gewerkschaften gefordert!

Richtig drastisch wirkt sich die zeitliche Verschiebung um sechs Monate im Jahr 2018 aus. Dass die Landesregierung für die unteren Besoldungsgruppen mit Einmalzahlungen den fiktiven Verlust der Übertragung nun zum 1. Juli 2018 statt zum 1. März 2018 bzw. 1. Mai als soziale Wohltat verkauft, ist ein unglaublicher Vorgang. Ob dieser Trick nicht ebenfalls verfassungswidrig ist, weiß keiner. Das reiche Baden-Württemberg hat offensichtlich genügend Geld, um mit jährlich 50 Millionen, die der Baden-Württemberg-Bonus kostet, den Beamtenbund zum Stillhalten zu bringen. Das Land ist aber nicht bereit, die Tarifergebnisse jeweils zum 1. Januar rechtssicher und zeitgleich zu übertragen. Damit werden wieder einmal vor allem den Lehrkräften (65 Prozent der Beamt/innen sind Lehrkräfte!) Sonderopfer zur Konsolidierung des Haushalts abverlangt.

Inge Goerlich
Vorstandsbereich Tarif-, Beamten- und Sozialpolitik

Beschäftigte beim Land

Jede Tarifrunde ist auch eine Besoldungsrunde, denn Beamt/innen können für mehr Geld nicht streiken. Die Vorlage zur Besoldungsanpassung erkämpfen Tarifbeschäftigte in jeder Tarifrunde. Die Tarifverhandlungen 2017 waren von Anbeginn überschattet von den Sparwünschen der Länderchefs. Die Übertragung des Tarifergebnisses auch auf Beamt/innen und Versorgungsempfänger/innen kostet das Land viel Geld. Bei den Landesbediensteten in Baden-Württemberg stehen den rund 74.000 Tarifbeschäftigten, darunter ca. 12.000 Lehrkräfte, fast 184.000 Beamt/innen – darunter ca. 118.000 Lehrkräfte – gegenüber; dazu kommen noch ca. 127. 000 Versorgungsempfänger/innen und Hinterbliebene.

Foto: Fotolia

INKLUSION

Landesregierung zieht Zwischenbilanz

Kultusministerin Susanne Eisenmann hat den Landtagsabgeordneten einen Sachstandsbericht zur Inklusion übermittelt (Landtagsdrucksache 16/2784). Zwei Jahre nach der Verankerung der Inklusion im Schulgesetz benennt die Kultusministerin auch den Handlungsbedarf.

Seit der Änderung des Schulgesetzes 2015 unter der grün-roten Landesregierung stellt die Schulverwaltung für Schüler/innen, die ein sonderpädagogisches Bildungsangebot benötigen, nicht mehr die Pflicht zum Besuch einer Sonderschule fest. Die Schüler/innen haben jetzt das Recht auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot. Die Erziehungsberechtigten haben die Wahlmöglichkeit, ob dieser Anspruch an einer allgemeinen Schule oder an einem sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrum (SBBZ) erfüllt werden soll. Für die Kinder und Jugendlichen stehen sonderpädagogische Bildungsangebote in drei Organisationsformen zur Auswahl:

- das inklusive Bildungsangebot an allgemeinen Schulen
- die kooperative Organisationsform mit Klassen eines SBBZ an einer allgemeinen Schule (früher: Außenklassen)
- die sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ)

Für die grün-schwarze Landesregierung stehen diese Angebote gleichberechtigt nebeneinander: „Ziel aller Anstrengungen ist es, dass der Zugang zur schulischen Bildung für junge Menschen mit einem Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot an allgemeinen Schulen und an einem Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrum bzw. in einer kooperativen Organisationsform gleichermaßen selbstverständlich ist.“ Eisenmann betont, dass sich ca. 75 Prozent der Eltern für ein Angebot im SBBZ entscheiden. Die Landesregierung will am Wahlrecht der Eltern zwischen diesen Angeboten festhalten. Und für die Kultusministerin ist klar: „Mit der schulgesetzlichen Verankerung hat die Inklusion erst begonnen.“

Der Bericht macht deutlich, wie viele Schüler/innen seit dem neuen Schulgesetz ein inklusives Angebot wahrnehmen. Im Schuljahr 2016/17 haben von rund 57.290 Schüler/innen mit einem festgestellten Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot bereits rund 7.950 an einer allgemeinen Schule

inklusiv gelernt (2015/16: 6.450). Rund 49.340 (2015/16: 49.180) Schüler/innen besuchten ein öffentliches oder privates SBBZ, wobei etwa 3.230 (2015/16: 3.130) von ihnen in kooperativen Organisationsformen (früher Außenklassen) an einer allgemeinen Schule unterrichtet wurden. Insgesamt ist die Zahl der Schüler/innen mit Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot an den SBBZ und in der Inklusion in den beiden Schuljahren von 53.920 auf 57.285 Schüler/innen gestiegen.

Für das KM gehört zu den vorrangigen Aufgaben, zusätzliche sonderpädagogische Lehrkräfte zu gewinnen. Für den Ausbau der Inklusion geht die Schulverwaltung von einem Mehrbedarf von insgesamt 1.353 Lehrerstellen bis zum Schuljahr 2022/23 aus. Die Landesregierung hat davon bis 2017 560 Stellen geschaffen. Allerdings haben diese Stellen nur zum Teil die sonderpädagogische Förderung verbessert. Rund die Hälfte der Stellen wurde für den Aufbau eines sonderpädagogischen Dienstes an beruflichen Schulen, die Schulverwaltung, zur Bildung zusätzlicher Klassen an den allgemeinen Schulen und weitere Bereiche verwendet.

Das Land hat seit 2013 die Studienanfängerkapazitäten an den Pädagogischen Hochschulen deutlich erhöht. Allerdings wurden diese Studienplätze von anderen Lehramtsstudiengängen abgezogen. Für Haupt- und Werkrealschullehrer/innen wird ab dem Wintersemester 2018/19 ein modifiziertes Aufbaustudium angeboten. Auf diese Weise können bis 2023 insgesamt 400 Haupt- und Werkrealschullehrer für den Einsatz an SBBZ und in der Inklusion qualifiziert werden. Alle Maßnahmen wirken sich sehr langsam aus.

Die SBBZ und die dortigen Schulleitungen sollen die Schulverwaltung und die allgemeinen Schulen wieder stärker bei der Förderung der Schüler/innen mit Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot unterstützen. „Im Sinne einer institutionenbezogenen Zusammenarbeit sollen die Schulleitungen der allgemeinen Schulen und der jeweils zugehörigen SBBZ gemeinsam die Ausgestaltung inklusiver Bildungsangebote und kooperativer Organisationsformen sowie die Fallsteuerung verantworten." Dafür müssen die Schulleitungen auch die erforderliche Ausstattung bekommen.

Als weitere Herausforderung nennt der Bericht die verstärkte Umsetzung der Gruppeninklusion. Die von den Eltern häufig gewünschte Einzelinklusion sei aus organisatorischen wie pädagogischen Gründen oft weder möglich noch sinnvoll.

Das KM kündigt an, Regelungen zum Ganztagesangebot für inklusive Schüler/innen, zum sonderpädagogischen Dienst, zu kooperativen Organisationsformen, zur umgekehrten Inklusion (an SBBZ werden Schüler/innen ohne BA aufgenommen) und zur Arbeit der Arbeitsstellen Kooperation vorzulegen. Und die Landesregierung will einen Entwurf für eine Rechtsverordnung zur regionalen Schulentwicklung im Bereich der sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren erarbeiten. Dabei bleibt es für die Landesregierung unstrittig, dass die Eltern weiterhin eine Wahlmöglichkeit zwischen der allgemeinen Schule und dem SBBZ als Lernort haben und dass das jeweilige Bildungsangebot für ihr Kind auch erreichbar sein muss.

Michael Hirn
HPR GHWRGS

Kommentar: Ausstattung völlig unzureichend

Der Bericht ist eine sachliche Bestandsaufnahme und benennt Probleme. Das Kultusministerium wird an der einen oder anderen Stellschraube drehen – das ist gut und überfällig. Die Schulen und die Lehrkräfte brauchen mehr Klarheit und Unterstützung.

Aber die grundlegenden Probleme benennt Frau Eisenmann nicht in der nötigen Klarheit. Die Ausstattung der SBBZ und der Inklusion mit Lehrkräften ist absolut unzureichend. Die Zahl der Schüler/innen mit Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot ist im Schuljahr 2012/13 um 9 Prozent gestiegen. Die Zahl der Lehrkräfte, die diese Kinder sonderpädagogisch fördern können, ist in dieser Zeit nur um rund 1,5 Prozent gestiegen.

Vom Zwei-Pädagogen-Prinzip in der Inklusion und von einer angemessenen Ausstattung der SBBZ mit Lehrer/innen sind wir weit entfernt. Und es ist nicht absehbar, wann genug junge Lehrkräfte zur Verfügung stehen, um die freien Stellen zu besetzen. Von der Schaffung zusätzlicher Stellen, die für die SBBZ und die Inklusion erforderlich sind, ganz zu schweigen. Die GEW geht davon aus, dass für eine angemessene Umsetzung der Inklusion über die von der Landesregierung geplanten 1.350 Stellen hinaus die Schaffung von über 2.500 Stellen erforderlich ist. Auch die SBBZ brauchen eine angemessene Ausstattung. Die derzeitige sonderpädagogische Lehrerversorgung ist eine schreiende Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen, die ohnehin am Rande unserer Gesellschaft stehen. Die SBBZ und die allgemeinen Schulen werden allein gelassen.

Die Ressourcen sind natürlich nur eine Seite. Auch die inhaltliche Umsteuerung im Schulsystem holpert. Viel zu wenige Schulen und Schularten beschäftigen sich konsequent mit der Umsetzung der Inklusion. Die Realschulen und Gymnasien sind bisher weitgehend von der Entwicklung abgekoppelt. Baden-Württemberg muss die Inklusion endlich als ganzheitliche, auch gesellschaftliche Aufgabe angehen.

Die GEW weist seit Jahren darauf hin, dass es bei der Inklusion um mehr geht, als Kinder und Jugendliche mit Behinderung ins allgemeine Schulsystem zu integrieren. Alle Schulen müssen sich mit der Aufgabe, Lern- und Bildungsort für alle Schüler/innen zu sein, auseinandersetzen. Das ist eine Frage der schulrechtlichen Organisation, aber auch eine Frage der Haltung und des Umgangs mit Heterogenität. Dafür brauchen die Schulen Unterstützung und Konzepte. Und für die Entwicklung und Umsetzung der Konzepte brauchen sie Zeit. Da sind wir wieder bei den Ressourcen.

Michael Hirn

TEILZEITREFERENDARIAT KOMMT

Stress lass nach

Um den Vorbereitungsdienst abschließen zu können, sind Referendar/innen mit Kindern bislang vom guten Willen der Seminarleitungen, Fachleiter/innen und Mentor/innen abhängig. Nun wird ab Januar 2019 ein Teilzeit-Vorbereitungsdienst für Anwärter/innen mit Kindern unter 18 Jahren, pflegebedürftigen Angehörigen oder einer Schwerbehinderung eingeführt. Die GEW hat sich erfolgreich dafür eingesetzt.

Über die Zusage zu ihrem Referendariatsplatz freute sich Anne zunächst. Als alleinerziehende Mutter mit zwei Kindern, fünf und acht Jahre alt, brauchte sie dringend einen Ausbildungsabschluss, um die Familie alleine versorgen zu können. Doch dann das: Obwohl sie in einer baden-württembergischen Großstadt lebte, musste sie für das Seminar in eine 65 Kilometer entfernte Stadt fahren, ihre Ausbildungsschule war 45 Kilometer weit weg. Verwandte zur Unterstützung hatte sie nicht vor Ort, Anne musste alles alleine organisieren. Für ihre kleine Familie versuchte sie es – fünf Monate lang. Die Ausbildungsschule hatte kein Verständnis für ihre Lage und verlangte vollen Einsatz und ständige Präsenz. Ihre Familiensituation sei ihr persönliches Problem und sie sei nicht belastbar genug. Das Seminar sah seine Möglichkeiten beschränkt. Jede Woche legte sie etwa 500 Kilometer zurück – Elternabende, Hospitationen, schulische Pflichtveranstaltungen nicht inbegriffen. Anne wurde noch im ersten Ausbildungsabschnitt krank und konnte den selbstständigen Unterricht nicht antreten.

Ähnlich erging es auch anderen jungen Lehrer/innen, deren Anfragen die Junge GEW in den vergangenen Jahren erreichten. „Für mich ist es einfach unverständlich, wie die zweite Ausbildungsphase so unvereinbar mit der vom Staat gewünschten und geachteten Familie, bzw. mit der Familienplanung gestaltet werden konnte“, schrieb eine junge Mutter. Eine weitere Absolventin mailt uns: „Ich werde wahrscheinlich vor der Entscheidung stehen: entweder Familiengründung oder Referendariat. Das ist eine sehr bittere Wahl. (…) Dass der Staat dies gegeneinander ausspielt, halte ich nicht für legitim.“ In einem anderen Fall wurde eine schwangere Referendarin von einer Fachleiterin darauf hingewiesen, dass man Kinder in der heutigen Zeit doch wohl besser planen könne und sie sich diese erschwerte Situation nun selbst eingebrockt hätte. Das Seminar könne keine Rücksicht nehmen.

„Wir freuen uns, mit unseren Nachfragen und Initiativen das Teilzeit-Ref auf den Weg gebracht zu haben.“

Seit mehreren Jahren setzt sich die GEW für die Einführung eines Teilzeit-Referendariats in Baden-Württemberg ein. Immer wieder hat Doro Moritz gegenüber den politischen Verantwortlichen die negativen beruflichen Konsequenzen hervorgehoben. Wenn nach dem ersten Staatsexamen das Referendariat wegen zu hohem Arbeitsaufwand nicht angetreten oder abgebrochen wird, geht nicht nur eine ausgebildete Lehrperson verloren. Auch Steuergelder werden fehlinvestiert, wenn die Lehrerausbildung in der Mitte steckenbleibt. Allein aus bildungsökonomischer Sicht ist die Einführung einer Teilzeit-Ausbildung notwendig und sinnvoll.

Darüber hinaus mutet es sehr verwunderlich an, dass im akademischen Frauenberuf Nummer eins die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aufgrund feh-

Foto: Ulrike Bär

Steffi Frischling

lender Teilzeitausbildung bislang nur schwer zu realisieren ist.

Doch nicht nur für junge Frauen mit ersten Staatsexamen stellt sich die Frage, ob ein Vorbereitungsdienst während der Familienphase bewältigbar ist. Auch Menschen mit pflegebedürftigen Angehörigen oder Schwerbehinderte konnten bislang den zeitlichen Anforderungen des Referendariats kaum gerecht werden.

Teilzeitreferendariat dauert voraussichtlich 30 Monate

Umso erfreulicher ist es, dass das Teilzeitreferendariat jetzt realisiert wird. Kultusministerin Susanne Eisenmann schreibt in der Pressemitteilung vom 11. Oktober 2017: „Mit der Einführung des Vorbereitungsdiensts in Teilzeit greifen wir einen berechtigten Wunsch junger Menschen auf, die neben der anspruchsvollen Lehrerausbildung ein Kind großziehen oder einen Angehörigen pflegen. Auf deren individuelle Lebenswirklichkeit wollen wir eingehen und die Vereinbarkeit von Familie und Lehrerberuf verbessern". Der regulär 18 Monate dauernde Vorbereitungsdienst soll dann im Umfang von 60 Prozent geleistet werden können und verlängert sich dadurch auf 30 Monate (fünf statt drei Schulhalbjahre). Eine weitere Individualisierung durch andere Teilzeitquoten ist nicht vorgesehen.

In der Pressemitteilung heißt es weiter: „Baden-Württemberg gehört bundesweit zu den ersten Ländern, die eine Teilzeitoption für den Vorbereitungsdienst einführen." Allerdings existieren bereits in Berlin, Hessen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Saarland und Sachsen Teilzeitregelungen. Nicht alle Regelungen dieser Bundesländer werden mit der erhofften Entlastung umgesetzt. Vor allem in Bundesländern mit einer 75%-Regelung ist die Unterrichtsverpflichtung nach wie vor zu hoch. Zum Teil wird zwar die Präsenzzeit an der Schule reduziert, die Seminarausbildung muss jedoch im gleichen Umfang wie beim regulären Referendariat absolviert werden. Zudem stellt sich die Frage, inwieweit bei Anwärterinnen mit Kindern die Ausbildungsvergütung bei einer Teilzeitbeschäftigung ausreicht, um eine Familie adäquat versorgen oder zumindest unterstützen zu können. Die GEW hofft, dass Eisenmann auch auf diese „individuelle Lebenswirklichkeit", wie sie selbst konstatiert, eingeht.

Geplant ist in Baden-Württemberg, dass Teile des ersten Ausbildungsabschnitts, also das Halbjahr des begleiteten Unterrichts, in der Teilzeit-Ausbildung nach hinten verlagert werden und dadurch den ersten Abschnitt entzerren. Der Stundenumfang des selbstständigen Unterrichts wird reduziert und von einem auf zwei Schuljahre ausgedehnt. Die Seminarleitung muss hierbei sicherstellen, dass die Ausbildungsinhalte und der Ausbildungsumfang dem regulären Referendariat entsprechen. Ab Januar 2019 sollen Teilzeit-Vorbereitungsdienste möglich sein.

Es bleibt zu hoffen, dass das Kultusministerium für das künftige Teilzeit-Modell ein qualitativ hochwertiges Konzept ausarbeitet. Die Betroffenen brauchen ein Modell, das den Druck und die Belastung auf die Referendarinnen und Referendare nicht lediglich zeitlich ausdehnt, sondern eine wirkliche Entlastung darstellt. Die GEW erwartet außerdem eine präzise Evaluation des Teilzeitreferendariats in den ersten Jahren und eine qualitative Nachjustierung, falls Schwächen im neu eingeführten System erkennbar werden.

Annes Geschichte hatte im Übrigen dank des Einsatzes vieler beteiligter Akteure und ihres eigenen Durchhaltevermögens doch noch ein gutes Ende gefunden: Die Seminarleitung hatte einem Schulwechsel in die Nähe des Wohnorts zugestimmt, die zuständige Mentorin an der Schule hat dafür gesorgt, dass der Stundenplan mit ihrer Lebensrealität vereinbar ist.

Steffi Frischling
Fachbereichsleitung Junge GEW

GRUNDSCHRIFT IN GRUNDSCHULEN

Guter Weg zu einer persönlichen Handschrift

Im Dezember 2016 verbot die Kultusministerin die Grundschrift. In einem Schreiben wurde den Grundschulen mitgeteilt, dass sie die vom Grundschulverband entwickelte Schrift nicht mehr einführen dürfen. Die Erprobungsschulen wehren sich dagegen, weil ihren Erfahrungen nach die Kinder damit leichter und genauso gut schreiben lernen. Hans Dörr berichtet über ein Gespräch mit dem Kultusministerium.

Der GEW-Kreisvorsitzende und HPR-Mitglied David Warneck fragte Kultusministerin Susanne Eisenmann bei einer CDU-Veranstaltung Anfang April 2017 im Esslinger Rathaus, warum sie in ihrem „Orthographie-Schreiben" vom Dezember 2016 den Grundschulen die Einführung der Grundschrift untersagt habe. Die Kultusministerin antwortete: „Weil sich an den Versuchsschulen kein Mehrwert der Grundschrift ergeben hat."

Diese lapidare Antwort veranlasste mich, die Kultusministerin in einem Brief zu fragen:

- „Woher wissen Sie, dass sich an den „Versuchsschulen kein Mehrwert" ergeben haben soll? Mit wie vielen Versuchsschulen wurde seitens des Ministeriums gesprochen?
- Gab es eine seriöse Befragung oder gar eine wissenschaftliche Begleituntersuchung bei den Versuchsschulen oder den „Abnehmerschulen"?"

In meinem Schreiben führte ich auch aus, dass das Verbot der Grundschrift keinerlei wissenschaftliche Grundlage habe und verwies auf KMK-Beschlüsse, den baden-württembergischen Bildungsplan von 2016 und die Bildungspläne und Vorgaben von 10 anderen Bundesländern (siehe Info-Kasten: Blick über Landesgrenze). Daraufhin bot die Kultusministerin ein Gespräch mit den Mitarbeiterinnen des zuständigen Referats an. Mitte September fand das Gespräch statt. Teilgenommen haben Ilse Petilliot-Becker, Referatsleiterin des Referats Grundschule, Frühkindliche Erziehung und Bildung, ihre Stellvertreterin, Sabine Ruppel, die Rektorin der Grundschrift-Erprobungsschule Herderschule Esslingen, Margarete Teuscher, die Koordinatorin der Erprobung an den Schulen, Heidrun Dietrich, David Warneck und ich.

Margarete Teuscher und Heidrun Dietrich widersprachen beim Gespräch im Kultusministerium der These vom fehlenden Mehrwert der Grundschrift kenntnisreich und vehement. Die Ziel-

Grundschrift – ein Blick über die Landesgrenze

Die KMK hat unter anderem beschlossen:

- *Bildungsstandards im Fach Deutsch für die Primarbereich: „Die Schülerinnen und Schüler verfügen über verschiedene Möglichkeiten der ästhetischen Darstellung entsprechend dem Schreibanlass und arbeiten mit unterschiedlichen Medien. Sie schreiben eine lesbare und flüssige Handschrift" (Beschluss der KMK vom 15.10.2004, S. 8)*
- *Empfehlungen zur Arbeit in der Grundschule: „Schülerinnen und Schüler lernen sowohl Druckschrift als auch eine verbundene Schrift und entwickeln ihre feinmotorischen Fertigkeiten. Sie entwickeln bis zum Ende der Jahrgangsstufe 4 eine individuelle, gute lesbare und flüssige Handschrift." (Beschluss der KMK vom 2.7.1970, i.d.F. vom 11.6.2015, S. 13).*

Der baden-württembergische Bildungsplan 2016 schreibt vor:

- *„Im experimentierenden Umgang entwickeln die Kinder aus der Druckschrift, die die Ausgangsschrift ist, eine flüssige, gute lesbare persönliche Handschrift. Kriterien hierbei sind die Geläufigkeit des Schreibens und die Formklarheit der Buchstaben, sodass der kommunikative und ästhetische Aspekt gewährleistet ist." (S. 8). „Die Kinder entwickeln – ausgehend von der Druckschrift – eine verbundene Schrift, die zu einer individuellen, gut lesbaren Handschrift führt." (S. 11).*

Neben dem baden-württembergischen Bildungsplan von 2016 machen weitere 8 Bundesländer keine Vorgaben zum Typ der verbundenen Schrift. Weitere zwei (Bremen oder in Hamburg) erwähnen neben der VA die Grundschrift ausdrücklich.

- *Die Bildungspläne der Bundesländer Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern machen keinerlei Vorgaben zur verbundenen Schrift. Sie formulieren zur Auswahl der verbundenen Schrift: „Bei der Auswahl der verbundenen Schrift ist darauf zu achten, dass diese formklar, leicht zu lernen und gut zu lesen ist." (Rahmenplan Grundschule Deutsch, 2004, S. 26 f.).*
- *Der bremische Runderlass vom 02.05.2016 formuliert: „.. Ziel der Grundschule ist die Entwicklung einer formklaren persönlichen Handschrift…Dies kann ermöglicht werden: a) Durch eine Standardschreibschrift (VA), an der die Kinder ihre Formen und Bewegungen orientieren, oder b) indem sie Hilfen erhalten, ihre verbundene Handschrift direkt aus den Druckbuchstaben zu entwickeln (Grundschrift). …"*

vorgabe des neuen Bildungsplanes, aus der Ausgangsschrift Druckschrift eine flüssige, gut lesbare, formklare, verbundene persönliche Handschrift zu entwickeln, lasse sich nach ihren jetzt siebenjährigen Erfahrungen mit der Grundschrift für die Schüler/innen leichter erreichen als mit der Lateinischen Ausgangsschrift. Beide Lehrerinnen hatten die Lateinische Ausgangsschrift ihrem Unterricht auch sehr lange vermittelt. Der für viele Schüler/innen belastende Bruch zwischen dem Erwerb der Druckschrift und dem Erlernen der Vereinfachten Ausgangsschrift (VA) oder der Lateinischen Ausgangsschrift (LA) sei nicht mehr vorhanden. Die herkömmlichen Schreibschrift-Lehrgänge würden langwierige, sich wiederholende Übungsphasen ohne merklichen Lernzuwachs erfordern. Dies falle weg. Der Verlust der Schreibfreude sei nicht mehr zu beobachten. Auch aus Inklusions- bzw. Integrationsklassen konnten die Lehrerinnen aus ihrer Erprobungsschule positive Erfahrungen berichten. Insgesamt bleibe mehr Zeit für andere Bereiche des Deutschunterrichts: Übungszeiten für Lernwörter, Zeit für das freie Schreiben, mehr Lesezeiten und vor allem Zeit für die Rechtschreibung. Kolleginnen der Klassen 3 und 4 würden feststellen, dass sich die Schüler/innen beim Schreiben von Geschichten mehr auf die Darstellung des Inhalts und auf die Orthografie konzentrieren könnten, da sie früher flüssig und geläufig schreiben könnten. Dadurch würden sie auch längere und gut leserliche Texte schreiben.

Foto: Hans Dörr

Von links: Margarete Teuscher, Heidrun Dietrich, David Warneck, Hans Dörr, Sabine Ruppel, Ilse Petilliot-Becker.

Selbstverständlich treffe auch auf die Grundschrift zu, was die Kultusministerin in ihrem Antwortschreiben formuliert habe: Eine sorgfältige Einführung der Buchstaben sowie die intensive Übung des Bewegungsablaufs sei auch beim Erlernen der Grundschrift notwendig. Wie beim Erlernen anderer verbundener Schriften seien regelmäßige Übungsphasen, vor allem bei den Buchstabenverbindungen, unerlässlich. Eine individuelle Begleitung der Kinder beim Schreibenlernen durch die Lehrkraft sei wie beim Erlernen von Vereinfachter Ausgangsschrift (VA) oder der Lateinischen Ausgangsschrift (LA) notwendig.
Referatsleiterin Petilliot-Becker und ihre Stellvertreterin Sabine Ruppel zeigten sich beeindruckt von den engagierten Darlegungen und den vorgelegten Schreibproben. Sie betonten, die intensive Arbeit der Erprobungsschulen werde sehr geschätzt und solle deswegen an den bisherigen 17 Erprobungsschulen auch weitergeführt werden können. Dennoch würden derzeit keinerlei wissenschaftliche Vergleichsstudien vorliegen, die einen Vorteil der Einführung und Verwendung der Grundschrift gegen der VA oder der LA belegen würden. Aus diesem Grund habe die Kultusministerin abschließend entschieden, dass es neben der VA und der LA keiner weiteren Alternative bedürfe.

Hans Dörr

• In Hamburg wird im Bildungsplan Grundschule Deutsch (2012, S. 14) ausgeführt: „Im Anfangsunterricht wird dies entweder durch die Erarbeitung der unverbundenen Druckschrift und anschließend der Schulausgangsschrift als verbundener Schrift oder der Grundschrift als einziger Schrift ermöglicht…"

• Das hessische Kultusministerium macht im Kerncurriculum Deutsch (2011) auf Seite 26 lediglich die Aussage: „Sie [die Lernenden, EB] entwickeln über die Druckschrift eine auch für andere gut lesbar Handschrift."

• Niedersachsen formuliert: „Ziele 2. Schuljahrgang: „Die Schülerinnen und Schüler schreiben in einer formklaren, gut lesbaren Schrift." „Druckschrift als Ausgangsschrift schreiben und eine verbundene Schrift kennen." Ziele 4. Schuljahrgang: „Die Schülerinnen und Schüler schreiben flüssig in einer gut lesbaren Handschrift…" (Kerncurriculum für die Grundschule, Niedersächsisches Kultusministerium 2006, S. 15).

• Nordrhein-Westfalen schreibt vor: „Im Zuge der Verflüssigung des Schreibverlaufs und die individuellen Ausprägung der Schrift entwickeln alle Schülerinnen und Schüler aus der Druckschrift eine gut lesbare verbundene Handschrift."

• Rheinland-Pfalz formuliert: „Ziele für das Ende der Grundschulzeit: „eine gut lesbare Handschrift flüssig schreiben." (Rahmenplan Grundschule, Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend, 2005, S. 26).

• Thüringen gibt vor: „Ziel Klassenstufe 4: Der Schüler kann in einer gut lesbaren, individuellen Handschrift schreiben: formklar, flüssig, in angemessenem Schreibtempo" (Lehrplan für die Grundschule, Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur 2010, S. 54).

In den restlichen fünf Bundesländern sehen die Vorgaben so aus:

• Zwei Bundesländer (Sachsen und Sachsen-Anhalt) schreiben in ihren Bildungsplänen die Schulausgangsschrift vor.

• Das Saarland nennt die Schulausgangsschrift als „Orientierungsschrift", lässt aber in Ausnahmefällen (z.B. bei feinmotorischen Problemen) zu, dass zunächst auf die Einführung einer verbundenen Schrift verzichtet werden kann (Kernlehrplan Deutsch 2009, S. 58).

• Schleswig-Holstein formuliert „Als verbundene Schrift hat die Vereinfachte Ausgangsschrift Vorrang" (Lehrplan Grundschule 1997, S. 59).

• Lediglich Bayern nennt im LehrplanPLUS Grundschule von 2014 zwei verbundene Schriften: „Sobald sie motorische Sicherheit und Routine im Lesen und Schreiben erlangt haben, erfolgt die Einführung einer verbundenen Schrift (Vereinfachte Ausgangsschrift oder Schulausgangsschrift)… (S. 46 f.).

GEW SÜDBADEN MIT NEUER SPITZE

Uta Adam verabschiedet sich als Bezirksvorsitzende

Foto: Peter Fels

Staffelübergabe von Ute Adam (rechts) zur neu gewählten Bezirksvorsitzenden Sandrina Vogt.

Sandrina Vogt ist die neue Bezirksvorsitzende von Südbaden. Sie wurde mit über 96 Prozent als Nachfolgerin von Uta Adam gewählt. Die 44-jährige Grundschullehrerin aus Freiburg betonte nach ihrer Wahl, dass sich vor allem in Südbaden die Lehrerversorgung verbessert werden müsse. „Angesichts der Nähe zur Schweiz, muss der Lehrerberuf attraktiver werden. Dass dies nicht der Fall ist, zeigt sich zu Beginn eines jeden Schuljahres, wenn frisch ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer in die Schweiz abwandern". Vogt will die Kontakte zu den südbadischen Kreisen und Fachgruppen verstärken, um sich auf Landesebene besonders für deren Bedürfnisse einzusetzen.

In einer weiteren Wahl wurde Gerd Kostanzer, Berufschullehrer aus Ettenheim, als Nachfolger von Michael Ecke in den Bezirksvorstand gewählt.

Uta Adam gibt nach 9 Jahren den Vorsitz des Bezirks Südbaden ab. Vor 25 Jahren startete sie gleich nach ihrer Einstellung in den Schuldienst mit der Jungen GEW Offenburg. 4 Jahre später schon, ab 1996 war sie bis 2012 Kreisvorsitzende. Seit 5 Jahren ist sie stellvertretende Vorsitzende des VBLL. Seit 2008 war sie Vorsitzende des Bezirks und des BPRs GHWRGS. „GEW-Bezirksvorsitzende und BPR-Vorsitzende zu sein, sind zwei Aufgaben, die von der Arbeitsbelastung her im Grunde nicht zu vereinbaren sind. Du hast das gestemmt", sagte Doro Moritz zu ihrem Abschied. Sie habe Uta als Powerfrau kennengelernt, freundlich und verbindlich im Umgang mit der Schulverwaltung und immer den Blick darauf gerichtet, was der GEW nütze. „Sie hat mit der GEW Südbaden die Herausforderungen angenommen, die sich hier wie in keinem anderen Bezirk mit dem aggressiven und starken VBE stellen", hob Moritz hervor.

b&w

PERSONALRÄTESCHULUNGEN AUSSERSCHULISCHER BEREICH

Viele Informationen und reger Austausch

Foto: Martin Morgen

Personalräte im außerschulischen Bereich werden von der GEW im Löchnerhaus geschult.

Im September fanden auch dieses Jahr wieder mit großem Teilnehmerkreis zwei Personalräteschulungen für den außerschulischen Bereich statt. Die Mitglieder der Örtlichen Personalräte an den Staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung und den Pädagogischen Fachseminaren sowie die Personalratsmitglieder aus den Schulämtern, der Schulpsychologie und der Schulverwaltung tagten im Löchnerhaus auf der Insel Reichnau.

Alle nutzten die Gelegenheit, sich aus erster Hand durch Doro Moritz über die aktuellen bildungspolitischen Entwicklungen informieren zu lassen. Die Hauptpersonalratsmitglieder informierten über die derzeitig wichtigen Themen. Außerdem wurden rechtliche Fragen aus dem Landespersonalvertretungsgesetz im Schulungsteil der Veranstaltung behandelt. Sehr geschätzt wurde auch der in Arbeitsgruppen ermöglichte gemeinsame Austausch der Personalräte untereinander.

Martin Morgen

KLAUSURTAGUNG DES ARBEITSKREISES TARIF DER GEW NORDBADEN

Weitere Aufwertung im Sozial- und Erziehungsdienst notwendig

Foto: Alfred Uhing

Arbeitskreis Tarif der GEW Nordbaden

„Wir brauchen eine weitere tarifvertragliche Aufwertungsrunde im Sozial- und Erziehungsdienst", sagte Sabrina Besserer, Kindheitspädagogin und Mitglied im Bezirksvorstand der GEW Nordbaden auf der Klausur des Arbeitskreises Tarif der GEW Nordbaden Mitte Oktober in Pforzheim. Darin waren sich die Mitglieder des Arbeitskreises einig. In den vergangenen Tarifauseinandersetzungen im Kinder- und Jugendhilfebereich wurde zwar durch bessere Eingruppierungsregelungen vor allem für Erzieher/innen und Kita-Leitungen bereits viel erreicht, das Gesamtergebnis ist aber immer noch unbefriedigend. So entspricht die jeweilige Vergütung nach wie vor nicht den gestiegenen Anforderungen. Für Tätigkeiten im Bereich Soziale Arbeit konnten bisher nur unterproportionale Verbesserungen erreicht werden und es fehlen nach wie vor Tätigkeitsmerkmale für Schulsozialarbeiter/innen, Fachberater/innen und Kindheitspädagog/innen.

Der Tarifvertrag, in dem diese Punkte geregelt werden, und der 2014 in einem heftigen Arbeitskampf von den Gewerkschaften durchgesetzt werden musste, hat eine Mindestlaufzeit bis Mitte 2020. Erst ab diesem Zeitpunkt kann über Neuregelungen wirksam verhandelt werden. Einigkeit herrschte bei den Mitgliedern im Arbeitskreis Tarif aber auch darüber, dass die Gewerkschaften sich inhaltlich und organisatorisch frühzeitig auf diese Auseinandersetzung vorbereiten müssen. Deshalb hat die Gruppe ein Arbeitsprogramm für den Bezirk Nordbaden beschlossen, in dem vor allem die Mitglieder eine zentrale Rolle spielen sollen. Den Beschäftigen im Sozial- und Erziehungsdienst muss klar sein, dass es auch 2020 nicht ausreichen wird, mit guten Argumenten zu punkten. Sie müssen notfalls wieder selbst mit Arbeitsniederlegungen für bessere Regelungen streiten.

Alfred Uhing

Spendenaufruf: Hilfe für Kolleg/innen in Not

Im vergangenen Jahr haben die Spenden aus dem Unterstützungsfonds der GEW Nord- und Südbaden dazu beigetragen, dass einige Kolleg/innen wieder Licht am Horizont sahen. Die Freude über die Unterstützung war jedes Mal groß.

Hinter jeder Notlage steckt auch immer ein berührendes Schicksal: Eine Krankheit, ein Todesfall in der Familie, Nachzahlungsforderungen, befristete Beschäftigungsverträge, die eine Bezahlung in den Sommerferien ausschließt. Das sind Nöte, die vor allem Personen in den unteren Besoldungs- und Entgeltgruppen sehr belasten können.

Wir sammeln und spenden unabhängig von Gewerkschafts- oder Verbandszugehörigkeit. Das Spendenaufkommen wird

im vollen Umfang weitergegeben. Die Spendenübergabe verläuft immer persönlich und wird von den Betroffenen als ein starkes Zeichen von Solidarität angesehen. Wer unserer Bitte um eine Weihnachtsspende für den Unterstützungsfonds der GEW Nordbaden e.V. bzw. GEW Südbaden e.V. nachkommt, hilft Kolleginnen und Kollegen, die sehr dankbar dafür sind.

• Die neue Bankverbindung für den Unterstützungsfonds der GEW Nordbaden lautet:
IBAN DE20660908000000283118;
BIC GENODE61BBB
Christel Pörsch, Vorsitzende des Unterstützungsfonds Nordbaden,
christel.poersch@gew-bw.de

• Bankverbindung des Unterstützungsfonds der GEW Südbaden:
IBAN DE 34660908000000770000
BIC GENODE61BBB
Erhard Zeh, Vorsitzender des Unterstützungsfonds Südbaden,
erhard.zeh@t-online.de
oder Tel. 07621 669465

Böblingen

Foto: Gerhard Winter

Gelungener Kleinkunstabend der GEW Böblingen

Einfach so zum Spaß! Zum dritten Mal hat die GEW Böblingen zusammen mit der jungen GEW am 23. September unter der Federführung von Farina Semler einen Kleinkunstabend organisiert. Die Künstler/innen kamen alle aus unserer Region und sind mehr oder weniger mit der GEW verbunden. Dieses Jahr waren es fast nur Musiker/innen, literarisch ergänzt durch Gedichtvorträge mit Heinz Renz. Alle traten ohne Gage auf und begeisterten die zahlreichen Besucher im „Mauerwerk" in Herrenberg. Von A Capella mit den „Schamanen", Klassischer Gitarre und Querflöte mit Alexander und Reinhard über Folksongs und Hits mit eigenen schwäbischen Texten von „Strings, woman and voices" bis zu fetzigem Rock („Flashfox") und Punk („Heydays") war alles dabei.

Gerhard Winter

KLAUSUR DER ARBEITNEHMER/INNEN

Planungen für das kommende Jahr verabredet

Foto: Karl-Heinz Paulsen

Klausurtagung der Personengruppe Arbeitnehmer/innen und Arbeitnehmervertreter/innen

Die Mitglieder der Personengruppe Arbeitnehmer/innen und Arbeitnehmervertreter/innen der Bezirkspersonalräte trafen sich zu ihrer Klausurtagung im Löchnerhaus auf der Insel Reichenau. Im Mittelpunkt der Klausur stand die Koordinierung der Angestelltenarbeit für das kommende Jahr und die Planung der Personalratswahl. Ein weiterer Schwerpunkt war die Umsetzung des 5-Punkte-Programms zur Verbesserung der Gehälter der tarifbeschäftigten Lehrkräfte mit den Forderungen an die Landesregierung.

b&w

GEW empfiehlt

Tübinger Tagung Schulpädagogik

Unterricht. Leistung. Teilhabe.

***02.03.2018**, 8 bis 17 Uhr*
Universität Tübingen

Kann Unterrichtsqualität herkunftsbedingte Nachteile von Schüler/innen kompensieren? Gibt es einen „Output" jenseits von fachlicher Leistung? Kann und soll Schule gesellschaftliche Teilhabe anbahnen? Unterricht. Leistung. Teilhabe. Im Spannungsfeld dieser drei Begriffe bietet die 6. Tübinger Tagung Schulpädagogik Interessierten aus Bildungspraxis, -administration und -wissenschaft Gelegenheit, sich mit aktuellen Fragen des Unterrichtsalltags aus der Perspektive der Bildungswissenschaften zu befassen.

Programm
Drei Plenumsvorträge mit den Professor/innen Thorsten Bohl, Alexander Gröschner und Isabell van Ackeren;
zwölf Parallelvorträge von ausgewiesenen Wissenschaftler/innen.

***Eingeladen** sind Lehrkräfte, Multiplikator/innen, Schulleitungen, Mitglieder der Schul- und Kultusverwaltung, Vertreter/innen der Lehrer-aus- und –fortbildungsinstitutionen, Studierende sowie Referendarinnen und Referendare.*

Für GEW-Mitglieder übernimmt die GEW den Tagungsbeitrag.

www.

Weitere Informationen und Anmeldung
www.uni-tuebingen.de/de/107052

Unsere Jubilare im Monat Dezember

Die GEW gratuliert zum…

75. GEBURTSTAG

Helga Geldhauser
Uhldingen-Mühlhofen, * 01.12.1942
Irmin Opper
Berglen, * 01.12.1942
Renate Metzger
Zweiflingen-Eichach, * 03.12.1942
Heinz-Dieter Tiemann
Kirchzarten, * 04.12.1942
Evmarie Kurz-Adamczyk
Karlsruhe, * 04.12.1942
Rainer Gerlinger
Stuttgart, * 06.12.1942
Dagmar Beisel
Emmendingen, * 08.12.1942
Alfred Graner
Metzingen, * 10.12.1942
Dieter Schad
Gerabronn, * 11.12.1942
Kurt Langenstein
Sigmaringendorf, * 13.12.1942
Eugen Franke
Gernsbach, * 13.12.1942
Wolfgang Irion
Bad Waldsee - Haisterkirch, * 13.12.1942
Udo Kalina
Lindau, * 13.12.1942
Peter Krössinger
Möglingen, * 14.12.1942
Karl Kalitovic
Schliengen, * 15.12.1942
Helga Schurg
Esslingen, * 15.12.1942
Gisela Keller
St. Johann, * 16.12.1942
Jürgen Müller
Leinfelden-Echterdingen, * 17.12.1942
Hermann Allgaier
Lenningen, * 17.12.1942
Adelheid Mehnert-Mall
Herrenberg-Haslach, * 18.12.1942
Tassilo Brüchner
Neu-Ulm, * 19.12.1942
Thomas Fuchs
Eningen, * 19.12.1942
Erika Schiller
Esslingen, * 21.12.1942
Harald Vogel
Esslingen, * 22.12.1942
Rainald Taesler
Heilbronn, * 22.12.1942
Karl Mündlein
Mainhardt, * 25.12.1942
Paul I. Anderson
Aalen, * 26.12.1942
Christa Philipsky
Stuttgart, * 26.12.1942
Kathi Boenisch
Emmendingen, * 27.12.1942
Gudrun Kiesel
Karlsruhe, * 28.12.1942
Manfred Käser
Waldburg, * 28.12.1942
Manfred Hähnlein
Bad Friedrichshall, * 29.12.1942
Kurt Kudwien
Karlsruhe, * 30.12.1942

80. GEBURTSTAG

Manfred Nürk
Denkendorf, * 06.12.1937
Ingrid Pulvermüller
Engelsbrand, * 07.12.1937
Siegfried Schilling
Pfinztal, * 07.12.1937
Katharina Jung
Horb, * 10.12.1937
Ernst-Klaus Schmidt
Sigmaringen, * 10.12.1937
Rolf Rombach
Schiltach, * 11.12.1937
Hilde Bareither
Bietigheim-Bissingen, * 11.12.1937
Peter Wörner
Karlsruhe, * 12.12.1937
Waltraud Völlm
Tübingen, * 17.12.1937
Manfred Maute
Nusplingen, * 19.12.1937
Dietmut Zouyene
Heidelberg, * 26.12.1937
Karl Martin Ruff
Trossingen, * 27.12.1937
Heidi Noe
Mannheim, * 27.12.1937
Werner Schmidt
Ramin, * 27.12.1937
Theodor Michelberger
Stuttgart, * 29.12.1937

85. GEBURTSTAG

Christa Bodammer
Sipplingen, * 02.12.1932
Ruth Jendt-Bräuer
Gundelfingen, * 07.12.1932
Richard Wagner
Berlin, * 18.12.1932

90. GEBURTSTAG

Hugo Herrlinger
Neufra, * 17.12.1927
Helene-Anna Pflantz
Stuttgart, * 19.12.1927
Werner Schmitt
Heidelberg, * 24.12.1927

91. GEBURTSTAG

Erhard Eppler
Schwäbisch Hall, * 09.12.1926
Ingeborg Mayer
Donaueschingen, * 11.12.1926
Gertrud Ostermayer
Ludwigsburg, * 22.12.1926

92. GEBURTSTAG

Gisela Park
Eppingen, * 24.12.1925

95. GEBURTSTAG

Wilhelm Klumpp
Baden-Baden, * 11.12.1922

96. GEBURTSTAG

Gertrud Berger
Achern, * 17.12.1921
Irene Strahlendorf
Freiburg, * 25.12.1921

Wir können aus Platzgründen nur zum 75., 80., 85. und 90. und erst danach zu jedem Geburtstag gratulieren. Jubilare, die nicht erwähnt werden wollen, wenden sich spätestens zwei Monate vor dem Geburtstag schriftlich an die Redaktion b&w, Silcherstraße 7, 70176 Stuttgart.

Impressum

Herausgeber: *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Baden-Württemberg*

Verantwortlicher Redakteur: *Michael Hirn*
Geschäftsführende Redakteurin: *Maria Jeggle*
Redaktionssekretariat: *Ulrike Bär*
Regelmäßige Mitarbeiter/innen: *Corinna Blume, Jens Buchholz, André Dupuis, Frank Osterlow, Andreas Schuler, Julia Stoye*
Layout: *Ulrike Bär*
Schlusskorrektur: *Frank Osterlow*
Anschrift der Redaktion:
b&w, Silcherstraße 7, 70176 Stuttgart,
Telefon: 0711 21030-36, Fax: -65
E-Mail: *b+w@gew-bw.de und termine.b+w@gew-bw.de*
Ständige Beilage: *„Die Unterrichtspraxis" erscheint achtmal im Jahr. Redaktion: Joachim Schäfer, Meisenweg 10 71634 Ludwigsburg, unterrichtspraxis@gmx.de*
Verlag mit Anzeigenverwaltung:
Süddeutscher Pädagogischer Verlag (SPV), Silcherstraße 7A, 70176 Stuttgart, Telefon: 0711 21030-70, Fax: 0711 21030-799
E-Mail: info@spv-s.de, www.spv-s.de
Geschäftsführung: *Doro Moritz, Hans Maziol*

Verlagsleitung und verantwortlich für Anzeigen:
Sabine Ebert, Tel.: 0711 21030-771, sabine.ebert@spv-s.de
Anzeigenschluss: *ca. 15. des Vormonats*
b&w erscheint als Mitgliederzeitschrift monatlich 10-mal im Jahr (nicht im Januar und August). Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Er beträgt für Nichtmitglieder jährlich 44 Euro inkl. Porto und wird jährlich im Dezember erhoben. Bestellung beim Verlag.
Alle mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen die Meinung der Verfasser/innen dar und vermitteln nicht zwingend eine Position der Redaktion oder der GEW. Leserbriefe können nicht alle veröffentlich werden.
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe auszuwählen und zu kürzen. Anonym zugesandte Briefe werden nicht veröffentlicht.
Druck: *GO Druck Media Verlag GmbH & Co. KG, Kirchheim*

Druckauflage: *50.000 Exemplare, (3. Quartal 2017).*
Gedruckt auf Blauer Engel Altpapier

Die nächsten Hefte von b&w erscheinen:
Nr. 12/2017 am 22.12.2017, Redaktionsschluss: 15.11.2017
Nr. 01-02/2018 am 22.12.2017, Redaktionsschluss: 15.11.2017
Dieses Heft wurde am 15.11.2017 für den Druck abgeschlossen.
GEW-Landesverband Baden-Württemberg
Silcherstraße 7, 70176 Stuttgart, Telefon 0711 21030-0, Fax -45,
Mitgliederverwaltung: -32, -33, -37, -Mail: info@gew-bw.de,
www.gew-bw.de

Alb/Donau-Ulm

Foto: Susanne Lubahn

Der Stolperstein für Else Ehekircher

Mitte Oktober wurde unter großer Anteilnahme Ulmer??? Bürger/innen der Stolperstein für Else Ehekircher in der Wengengasse 18 verlegt. Sehr eindrücklich schilderte die Großnichte ihre Recherche zu dem Buch „Spurensuche", das von ihrer Großtante Else berichtet.
Als psychisch kranke junge Frau wurde Else Ehekircher zuerst in eine Nervenheilanstalt gebracht, von wo aus sie zu ihrer Schwester nach Göppingen geflüchtet ist. Später wurde sie nach Grafeneck verlegt und am Tag ihrer Ankunft vergast. Zwei Generationen haben den Mantel des Schweigens über sie gebreitet. Nun aber erinnert ein glänzender Stolperstein an ihre tragische Geschichte und mahnt die heutige Generation, wachsam zu sein für politische Veränderungen.
Der Stolperstein wurde mit einer GEW-Spende und den Eintrittsgeldern zum Film „Per la Vita" während der Ulmer Friedenswochen finanziert.

Susanne Lubahn

Schwäbisch Hall

Foto: Marion Urbitsch

Der Kreisverband Schwäbisch Hall bei einer Führung durch die Gedenkstätte KZ-Hessental

Der GEW-Kreisverband Schwäbisch Hall organisierte im Oktober eine Führung durch die Gedenkstätte KZ-Hessental bei Schwäbisch Hall. Von Oktober 1944 bis April 1945 waren hier rund 800 Häftlinge interniert, um im nahe gelegenen Fliegerhorst Bombenschäden zu beseitigen. Rund 200 Häftlinge kamen durch die grausamen Lebens- und Arbeitsbedingungen ums Leben. Die Gefangenen waren fast ausnahmslos polnische Juden, die zuvor in den Arbeitslagern in Radom und Umgebung für die deutsche Besatzungsmacht geschuftet hatten und später auf der Rampe von Auschwitz selektiert wurden. Die meisten kamen über das Lager Vaihingen/Enz nach Hessental.
Folker Förtsch vom Gedenkstättenverein KZ Hessental erläuterte eindrücklich die Geschichte des Lagers und wies auf pädagogische Aspekte bei der Führungen auf dem Gelände hin.
Informationen zur Gedenkstätte, die direkt am Bahnhof Schwäbisch Hall-Hessental liegt, findet man auf: www.kz-hessental.de.

Marion Urbitsch

Unseren Toten zum Gedächtnis

Maja Grundler
Sonderschullehrerin
** 12.11.1980 Filderstadt*
† 15.09.2017 Stuttgart

Elisabeth Jauch
GHS-Lehrerin
** 05.10.1952 Oberndorf a. N. (Boll)*
† 08.07.2017 Rottweil

Gisela Lindner
GHS-Lehrerin a. D.
** 12.01.1948 Kastellaun*
† 16.09.2017 Konstanz

Ulrike Schmitt
GHS-Lehrerin a. D.
** 12.06.1949 Sandhausen*
† 08.09.2017 Heidelberg

Karl Schnizler
Oberlehrer a. D.
** 29.11.1928 Tübingen*
† 20.08.2017 Kohlberg

Willi Walter
Konrektor a. D.
** 29.11.1936 Baden-Baden*
† 04.10.2017 Karlsruhe

Eine Aufnahme in die „Totentafel" kann nur erfolgen, wenn der Redaktion von b&w, Silcherstraße 7, 70176 Stuttgart, das Geburts- und Sterbedatum sowie möglichst auch der Geburts- und Sterbeort und die Amtsbezeichnung mitgeteilt werden.

Calw/Freundenstadt

Foto: Angelika Kistner

Die Mitglieder des Kreises Calw/Freudenstadt im Schloss Mespelbrunn

Die Mitglieder des GEW-Kreises Calw/Freudenstadt nahmen gerne am Ausflug teil. In diesem Jahr stand auf dem Programm M & M & M & W. Aufgelöst heißt dies: Stadtführung in Michelstadt – klein, aber fein; Schloss Mespelbrunn – hier wurde das Wirtshaus im Spessart gedreht, Schifffahrt auf dem Main in Miltenberg und der Abschluss in der nördlichsten Stadt im Ländle – in Wertheim. Wie immer nahmen Mitglieder aus unterschiedlichen Bereichen teil und so entwickelten sich beim Abendessen im Hotel Christel interessante Gespräche. Dass diese Veranstaltung im Kreis dazugehört, zeigt sich daran, dass für die nächsten 10 Jahre schon Ziele notiert sind und spontan ein winterlicher Ausflug auf den Weihnachtsmarkt nach Michelstadt geplant wurde.

Angelika Kistner

GEW gratuliert Heinz Dörr zum 90. Geburtstag

Foto: Jürgen Lang

Jürgen Lang (links) und Thomas Reck (rechts) gratulieren Heinz Dörr im Namen der GEW.

Am 30. September feierte Heinz Dörr in Überlingen seinen 90. Geburtstag.
Schon seit 65 Jahren ist der ehemalige Volksschullehrer Mitglied der GEW. Fast genau so lang setzte er sich für Leseförderung ein. Seit 1954 war er in der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien tätig, in der Jugendliteratur geprüft und empfohlen wird. Zeitweise war er auch Mitglied in der Bundesprüfungsstelle für jugendgefährdende Schriften.

Bei der GEW bekleidete er vielfältige Funktionen: Orts- und Kreisvorsitzender und bis 2003 Seniorenvertreter im Ortsverband Überlingen, im Kreis Tettnang, im Bezirk Südwürttemberg, und er war stellvertretender Vorsitzender der Fachgruppe. Von 1996 bis 2004 war er Mitglied im Landesvorstand der GEW Baden-Württemberg. Die GEW dankt herzlich und wünscht ihm alles Gute.

b&w

Waiblingen

Tarifbeschäftigte der GEW in Waiblingen besuchten den Landtagsabgeordneten der Grünen, Willi Halder, um mit ihm über die Situation der tarifbeschäftigten Lehrkräfte zu sprechen. Wir überreichten ihm das 5-Punkte-Programm, das die Arbeitnehmer/innen der GEW erarbeitet haben. Darin sind Forderungen aufgelistet, die das Land außerhalb des Tarifvertrages regeln könnte: Eine Baden-Württemberg-Zulage für alle tarifbeschäftigte Lehrkräfte, Qualifizierung von Nichterfüllern/innen, Anerkennung von Vordienstzeiten, Bruttobezahlung von Zulagen und die Bezahlung der Ferien für befristet Beschäftigte.

Bärbel Etzel-Paulsen

Leserbriefe

b&w 10/2017

S. 14 „Empirische Bildungsforschung: Was soll das Ganze?“

Ohne erhobenen Zeigefinger

Nach langer Zeit endlich wieder einmal eine Auseinandersetzung mit der empirischen Bildungsforschung, die nicht (wie so oft!) irgendwo die Schuld für das Versagen bei den Lehrkräften oder sonstigen Beteiligten sucht, sondern das Messen von Bildung insgesamt kritisch sieht. Sehr eindrücklich waren auch die OECD-Thesen von 1966, wo Vergleiche mit z.B. Kunstdüngerfabriken gezogen werden.

Ein wirklich gelungener, sehr gut geschriebener und unangepasster Beitrag, vielen Dank dafür. Bleibt zu hoffen, dass die GEW-Redaktion auch in Zukunft kritischere und unorthodoxere Artikel veröffentlicht, die nicht immer den momentanen Zeitgeist der Bildungspolitik wiederspiegeln. So ist man doch oft mit Texten konfrontiert, die einem mit gehobenem Zeigefinger erklären, dass man mal gefälligst auf Finnland und Singapur (oder sonst wohin) zu schauen hat, um die PISA-Ergebnisse in Deutschland zu verbessern. Siehe Seite 19 in der gleichen Ausgabe.

Marga Weidner,
Realschullehrerin Weil/Rhein

Unterrichtspraxis 7/2017

Beilage in b&w 10/2017

S. 1 Wortschatzarbeit mit neu eingewanderten Schüler/innen

Wenig Zeit und wenig Kompetenzen

Für die Vorbereitungsklassen umreißt die Autorin 3 grob unterschiedene Organisationsformen:

1. Die VKL ist eine eigenständige Klasse, die laufend durch neu zugezogene Kinder erweitert wird.
2. Die VKL ist eine eigenständige Klasse. Alle Kinder nehmen jedoch an ausgewählten Unterrichtsstunden der Regelklassen teil, etwa im Sport oder in Mathematik.
3. Die VKL-Kinder sind von Anfang an Teil einer Regelklasse und bekommen zusätzlich oder gleichzeitig Förderung mit „Deutsch als Zweitsprache“.

Die Entscheidung fällt je nach den Gegebenheiten der Schule und dem Bedarf der Schüler/innen und ist im günstigsten Fall Teil eines gemeinsamen Schulentwicklungsprozesses.

Diese Möglichkeiten sind jedoch seit der Verordnung des Kultusministeriums zur Regelung der Stundentafeln für die Vorbereitungsklassen allgemein bildender Schulen vom 01.08.2017 allermeist obsolet: Die regulär vorgesehene Stundenanzahl beträgt in der Grundschule 12, in den weiterführenden Schulen 16 Stunden. Falls (!) die Ressourcen zur Verfügung stehen, können die jeweiligen Ämter noch bis zu 6 bzw. 9 Stunden draufegen. Für die Primarstufe bedeutet das:

1. Die VKL als eigenständige Klasse funktioniert mit 12 Stunden pro Woche nicht.
2. Die VKL als Klasse und die zusätzliche Teilnahme an einzelnen Fächern in den Regelklassen wird die Wochenstundenzahl der Kinder nicht wesentlich erhöhen.
3. Die einzig verbleibende Möglichkeit ist die Auflösung der VKL als Klasse und die vollständige Integration der Kinder in die Regelklassen. Die vorgesehenen 10 Stunden für „Deutsch als Zweitsprache“ werden irgendwie gerecht verteilt. Die übrigen 2 Stunden sind verbindlich für Demokratiebildung einzusetzen.

In den Augen der Kolleg/innen werden die Stunden der VKL immer mehr zu Sprach-Förderstunden, die sie in Zeiten des Mangels gar nicht mehr haben. In der Handhabung der Schulleitung sind sie ein Pool an Vertretungsstunden: Die Kinder bekommen eben keine Förderung als „Deutsch als Zweitsprache“ und sind in den Regelklassen trotzdem versorgt. Und es trifft die kleinste Gruppe. Ein Vorteil ist wahrscheinlich auch, dass sich die Eltern dieser Kinder eher nicht beschweren. Durch die Stundenzuweisung ist in der Grundschule nicht nur längst entschieden, wie die VKL organisiert werden, es wird auch deutlich, wie wichtig uns die „Schlüsselqualifikation für Integration“, nämlich der Spracherwerb ist, und was uns diese Schüler/innen wert sind.

Ich erlebe, dass auf der Beziehungsebene wirklich viele Anstrengungen für neu eingewanderte Schüler/innen unternommen werden. Das schätze ich sehr. Aber dass so wenig Kompetenz im Zweitspracherwerb vorhanden ist, dass himmelschreiend wenig Zeit für die Sprachförderung zugewiesen wurde und dass Schüler/innen, die in ihrer Erstsprache teilweise bereits gute schulische Leistungen erbracht haben, monatelang ziemlich sprachlos mithoppeln müssen, statt gezielt lernen zu dürfen, das empört mich. Und es tut mir in der Seele weh.

Mechtild Spaett
FrauSpaett@posteo.de

Termine

AK Schwulenpolitik

> **13.01.2018**, 10 - 13 Uhr
Treffen im großen Sitzungssaal in der Landesgeschäftsstelle, Silcherstr. 7a. Weitere Infos über schwulenpolitik@gew-bw.de

Kreise und Ortsverbände

Böblingen

> **29.11.2017**, 17:30 Uhr
Jubilars-Ehrung im Hotel Gärtner, Holzgerlingen, mit Zauberer Fedor.
> **12.12.2017**, 14 Uhr
Smartphone, iPhone und Tablet – wie geht man damit um? Kreismedienzentrum Böblingen. Anschließend um 16:30 Uhr Jahresabschluss im „Alten Bootshaus". Anmeldung bei Margot Littwin, littwin@gew-boeblingen.de Tel.: 07031 607501.

Lörrach

> **29.11.2017**, 13 Uhr
Veranstaltung für Fachlehrkräfte und technische Lehrkräfte, Ort: Helen-Keller-Schule Maulburg, Unterrichtsbefreiung möglich!
> **30.11.2017**, 17 Uhr
Den Ruhestand gut planen, Veranstaltung mit Klaus Willmann, Ort: Meret Oppenheim Schulzentrum Steinen
> **23.11.2017**, 17 - 18:30 Uhr
Webinar zur RS-Abschlussprüfung Deutsch: Weiss, Ruth | Meine Schwester Sara
> **28.11.2017**, 17 - 18:30 Uhr
Flüchtlinge bei uns – Aufgabe und Chance für alle Beteiligten?!
> **29.11.2017**, 17 - 18:30 Uhr
Brecht, Bertolt | Der gute Mensch von Sezuan. Näheres unter www.gew-bw.de/loerrach

Freiburg

> **29.11.2017**, 18:30 - 20 Uhr
Konferenzrecht – ein Buch mit sieben Siegeln. Referent: Michael Rux. Leitung: Andrea Wagner Ort: Hebelschule Freiburg.
> **13.12.2017**, 18 Uhr
Ehrungsveranstaltung
Ort: Kolpinghaus Freiburg
Leitung: Peter Fels mit Team
Anmeldung und Einladung unter www.gew-fr.de

Pforzheim und Enzkreis

> **29.11.2017**, 14.30 Uhr
Adventliches Zusammensein und Jahresabschluss der Mitglieder im Ruhestand. Anmeldungen bis 25.11. an ug.kaupisch@web.de, Tel.: 07231 73427
Ort: Kirnbach-Grundschule Niefern
> **22.01.2018**, 18 Uhr
Filmreihe Leben, Lernen, Lehren. ACT! WER BIN ICH? Regie: Rosa von Praunheim, ab 12 Jahren. Mit anschließendem Gespräch. Ort: Kommunales Kino Pforzheim
> **30.01.2018**, 15 Uhr
Vorsorgevollmachten und Patientenverfügungen – aktuelle Informationen mit Michael Rux
Ort: Parkhotel Pforzheim
Weitere Termine unter gew-pforzheim.de

OV Konstanz

> **14.12.2017**, 19 Uhr
GEW-Stammtisch jeden 2. Donnerstag im Monat.
Ort: Café EXXTRA in Konstanz. Mehr unter www.gew-bw.de/konstanz/

LesePeter

Im November 2017 erhält den LesePeter das Sachbuch von Gianumberto Accinelli und Serena Viola „Der Dominoeffekt oder die unsichtbaren Fäden der Natur" aus dem Italienischen von Ulrike Schimming. Fischer Sauerländer, ISBN 978-3-7373-5471-4, 136 S., - 19,99 Euro, ab 9 Jahren. www.AJuM.de oder www.LesePeter.de

Schwarzes Brett

LAG Theaterpädagogik

Spielend lernen und lehren: Neue Theater-Pädagogik-Fortbildungen in drei Städten. Im Februar 2018 beginnen in Reutlingen, Konstanz und Schwäbisch Hall berufsbegleitende theaterpädagogische Fortbildungen der Landesarbeitsgemeinschaft TheaterPädagogik Baden-Württemberg. Seit über 30 Jahren sorgt das landesweite Fortbildungsinstitut für die Vermittlung theaterpädagogischer Kompetenzen und bildet vornehmlich Menschen aus pädagogischen Berufen zu Spielleiter/innen und Theaterpädagog/innen aus. Die zertifizierten Abschlüsse sind vom Bundesverband Theaterpädagogik anerkannt. In jeder Stadt finden kostenlose und unverbindliche Informationsveranstaltungen statt. Info und Anmeldung: info@lag-theaterpaedagogik.de, Tel.: 07121 21116 www.lag-theater-paedagogik.de

Herrenberg
die mitmachstadt

Gestalten Sie mit – an der Zukunft unserer Stadt.

Pädagogische/r Mitarbeiter/in

Für die Volkshochschule suchen wir zum 01.09.2018 im Rahmen des Landeslehrermodells eine/n pädagogische/n Mitarbeiter/in.

Unser Versprechen
Wir legen Wert auf ein positives und vertrauensvolles Arbeitsumfeld. Im Unternehmen „Stadt Herrenberg" nehmen unsere Mitarbeiter/innen eine zentrale Schlüsselrolle ein. Wir schaffen Arbeitsbedingungen, die Motivation, Leistung, Verantwortung, Flexibilität und Kooperationsbereitschaft fördern, anerkennen und auch belohnen. Die Stadt Herrenberg bietet allen ihren Mitarbeitenden zudem ein umfangreiches kostenloses Gesundheitsprogramm.

Tätigkeiten
Schwerpunkte des Tätigkeitsbereiches sind Berufliche Bildung und EDV. Weitere Fachbereiche sind Pädagogik, Theologie und Geschichte.

Ausbildung, Qualifikation, Kenntnisse und Fähigkeiten
- Vermittelbarkeit nach dem Landeslehrermodell des Landes Baden-Württemberg
- Interesse an einer vielseitigen und kreativen Aufgabe
- Flexibilität und Belastbarkeit
- Hohe Sozialkompetenz
- Gute EDV-Kenntnisse

Unsere Verpflichtung
Wir bieten Ihnen auf dieser Stelle spannende und abwechslungsreiche Aufgaben. Die Arbeitszeit erfolgt in Absprache, Wünsche können bei Eintritt berücksichtigt werden. Für weitere Auskünfte zum Aufgabengebiet steht Ihnen Frau Käser-Friedrich, Leiterin der Volkshochschule, unter 07032 2703-11 gerne zur Verfügung.

Wenn Sie unser Versprechen reizt, dann freuen wir uns über Ihre Bewerbung bis spätestens 20.12.2017 – ausschließlich über den Link im Stellenportal der Stadt Herrenberg unter
www.herrenberg.de/aktuelles

Stadt Herrenberg . Personalwesen . Marktplatz 5 . 71083 Herrenberg
Tel 07032 924-391 . Mail personalwesen@herrenberg.de

Wer früher plant, ist besser dran

50+ Alternativen zur Vollzeit bis 67

Ein Ratgeber für das letzte Drittel des Berufslebens für Lehrerinnen und Lehrer im Beamtenverhältnis

Mitgliederpreis 5,00 €
Buchhandelspreis 8,00 €

Alle Preise inkl. MwSt. und zzgl. Versandkosten

Zu bestellen unter:
www.spv-s.de

Mit Kraft ins neue Leben

AKUTKLINIK URBACHTAL
PRIVATKLINIK FÜR PSYCHOSOMATIK UND PSYCHOTHERAPIE

* Depressionen
* Angststörungen
* Chronische Schmerzen
* Traumafolgestörungen
* Burnout
* Lebenskrisen

* Hochfrequente Therapien
* Herzlichkeit und Mitgefühl
* Individualität in familiärem Kreise
* 60 Betten / 30 Therapeuten
* Spezielle Angebote für Lehrer

Psychosomatisches Privatkrankenhaus beihilfefähig

88339 Bad Waldsee
0 75 24 990 222
(auch am Wochenende)
www.akutklinik.de

Für mehr Durchblick: Neu im SPV

Auslieferung ab Oktober 2017

Das Eltern-Jahrbuch 2017/18

Gut informierte Eltern sind die besseren Partner!

Das Eltern-Jahrbuch 2017/18
Preis: 13,00 Euro
Ab 4 Exemplare 11,00 Euro
Ab 10 Exemplare 9,00 Euro
(inkl. MwSt., zzgl. Versandkostenpauschale)

Schriftliche Bestellungen:
Süddeutscher Pädagogischer Verlag
Silcherstraße 7a
70176 Stuttgart
Fax: 0711 21030799
bestellservice@spv-s.de
Onlineshop: ***www.spv-s.de***

süddeutscher pädagogischer verlag **spv.**

Echte Hilfen für den Alltag

	Mitgliederpreis	Normalpreis
..... Exemplare GEW-Jahrbuch 2018 Standardausgabe	❒ 13,00 Euro	❒ 25,00 Euro
..... Exemplare GEW-Jahrbuch 2018 Berufliche Schulen	❒ 13,00 Euro	❒ 25,00 Euro
..... Exemplare GEW-Jahrbuch 2018 auf CD-ROM	❒ 13,00 Euro	❒ 25,00 Euro
..... Exemplare GEW-Jahrbuch 2018 Doppelpack (Buch + CD)		
Standardausgabe	❒ 26,00 Euro	❒ 40,00 Euro
Sonderausgabe Berufliche Schulen	❒ 26,00 Euro	❒ 40,00 Euro
..... Exemplare 50+ Alternativen zur Vollzeit bis 67	❒ 5,00 Euro	❒ 8,00 Euro
..... Exemplare 55+ Die Vorsorgemappe 8. Auflage 2016	❒ 12,00 Euro	❒ 20,00 Euro
..... Exemplare Steuererklärung	❒ 6,00 Euro	❒ 10,00 Euro
..... Lange lehren in Beziehung (DVD-Video)	❒ 19,90 Euro (Mitglieder und Nicht-Mitglieder)	
..... Eltern-Jahrbuch 2017/2018	❒ 13,00 Euro (Mitglieder und Nicht-Mitglieder)	

Alle Preise inkl. MwSt.

Versandkostenpauschale bei einem Warenwert
bis 20 Euro: 3 Euro, 21 bis 40 Euro: 5 Euro, 41 bis 100 Euro: 7 Euro, ab 101 Euro: versandkostenfrei

GEW-Mitgliedsnummer (s. Adressaufkleber b&w) .....

Versand- und Rechnungsanschrift: .....

.....

.....

Schriftliche Bestellungen:

Süddeutscher Pädagogischer Verlag
Silcherstraße 7a
70176 Stuttgart
Tel. 0711 2103070
Fax 0711 21030799
bestellservice@spv-s.de

Online-Shop: **www.spv-s.de**

Süddeutscher Pädagogischer Verlag | 70176 Stuttgart | Silcherstraße 7a
Postvertriebsstück VKZ 6557 | DP AG | Entgelt bezahlt

ISSN 0944-937X

Große Freude im Lehrerzimmer

Unser Jüngster wird 50!

Über 40.000 arbeitslose Lehrerinnen und Lehrer gratulieren.

Dieses A2-Plakat wurde im Oktober 1987 in der Lehrerzeitung zum Kauf angeboten. Die Alterstruktur der Lehrerschaft war zu der Zeit extrem ungünstig. Kaum jemand war jünger als 40. Gleichzeitig gab es viele arbeitslose junge Lehrkräfte. Damit mehr Junglehrkräfte eingestellt werden können, kämpfte die GEW für eine Arbeitszeitverkürzung.